



Stenografischer Bericht

96. Sitzung

Freitag, 28. Februar 2020,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Tagesordnungspunkt 6

Dritte Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Parlamentsreform 2020

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5550**

Beschlussempfehlung Ältestenrat - **Drs. 7/5746**

Änderungsantrag Fraktion der AfD - **Drs. 7/5780**

(Erste Beratung in der 92. Sitzung des Landtages am 30.01.2020, zweite Beratung in der 94. Sitzung am 26.02.2020)

Abstimmung..... 5

Tagesordnungspunkt 7

Aktuelle Debatte

- a) **Konsens der Demokratinnen und Demokraten bewahren - parlamentarische Demokratie in Deutschland nach der gescheiterten Regierungsbildung in Thüringen**

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 7/5744**

Dr. Katja Pähle (SPD)..... 7
Oliver Kirchner (AfD)..... 9
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 10
Daniel Roi (AfD) 10
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 11
Robert Farle (AfD) 11
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 11
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) 12
Robert Farle (AfD) 15
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 23
Siegfried Borgwardt (CDU) 25
Robert Farle (AfD) 25
Thomas Lippmann (DIE LINKE) 26
Robert Farle (AfD) 29

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	29
Frank Scheurell (CDU)	29
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	29
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	30
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	30
André Poggenburg (fraktionslos)	31
Siegfried Borgwardt (CDU)	33
Alexander Raue (AfD)	36
Siegfried Borgwardt (CDU)	36
Wulf Gallert (DIE LINKE)	38
Siegfried Borgwardt (CDU)	38
Robert Farle (AfD)	38
Alexander Raue (AfD)	39
Siegfried Borgwardt (CDU)	39

b) Das Wahlbeben von Thüringen und seine politischen Folgen - Föderalismus in Deutschland vor dem Aus?

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5745**

Oliver Kirchner (AfD)	40
-----------------------------	----

Tagesordnungspunkt 16

Erste Beratung

Lücken in der Prävention gegen die Afrikanische Schweinepest schließen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5717**

Hannes Loth (AfD)	42
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	43
Jürgen Barth (SPD)	45
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	46
Andreas Schumann (CDU)	47
Dorothea Frederking (GRÜNE)	48
Daniel Roi (AfD)	49
Andreas Schumann (CDU)	50
Daniel Roi (AfD)	50
Abstimmung	51

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Frieden sichern statt DEFENDER 2020!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5728**

Wulf Gallert (DIE LINKE)	51
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	55
Rüdiger Erben (SPD)	56
Wulf Gallert (DIE LINKE)	56
Rüdiger Erben (SPD)	57
Tobias Rausch (AfD)	57
Sebastian Striegel (GRÜNE)	58
Tobias Krull (CDU)	59
Wulf Gallert (DIE LINKE)	60
Abstimmung	61

Tagesordnungspunkt 19

Beratung

Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5731**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5781**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5782**

Hendrik Lange (DIE LINKE)	61
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	64
Hendrik Lange (DIE LINKE)	65
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	65
Tobias Krull (CDU)	67
Daniel Wald (AfD)	67
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	68
Dr. Verena Späthe (SPD)	69
Hendrik Lange (DIE LINKE)	69
Abstimmung	70

Tagesordnungspunkt 20

Beratung

Schulnoten sind Nachweis für Leistungen im Schulsystem - Defizite transparent machen und planmäßig abbauen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5742**

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	71
Marco Tullner (Minister für Bildung)	72

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	73
Wolfgang Aldag (GRÜNE)	74
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	75
Abstimmung	76

Tagesordnungspunkt 21

Beratung

Erweiterung des Untersuchungszeitraums des 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Beschluss Landtag - Drs. 7/4840)

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5743**

Änderungsantrag Fraktion der AfD - **Drs. 7/5801**

Andreas Steppuhn (SPD)	76
Jan Wenzel Schmidt (AfD)	77
Guido Heuer (CDU)	78
Jan Wenzel Schmidt (AfD)	78
Guido Heuer (CDU)	79
Guido Henke (DIE LINKE)	79
Abstimmung	79

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Wolfsangriffe auf eine Schafherde in Krüssau

Kleine Anfrage und Antwort Landesregierung - **Drs. 7/5630**

Verkauf von Landwirtschaftsflächen aus dem landwirtschaftlichen Grundvermögen des Landes Sachsen-Anhalt

Kleine Anfrage und Antwort Landesregierung - **Drs. 7/5669**

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	80
Hannes Loth (AfD)	80

Schlussbemerkungen	80
---------------------------------	----

Beginn: 9.09 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 96. Sitzung des Landtags von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie alle auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Ich erinnere daran, dass sich der Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff für heute ab 15:30 Uhr entschuldigt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 44. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit

Tagesordnungspunkt 6

Dritte Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Parlamentsreform 2020

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5550**

Beschlussempfehlung Ältestenrat - **Drs. 7/5746**

Änderungsantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5780**

(Erste Beratung in der 92. Sitzung des Landtages am 30.01.2020, zweite Beratung in der 94. Sitzung des Landtages am 26.02.2020)

Eine erneute Ausschussberatung erfolgte nach der vorgestrigen Sitzung nicht. Eine Berichterstattung aus dem Ausschuss heraus entfällt daher.

Wir treten nunmehr unmittelbar in das Abstimmungsverfahren ein; denn zu diesem Tagesordnungspunkt wurde keine Debatte vereinbart. Zur Drs. 7/5746 liegt Ihnen wie schon gesagt ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drs. 7/5780 vor. Ich schlage vor, zunächst über den Änderungsantrag abzustimmen. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann werden wir das so tun.

Sie haben den Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor sich liegen. Ich schlage vor, dass wir bis einschließlich Nr. 11 gesamt abstimmen. Für die Nrn. 12 und 13 - das sind Artikel 2 Nr. 6 und Artikel 4 Nr. 1 - wird eine namentliche Abstimmung erfolgen. Deshalb lasse ich jetzt über Nr. 1 bis einschließlich Nr. 11 abstimmen. Wer mit diesem Änderungsanträgen einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und

ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist ein weiteres fraktionsloses Mitglied.

Jetzt kommen wir zu den Nrn. 12 und 13, Artikel 2 Nr. 6 und Artikel 4 Nrn. 1 und 2 betreffend. Dafür werden wir die namentliche Abstimmung starten. Wer wird die Namen verlesen? - Das machen Sie, Herr Harms. - Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein, dann können wir beginnen.

(Schriftführer Uwe Harms beginnt mit dem Namensaufruf - Unruhe)

- Herr Harms, einen kleinen Moment, bitte. - Hier geht es um eine namentliche Abstimmung. Ich würde Sie bitten, dass Sie Ihre Gespräche einstellen, damit wir hier das Ja, Nein oder die Enthaltung ordentlich vernehmen können. - Herr Harms, Sie können fortfahren. Bitte.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Wolfgang Aldag	Nein
Eva von Angern	Nein
Gottfried Backhaus	Enthaltung
Katja Bahlmann	Nein
Jürgen Barth	Nein
Frank Bommersbach	Nein
Bernhard Bönisch	-
Carsten Borchert	Nein
Siegfried Borgwardt	Nein
Gabriele Brakebusch	Nein
Christina Buchheim	Nein
Matthias Büttner	Ja
Bernhard Daldrup	Nein
Jens Diederichs	Nein
Kerstin Eisenreich	Nein
Rüdiger Erben	Nein
Robert Farle	Ja
Dorothea Frederking	Nein
Lydia Funke	Ja
Wulf Gallert	Nein
Stefan Gebhardt	Nein
Andreas Gehlmann	Ja
Angela Gorr	Nein
Dr. Falko Grube	Nein
Detlef Gürth	Nein
Hardy Peter Güssau	Nein
Uwe Harms	Nein
Dr. Reiner Haseloff	Nein
Kristin Heiß	Nein
Guido Henke	Nein
Guido Heuer	Nein

Doreen Hildebrandt	Nein
Monika Hohmann	Nein
Andreas Höppner	Nein
Thomas Höse	Ja
Holger Hövelmann	Nein
Eduard Jantos	Nein
Thomas Keindorf	Nein
Oliver Kirchner	Ja
Swen Knöchel	Nein
Hagen Kohl	Ja
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen	Nein
Jens Kolze	Nein
Dietmar Krause	Nein
Tobias Krull	Nein
Markus Kurze	Nein
Hendrik Lange	Nein
Mario Lehmann	Ja
Harry Lienau	Nein
Matthias Lieschke	Ja
Thomas Lippmann	Nein
Hannes Loth	Ja
Cornelia Lüddemann	Nein
Olaf Meister	Nein
Willi Mittelstädt	Ja
Ronald Mormann	Nein
Volker Olenicak	Ja
Dr. Katja Pähle	Nein
André Poggenburg	Ja
Henriette Quade	Nein
Detlef Radke	Nein
Alexander Raue	Ja
Daniel Rausch	Ja
Tobias Rausch	Ja
Daniel Roi	Ja
Sarah Sauermann	-
Frank Scheurell	Nein
Silke Schindler	Nein
Dr. Andreas Schmidt	Nein
Jan Wenzel Schmidt	Ja
André Schröder	Nein
Chris Schulenburg	Nein
Andreas Schumann	Nein
Ulrich Siegmund	Ja
Dr. Verena Späthe	Nein
Marcus Spiegelberg	Ja
Holger Stahlknecht	Nein
Andreas Steppuhn	Nein
Sebastian Striegel	Nein
Daniel Sturm	Nein
Daniel Szarata	Nein

Ulrich Thomas	Nein
Dr. Hans-Thomas Tillschneider	Ja
Marco Tullner	Nein
Daniel Wald	Ja
Lars-Jörn Zimmer	Nein
Dagmar Zoschke	Nein

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich schaue in die Runde. Gibt es einen Abgeordneten, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? - Herr Bönisch hat noch nicht seine Stimme abgeben können. Er hat sich eben zu Wort gemeldet. Dann rufen Sie bitte Herrn Bönisch noch auf.

Schriftführer Uwe Harms:

Bönisch, Bernhard.

Bernhard Bönisch (CDU):

Nein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Damit ist der Namensaufruf beendet.

Ich verlese jetzt das Ergebnis der Abstimmung. Mit Ja stimmten 22 Abgeordnete, mit Nein 63. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter und ein Mitglied des Landtages war nicht anwesend. Damit sind auch die Nrn. 12 und 13 des Änderungsantrages abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt über die Nrn. 14 bis 23 ab, also über den Rest des Änderungsantrages. Wer mit diesen Änderungen einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Ein weiteres fraktionsloses Mitglied. Damit ist der Änderungsantrag der AfD-Fraktion gänzlich abgelehnt worden.

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Ich lasse jetzt über die selbstständigen Bestimmungen abstimmen. Wer mit den selbstständigen Bestimmungen einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied enthält sich der Stimme.

Wir stimmen nunmehr über die Gesetzesüberschrift ab. Diese lautet: „Gesetz zur Parlamentsreform 2020“. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE

LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Ein weiteres fraktionsloses Mitglied.

Wir stimmen über das Gesetz in seiner Gesamtheit ab. Eine Änderung haben wir nicht. Dann bitte ich auch hierzu um das Kartenzeichen. - Das sind wiederum die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Ein weiteres Mitglied ohne Fraktionszugehörigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht ja um eine Änderung der Verfassung. Ich verlese es einmal: Gemäß Artikel 78 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt bedürfen verfassungsändernde Gesetze einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages. § 75 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages schreibt vor, durch Namensaufruf abzustimmen, wenn ein Beschluss einer Mehrheit bedarf, die nach der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages zu berechnen ist.

Wir werden also dieses gleich noch einmal per Namensaufruf machen. Wer wird aufrufen? - Herr Harms ruft wieder die Abgeordneten namentlich auf.

(Schriftführer Uwe Harms ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich schaue in die Runde. Gibt es Abgeordnete, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir die Stimmen auszählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt das Ergebnis verlesen. Mit Ja haben gestimmt 63 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 21 Abgeordnete, Enthaltungen gab es zwei. Ein Mitglied des Landtages war nicht anwesend. Damit ist die Parlamentsreform beschlossen; denn 58 Jastimmen wären notwendig gewesen.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank - Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir fahren in der Tagesordnung fort und werden jetzt mit der Aktuellen Debatte beginnen. Aber bevor wir in der Tagesordnung fortfahren - -

(Unruhe bei der AfD)

- Ich möchte Sie um etwas Zurückhaltung bitten. Denn ich war gerade dabei, Schülerinnen und

Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Calbe recht herzlich im Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Aktuelle Debatte

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema der Aktuellen Debatte auf:

Konsens der Demokratinnen und Demokraten bewahren - parlamentarische Demokratie in Deutschland nach der gescheiterten Regierungsbildung in Thüringen

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 7/5744**

Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: SPD, AfD, GRÜNE, DIE LINKE und die CDU. Zunächst hat für die Antragstellerin die Abg. Frau Dr. Pähle von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist heute ein denkwürdiger Tag.

(Zuruf von der AfD: Oh ja! Das stimmt!)

Wir haben beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt mit der Änderung der Landesverfassung gerade sehr deutlich demonstriert, was das heißt: Konsens der Demokratinnen und Demokraten. Wir haben den Menschen in unserem Land und, ja, auch uns selbst deutlich vor Augen geführt, dass es für demokratische Parteien über alle sonstigen Unterschiede hinweg eine gemeinsame Wertebasis gibt.

Und mehr noch: Wir können diesen Konsens, der Grundlage allen staatlichen Handelns ist, nicht nur bewahren, wir können ihn auch weiterentwickeln. Wir können ihn anpassen an die Erfordernisse und Herausforderungen unserer Zeit. Das haben wir heute getan.

Wir haben damit noch etwas sehr Wichtiges herausgestellt: Demokratie ist nicht nur Form, Demokratie ist Inhalt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es geht eben nicht nur darum, in demokratischen Wahlen zu ermitteln, wer die Mehrheit hat und wer Minderheit ist. Es kommt auch darauf an, welche Politik man mit dieser Mehrheit umsetzt.

(Zurufe von der AfD)

Dafür legt die Verfassung Grundwerte, Ziele und Grenzen staatlichen Handelns fest. Sie sind die inhaltlichen Leitplanken demokratischer Politik. Wir haben heute für Sachsen-Anhalt einige neue, moderne Leitplanken gezogen. Dafür danke ich an dieser Stelle allen, die daran mitgewirkt haben.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Es gibt noch eine weitere Leitplanke. Sie ist die allerwichtigste, auch wenn sie als Wortlaut in keiner Verfassung steht. Sie heißt: Man darf den Gegnern der Demokratie keine Macht geben.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

Das ist die fundamentale Lehre aus dem Ende der Weimarer Republik und aus der Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Das ist der Grund, warum es für die Wahl des Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag am 5. Februar keine andere Bewertung geben kann als die von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Diese Wahl war ein unverzeihlicher Fehler.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Robert Farle, AfD)

Die Entscheidung von FDP und CDU, einen FDP-Kandidaten mit den Stimmen der AfD ins Amt zu bringen, hätte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Landesregierung ins Amt gebracht, die von Feinden unserer Demokratie abhängig gewesen wäre.

(Zuruf von der AfD: Ja, ja!)

Denn machen wir uns doch nichts vor: Wer einen Ministerpräsidenten wählt, der hat auch politische Erwartungen. Damit hätte die AfD in Thüringen zumindest indirekt Einfluss auf die Regierungspolitik gewonnen. Genau deshalb muss man sich in einer Wahlkabine genau überlegen, was man dort tut.

(Lydia Funke, AfD: Der Du-Du-Finger, oder was? - Weitere Zurufe von der AfD)

Eine solche Landesregierung ist, wie wir wissen, dann doch nicht gebildet worden.

(Daniel Roi, AfD: Das wird dann rückgängig gemacht! Wir schaffen das!)

Aber dass es überhaupt versucht worden ist, hat das Vertrauen unter den demokratischen Parteien

beschädigt. Deshalb sprechen wir in unserem Antrag für die heutige Debatte davon, dass der Konsens der Demokratinnen und Demokraten bewahrt werden muss. Das bedeutet, Regierungsbildungen und politische Mehrheiten dürfen nicht durch die Stimmen der AfD zustande kommen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von Daniel Roi, AfD, und von Lydia Funke, AfD)

Meine Damen und Herren! Genau das ist es, was CDU, CSU und SPD im Koalitionsausschuss in Berlin gemeinsam beschlossen haben.

(Daniel Roi, AfD: Lächerlich!)

Genau diese Botschaft hätten wir heute auch gern als gemeinsamen Antrag hier im Landtag vorgelegt. Leider ist das nicht gelungen.

Wir verpassen damit die Chance, gemeinsam ein Signal nach Erfurt zu schicken, den demokratischen Parteien dort für eine konstruktive Lösung den Rücken zu stärken und damit den demokratischen Konsens an den Tag zu legen, der uns seit der Bildung der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt geeint hat.

Ich sage ganz deutlich: Wohin sich die parteiinterne Debatte der CDU über ihr Verhältnis zur LINKEN entwickelt, ist eine innere Angelegenheit der CDU und nicht das Problem und das Geschäft der anderen Parteien. Ich habe jedoch kein Verständnis dafür, wenn das Bedürfnis der Abgrenzung in alle Richtungen den Blick dafür verstellt, dass eine Gleichsetzung von AfD und LINKEN absurd ist.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Oliver Kirchner, AfD: Die einen wollen Sozialismus, die anderen nicht! - Weitere Zurufe von der AfD)

Wie absurd diese Gleichsetzung ist, das zeigt ja gerade der Blick nach Thüringen. Björn Höcke, dessen Fraktion an der Wahl von Herrn Kemmerich beteiligt war,

(Zuruf von der AfD: Auweia! - Weitere Zurufe von der AfD)

vertritt in seinen Reden und Texten ein durchgängig nationalsozialistisches Weltbild und lässt keinen Zweifel daran, dass er seinen Worten auch Taten folgen lassen will.

(Robert Farle, AfD: Eine glatte Lüge ist das!)

Um es ganz deutlich zu sagen: Wer vom bevorstehenden Volkstod durch Bevölkerungsaustausch spricht, der nährt genau die rassistischen Vorstellungen,

(Ulrich Siegmund, AfD: Herr Striegel hat vom Volkstod gesprochen, kein anderer!)

die zum Beispiel den Attentäter von Hanau zu seiner Bluttat veranlasst haben.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zurufe von der AfD)

Ich frage Sie: Wer will einen Faschisten wie Höcke auf eine Stufe stellen mit einem Ministerpräsidenten, der erfolgreich eine Landesregierung geführt hat und mit dem auch Ministerpräsident Reiner Haseloff

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

bei der Vertretung ostdeutscher Interessen häufig eng zusammengearbeitet hat?

Meine Damen und Herren! Die Lage in Thüringen ist auch nach mehr als drei Wochen nach der Wahl von Herrn Kemmerich immer noch Anlass zu ernster Sorge. Der Freistaat hat keine funktionsfähige Landesregierung. Und ob es in der kommenden Woche zu einer Neuwahl eines Ministerpräsidenten kommt, ist ungewiss.

Wenn Herr Merz als Bewerber für den CDU-Vorsitz vorgestern erklärt hat, schuld an der Lage im Nachbarland sei, dass Bodo Ramelow sich zur Wahl gestellt hat, dann zeigt das, dass Kräfte in dieser verfahrenen Situation immer noch keine Verantwortung für die Zukunft Thüringens und für klare demokratische Verhältnisse übernehmen wollen. Ich finde das bedauerlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Solche Äußerungen sind ein verheerendes Signal an die Abgeordneten in Erfurt, die jetzt Richtungsentscheidungen treffen müssen. Und solche Äußerungen machen überdeutlich, wie wichtig es ist, dass Thüringens Bürgerinnen und Bürger die Chance bekommen, durch rasche Neuwahlen klare Verhältnisse zu schaffen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Gebhardt, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die Worterteilung. - Vielen Dank, Frau Dr. Pähle, für den Redebeitrag. Ich habe eine Frage zu einem Punkt, den Sie angesprochen haben. Sie haben erwähnt, dass es Bemühungen innerhalb der Koalition gab, hier einen gemeinsamen Antrag bezüglich der Thematik zu verabschieden oder einzubringen.

Diese Koalition ist - um mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sprechen - gestartet mit dem Konsens, ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus zu sein.

Ich habe Sie eben so verstanden, dass man versucht hat, zu diesem Konsens einen Antrag zu formulieren, wonach man Rechtsextremisten keine Macht gibt. Könnten Sie bitte erläutern, woran dieser Konsens gescheitert ist und worin jetzt der Konsens in dieser Koalition besteht?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Dass die Kenia-Koalition das Bollwerk gegen Rechts sein will und ist, an dieser Stelle ist sich die Kenia-Koalition einig und an dieser Stelle wanken wir auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt in der Koalition unterschiedliche Auffassungen, ob im Zuge einer Abgrenzung, auch einer schriftlichen Abgrenzung gegenüber der AfD, gleichzeitig auch die Linkspartei genannt werden muss und soll.

(Robert Farle, AfD: Bloß nicht!)

Genau an dieser Stelle gibt es unterschiedliche Auffassungen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Oliver Kirchner, AfD: Doch, die gibt es!)

- Herr Kirchner, bitte. Sie möchten als Fraktionsvorsitzender sprechen?

(Oliver Kirchner, AfD: Ja!)

- Okay. Sie haben das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Dr. Pähle, es ist schon eine große Frechheit, dass Sie es als SPD-Mitglied wagen, die AfD und Björn Höcke als Nationalsozialisten zu bezeichnen,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, wie denn sonst?)

wo doch für Sie Karl Ahrens, der NSDAP-Mitglied war,

(Oh! bei der LINKEN)

von 1969 bis 1990 im Bundestag gesessen hat

(Zurufe von Thomas Lippmann, DIE LINKE,
und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

und von 1983 bis 1986 Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war,

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

wo doch Rudi Arndt, ein NSDAP-Mitglied, für die SPD Landtagsabgeordneter in Hessen war,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

der bis 1977 Ministerämter in Hessen bekleidete, der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main war, der Mitglied des Europäischen Parlaments und Fraktionsvorsitzender

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

der sozialdemokratischen Partei Europas war, und wo Hans-Georg Schachtschabel, NSDAP- und SS-Mitglied, von 1969 bis 1983 für Sie im Europäischen Parlament tätig war.

Ich muss Ihnen sagen, wenn Sie faschistisches Sprach- und Gedankengut hören wollen, dann hören Sie sich Johannes Kahrs oder Ralf Stegner an; bei denen können Sie das finden.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist unglaublich, was Sie da erzählen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle,

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt einen Unterschied zwischen den Zeiten zu Beginn der Bundesrepublik und der jetzigen Zeit.

(Robert Farle, AfD: Spinnen Sie doch nicht rum!)

Ich glaube und bin mir da ziemlich sicher, dass es aktuell nur einen einzigen Politiker gibt, der per Gerichtsentscheid und ungestraft als Faschist bezeichnet werden kann, und das ist die Person von Björn Höcke.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Sie werden ein solches Gerichtsurteil für keinen anderen Politiker der Bundesrepublik erreichen können. Ich sage Ihnen ganz deutlich, Herr Kirchner, wer so viel Angst hat, in die eigenen Reihen zu schauen, um zu sehen, was von Mitgliedern

Ihrer Partei per Facebook, per Twitter und in Aufrufen gezeigt wird, der verschließt tatsächlich die Augen

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

vor der Realität und bekräftigt mich in der Einschätzung, dass Sie damit ganz bewusst spielen, dass Sie die rechtsextremen Strukturen in Ihrer Partei bewusst halten wollen, dass Sie keine Abgrenzung zum Flügel haben wollen. Ich sage Ihnen: Das führt Sie direkt in die Beobachtung und zum Verfassungsschutz. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, es gibt eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Roi, Sie haben das Wort. Bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Ich möchte Sie an einer Stelle korrigieren. Sie haben gesagt, Björn Höcke ist der Einzige, den man als Faschisten bezeichnen darf. Das stimmt nicht.

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Der Polizeioberkommissar aus Görlitz und Bürgermeisterkandidat für die AfD, Sebastian Wippel, der 46 % bei der Oberbürgermeisterwahl erreichte, also fast die Hälfte der Bürger in Görlitz hinter sich hatte, hat in einer Auseinandersetzung mit einem anderen Politiker geklagt und auch er darf als Faschist bezeichnet werden.

(Dr. Falko Grube, SPD: Schlimm genug!)

Jetzt kommt es und jetzt hören Sie genau zu:

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Robert Farle, AfD: Hören Sie wirklich mal zu!)

Das richterliche Urteil bezieht sich aber nicht auf irgendwelche inhaltliche Würdigungen, sondern es sagt nur: Im Rahmen des politischen Wettstreits ist diese Überspitzung zulässig.

(Robert Farle, AfD: Sehen Sie, Sie lügen!)

Es sagt aber keineswegs etwas über die inhaltliche Ausgestaltung, und das machen Sie ja. Sie sagen: Ein Richter hat gesagt, wir dürfen Herrn Höcke und Herrn Wippel

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Der Mann ist ein Faschist, man darf ihn so bezeichnen!)

als Faschist bezeichnen, also ist die AfD faschistisch. Das ist die Logikbrücke, die bei Ihnen nicht da ist. Das ist ein Denkfehler, ein großer Denkfehler, den Sie da machen. Sie können letztend-

lich alle aus der AfD so bezeichnen. Ich könnte Sie auch so bezeichnen. Und der Richter - -

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein, nein!)

- Ja, natürlich, Herrn Striegel kann man getrost so bezeichnen bei dem,

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

was Sie hier vertreten. Sie müssen sich einmal klar machen, dass der Richter hier nicht inhaltlich urteilt, sondern einfach nur im Rahmen der Meinungsfreiheit

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist nicht wahr!)

ein Urteil gesprochen hat, Frau Dr. Pähle.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Roi, vielen Dank. Ich halte also fest, dass es eine ganze Reihe von AfD-Politikern gibt, die man anscheinend als Faschisten bezeichnen kann

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

und dass das auch durch Gerichte bestätigt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte weiterhin fest, dass ich, wenn ich dagegen klagen würde, dass man mich als Faschistin bezeichnen würde, ein anderes Urteil vom Gericht kassieren würde.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das glaube ich fest.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir haben Vertrauen in den Rechtsstaat!)

Ich wäre gespannt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, es gibt eine weitere Wortmeldung.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Herr Abg. Farle, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

(Daniel Roi, AfD: Sie greifen den ganzen Staat an!)

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wahrscheinlich werden Sie das nicht wissen, aber es gibt in Deutschland ein Gerichtsurteil unseres höchsten Gerichts, des Verfassungsgerichts, das erlaubt, dass man alle Soldaten in Deutschland als Mörder bezeichnen darf

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist eine völlig andere Gegebenheit!)

- als Mörder bezeichnen darf -,

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

weil die Meinungsfreiheit in Deutschland geschützt ist. Das bedeutet, dass in dem Gerichtsurteil, das Sie immer heranziehen, um uns in der politischen Auseinandersetzung zu diffamieren, kein einziges Wort dazu gesagt wird, wie die inhaltliche Seite zu beurteilen ist, sondern dass es einzig und allein um den Schutz der Meinungsfreiheit geht. Was Sie machen, ist, die Leute zu belügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, Sie können auch hierauf antworten.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Farle, ich habe vorhin Ihren Zwischenruf, als ich das Zitat von Herrn Höcke gebracht habe, gehört. Sie haben sinngemäß zwischengerufen, das sei eine Lüge. Wir können auch an dieser Stelle gern, ähnlich wie bei den Äußerungen von Herrn Tillschneider zum Thema Judentum, wieder Videosequenzen zur Verfügung stellen, in denen Sie sehen können, dass die getätigte Äußerung von mir auch belegbar ist.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Sie haben keine Ahnung!)

Ich nehme weiterhin zur Kenntnis, dass Sie gerne Urteile des Bundesverfassungsgerichts - genau das war es nämlich, in denen es übrigens um ein Tucholsky-Zitat ging - zur Hand nehmen, wenn es in Ihre Vorstellung passt, während Sie aber an anderen Stellen an diesen höchststrichterlichen Urteilen kein Interesse haben. Auch das nehme ich zur Kenntnis. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine weitere Wortmeldung von dem Abg. Herrn Gallert. - Sie haben das Wort. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Pähle, das ist eine rhetorische Frage.

(Olaf Meister, GRÜNE: Ha, ha!)

Kennen Sie auch die inhaltliche Begründung des Verwaltungsgerichts Meiningen, das darüber geurteilt hat, dass der AfD-Abgeordnete Björn Höcke nicht nur deshalb als Faschist bezeichnet werden darf, weil das zur Meinungsfreiheit gehört, sondern dass das Verwaltungsgericht Meiningen ausdrücklich gesagt hat, dass diese Bezeichnung für Herrn Höcke inhaltlich wohl begründet ist?

Kennen Sie ebenfalls das Urteil des Verwaltungsgerichts - jetzt kann ich die Stadt nicht ganz sicher nennen, aber es war wohl Hamburg -, das einem AfD-Funktionär aus Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich untersagt hat, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Frau Simone Oldenburg, eine Faschistin zu nennen, weil es bei ihr keinerlei inhaltliche Anhaltspunkte dafür gegeben hat und somit die Bezeichnung „Faschist“ nicht einfach Ausdruck einer Meinungsfreiheit ist, sondern nur dann akzeptiert ist, wenn es, wie bei Herrn Höcke, inhaltliche Gründe dafür gibt?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Kollege Gallert, ich kenne das, aber vielleicht können Sie die Unterlagen auch noch einmal den anderen Abgeordneten im Hohen Hause zur Verfügung stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, es gibt eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Kirchner. Bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrte Frau Dr. Pähle, da Sie ja immer großen Wert auf Gerichtsurteile legen: Ihre Kollegin, Frau Sawsan Chebli, wurde gestern „islamische Sprechpuppe“ genannt, und das Amtsgericht hat das bestätigt. Ist Frau Chebli denn auch für Sie eine islamische Sprechpuppe?

(Ulrich Siegmund, AfD: Da bin ich gespannt!)

Frau Künast wurde als „Sondermüll“ bezeichnet. Das sollte man laut Gericht auch so sagen dürfen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Deswegen hat sie ja weiter geklagt!)

Ist Frau Künast auch für Sie Sondermüll oder unterscheiden Sie bei Menschen, wenn es um Gerichtsurteile dieser Art geht?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Frau Künast hat ja deswegen auch weiter geklagt!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Insbesondere im Fall von Frau Künast weiß ich, dass noch weitere gerichtliche Urteile ausstehen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Genau!)

Ich weiß, dass sie in einem anderen Gerichtsprozess auch schon gewonnen hat. Von der Warte her sind manche Urteile tatsächlich auch noch nicht das Ende einer Auseinandersetzung.

(Oliver Kirchner, AfD: Ich habe auch nach Frau Chebli gefragt!)

Das, was gerade der Kollege Gallert erwähnt hat hinsichtlich der inhaltlichen Darlegung des Gerichts zur Bezeichnung von Herrn Höcke als Faschist, glaube ich, spielt in einer ganz anderen Kategorie. Vielleicht kann Ihnen Herr Farle das als Jurist noch einmal auseinandersetzen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Nein, kann er nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Für die Landesregierung spricht jetzt der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff. Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, angesichts des Amoklaufs von Hanau noch einmal meine tiefe Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen.

Ich denke, ich spreche für uns alle, wenn ich Ihnen versichere: Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Wir verurteilen ein solches Verbrechen auf das Entschiedenste. Das gilt umso mehr nach dem, was wir im letzten Jahr in Halle in Sachsen-Anhalt erlebt haben.

Auch damals habe ich bereits - dies trifft auch auf Hanau zu - auf das wachsende Problem von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hingewiesen. Was wir tun können und müssen, ist, das Klima zu verändern, das solche Taten fördert.

Das gilt auch angesichts der Tatsache, dass der Täter von Hanau offensichtlich psychisch krank war. Gerade deshalb muss es unsere Aufgabe sein zu verhindern, dass unsere Gesellschaft

selbst krank wird angesichts von Intoleranz, Hass und Wut auf Menschen, die anders sind.

Wir brauchen Achtung vor der Menschenwürde des anderen, wir benötigen Respekt voreinander und wir müssen garantieren, was das Grundgesetz in Artikel 3 fordert, nämlich:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Artikel 1 des Grundgesetzes besagt:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Leider gibt es derzeit manches, das dazu beiträgt, die Abkehr der Menschen von den Werten unserer Demokratie voranzutreiben und ein Klima in Deutschland zu schaffen, an dem niemandem gelegen sein kann. Auch die Vorgänge um die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten am 5. Februar 2020 gehören dazu.

Der Föderalismus in Deutschland ist ein hohes Gut, er hat in Deutschland Tradition und er setzt ganz bewusst ein Gegengewicht zur Zentralgewalt. Das unterscheidet uns von vielen anderen Nationen. Die Macht des Bundes wird durch die Befugnisse der Länder ergänzt, aber auch begrenzt. Für unsere Demokratie ist nicht nur die Gewaltenteilung von Legislative, Judikative und Exekutive essenziell, sondern auch die Teilung der Befugnisse zwischen Bund und Ländern.

Es gibt Dinge, in die hat der Bund den Ländern nicht hineinzureden, und umgekehrt. So soll es auch bleiben. Voraussetzung dafür ist aber ein angemessener Umgang mit der Macht und der jeweiligen Verantwortung, die wir in den jeweiligen Ländern besitzen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir vor einigen Wochen alles andere als eine Sternstunde der Demokratie erlebt.

Erschreckend ist für mich auch der Ton der politischen Auseinandersetzung. Er wird zunehmend schroffer und unsachlicher.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Bernhard Daldrup, CDU, von Angela Gorr, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Als Demokraten muss es unsere Aufgabe sein, die politische Mitte zu stärken. In Sachsen-Anhalt besteht diese politische Mitte. Wir haben mit unserer Koalition bewiesen, dass eine gute und für das Land gedeihliche Zusammenarbeit von Demokraten trotz mancher Unterschiede möglich ist. Dies wollen und werden wir fortsetzen.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen jedoch auch zur Kenntnis nehmen - das haben die Landtagswahlen in Thüringen gezeigt -, dass die Voraussetzungen für Regierungsbildungen schwieriger werden. Im Westen wie im Osten Deutschlands hat sich die politische Landkarte ohne Zweifel verändert. Man sollte sich deswegen vor allzu klugen Belehrungen der Bürgerinnen und Bürger im Osten hüten. Wir benötigen einen Dialog über Demokratie auf Augenhöhe.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen aber ist manches, was ich über den Osten höre oder lese, eher geeignet, die politischen Ränder zu stärken, als Menschen zurückzugewinnen, die an diesem Land zweifeln. Wenn aber die Ränder gestärkt werden, dann kann die Mitte nur verlieren.

Selbstverständlich kann man viele Sorgen und Probleme wegwischen. Ja, es geht uns gut, auch in Sachsen-Anhalt. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefstand, die Wirtschaft floriert, es gibt eine moderne Kinderbetreuung und Wohnen ist im Osten in den meisten Orten noch bezahlbar.

Doch wir stehen vor Herausforderungen, die wir nicht einfach verdrängen können. Die Flüchtlingskrise war eine solche Herausforderung und sie ist noch lange nicht ad acta gelegt. Über die Nullzinspolitik der EZB freuen sich Immobilienbesitzer, die im Westen reichlicher zu finden sind; auf dem Sparsbuch hingegen verliert das Geld mit null Zinsen an Wert. Wir müssen einen Strukturwandel in den Braunkohleregionen meistern, der ein Kraftakt werden wird. All dies berührt die Menschen.

Es mag einfach sein, diese Sorgen zu negieren und sie als vermeintlich unbegründete Ängste abzutun - das ist nicht mein Stil. Eine solche herablassende Sichtweise führt die Demokratie unweigerlich in eine Sackgasse.

Die Menschen erwarten von der Politik, dass Probleme erkannt, angesprochen, analysiert und gelöst werden. Sie haben kein Verständnis für Tricks, Ränkespiele und ein Aushebeln der Grundregeln unserer Demokratie. Freie Wahlen sind ein hohes Gut, für das die Menschen in der DDR auf die Straßen gegangen sind. In wenigen Tagen ist es genau 30 Jahre her, dass mit den Wahlen zur Volkskammer erstmals seit Jahrzehnten wieder frei und geheim gewählt werden konnte.

(Zuruf von Thomas Höse, AfD)

Die Menschen im Osten sehen in ihrer überwältigenden Mehrheit auch heute keine Alternative zur Demokratie. Sie wollen kein anderes System; denn viele haben noch Unfreiheit erlebt. Aber sie stehen diesem System zunehmend kritischer

gegenüber. Nur 42 % der Ostdeutschen sind laut einer Allensbach-Umfrage aus dem letzten Jahr mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland zufrieden. Im Westen sind es immerhin noch 77 %.

Das, was sie jedoch erwarten, ist, dass Politiker ihrer Verantwortung nachkommen und aus dem Votum der Wähler Politik für das Land gestalten. Wichtig ist für mich, dass Politik kein Selbstzweck ist, dass Politik für die Menschen gemacht wird, Verantwortung wahrnimmt und,

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

so antiquiert das klingen mag, ein gutes Beispiel gibt. Machen wir uns bitte die Sprache, die an den Rändern des politischen Spektrums gepflegt wird, nicht zu eigen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

Von „Gesindel“ oder „Pack“ sollte in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner niemand sprechen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Hierbei sollten Demokraten Vorbild sein; denn es geht um Anstand in der Politik. Geht der Anstand in der Politik verloren, verlieren wir auch die Demokratie.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Nur wenn Demokraten Handlungsfähigkeit beweisen, lebt die Demokratie. Nur wenn Demokraten ihre eigenen Werte vorleben und diese nicht nur von anderen einfordern, können sie die Menschen auch überzeugen. An diese Grundsätze sollten wir uns in Sachsen-Anhalt weiterhin halten. Dann ist mir um die Zukunft unseres Landes nicht bange. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage an Sie. Sie haben davon gesprochen, dass Belehrungen der Ostdeutschen in Ostdeutschland die politischen Ränder stärken würden. Würden Sie mir bitte einmal erklären, wen Sie in Ostdeutschland unter dem Begriff „politische Ränder“ subsumieren?

(Zuruf von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Politische Ränder sind für mich Populisten, die Themen instrumentalisieren, die versuchen, dadurch Menschen politisch an sich zu binden, und die als eigentliche Intention Folgendes umtreibt: dieses System der freiheitlich-demokratischen Grundordnung infrage zu stellen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Wenn wir bei der eben genannten demoskopischen Umfrage dazu, wie zufrieden die Menschen in Ostdeutschland mit der Demokratie sind, auf einen Wert von unter 50 % gekommen sind, und das sozusagen auch ein möglicher Einstieg dafür ist, ein System irgendwann einmal grundsätzlich abzulehnen,

(Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

weil die demokratischen Vertreter es nicht schaffen, für ihr System so aufzutreten, dass alle es wertvoll finden, es auch zu erhalten, dann haben wir ein Problem, dann haben wir einen entscheidenden Fehler gemacht. Auch wir im Parlament haben die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass dies nie eintritt, dass das, was wir uns in den Jahren 1989 und 1990 errungen haben, nicht wieder infrage gestellt wird.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gallert, Sie haben eine Nachfrage signalisiert. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich frage deshalb nach, weil innerhalb Ihrer Partei auch der neue Ostdeutschland-Beauftragte die politischen Ränder definiert als AfD und LINKE. Ich frage Sie jetzt eindeutig: Ist die Partei DIE LINKE für Sie politischer Rand in Ostdeutschland?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Die Abgrenzung zu den politischen Rändern muss jede Partei für sich selbst vornehmen,

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

und das ist auch eine demokratische Verpflichtung. Ich glaube, dass Sie auch genau wissen, dass es bei Ihnen, wie möglicherweise auch in vielen anderen Bereichen unserer Demokratie, einen ständigen Handlungsbedarf für Auseinandersetzungen darüber gibt, wo Populismus beginnt, wo eine Infragestellung eines Systems be-

ginnt, wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Gefahr geraten könnte. Aufgrund unserer eigenen persönlichen Erfahrung wissen wir, wo diese Grenzziehung vorzunehmen ist.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Jeder, der sich in der Demokratie entsprechend engagiert, muss selbst die Verantwortung dafür tragen, dass er diese klare Grenzziehung und Abgrenzung auch vornimmt.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Das gilt für jeden Demokraten.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Somit steigen wir in die Debatte ein. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Farle.

(Oh! bei der LINKEN)

Sie haben das Wort, Herr Abg. Farle.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich liefere Ihnen eine kleine Definition dafür, was als das nicht zu Akzeptierende anzusehen ist.

Ja, DIE LINKE hat sehr viele Leute in ihren Reihen, die ein anderes System anstreben, die bei Fridays for Future mitmachen und dort auch ganz offen darüber sprechen, dass man andere Gesellschaftsformen in diesem Land braucht, die auch nicht in erster Linie die Wahlen und die demokratischen Prozesse betonen, sondern die darauf setzen, dass man auch Parlamente in die Wüste schicken kann. Das wollen wir nicht! Und das hat auch ein Höcke niemals gefordert. Deswegen ist bei uns überhaupt niemand ein Rechtsextremist. Sie können uns gern Rechte nennen, aber wenn Sie uns Rechtsextremisten nennen oder Faschisten oder Nazis oder sonst etwas,

(Dr. Falko Grube, SPD: Dann haben sie recht!)

dann belügen Sie die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Sie reden von Demokraten, doch es gibt in Ihren Reihen viele Leute, die nicht demokratisch sind, auch in der SPD. Dazu komme ich noch.

(Silke Schindler, SPD: Schreien Sie doch nicht so!)

Bei uns werden Sie nur Demokraten finden.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind die einzige Partei, die in ihrer Parteisatzung verankert hat, dass Menschen, die vorher in der NPD waren, nicht Mitglied werden dürfen.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Wenn bekannt wird, dass sie gelogen haben, dann werden sie ausgeschlossen, weil sie betrogen haben.

(Zustimmung bei der AfD)

Das hat keine einzige der anderen Parteien, die hier in diesem Parlament sitzen.

(Zurufe von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Andreas Steppuhn, SPD)

- Melden Sie sich zu einer Kurzintervention. Ich werde jetzt meine Rede halten.

Sehr geehrte Damen und Herren! In der Begründung zu dem Antrag der SPD auf Durchführung einer Aktuellen Debatte heißt es, dass die Situation in Thüringen Anlass zu ernster Besorgnis sei. Das teilen wir. Ja, das ist Anlass zu ernster Besorgnis. Denn das, was dort geschehen ist, ist, dass eine demokratische Wahl, die von gewählten Abgeordneten aufgrund einer vorangegangenen Wahl des Volkes vorgenommen wurde, rückgängig gemacht worden ist

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

auf eine Art und Weise, die ich schon als schleichende Faschisierung dieses Landes bezeichnen muss, die von Ihnen ausgeht.

(Beifall bei der AfD)

Denn nach der demokratischen Wahl von Thomas Kemmerich startete eine noch nie dagewesene Hetzkampagne zur Aushebelung eines demokratischen Wahlausgangs auf mehreren Ebenen. FDP-Geschäftsstellen im gesamten Bundesgebiet wurden belagert und Veranstaltungen wurden gestürmt. Mit Morddrohungen und Anschlägen auf Parteibüros und Privatwohnungen wurden bundesweit Vertreter der FDP, aber auch der AfD tyrannisiert.

Das freie Mandat der Abgeordneten wird untergraben, wenn Mandatsinhaber um ihr Leben fürchten müssen. Kemmerich wurde zum Beispiel am nächsten Tag schon mit Morddrohungen belegt. Mit dem Mittel der Gewalt werden gewählte Volksvertreter um ihre demokratischen Rechte gebracht.

In ihren Methoden unterscheidet sich die heutige Antifa - die Leute, die von Vielfalt und Buntheit in diesem Land reden, leisten sich eine Schläger-

truppe des linken Establishments - kaum von der SA der Nationalsozialisten.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD)

In den sogenannten Mainstream-Medien fordern öffentlich-rechtliche Journalisten unverhohlen Kemmerichs Rücktritt. Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten - das war einmal der Grundsatz von anständigen Tagesthemenmoderatoren wie Hanns Joachim Friedrichs. Das scheint heute nicht mehr zu gelten. Haltungsjournalismus ersetzt das Neutralitätsgebot.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Insbesondere die GEZ-Medien scheinen heute keine neutralen Berichtersteller mehr zu sein, sondern parteiische Akteure in der politischen Auseinandersetzung. Es gibt viele Leute, die mittlerweile von einer Mediendiktatur sprechen,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist Unfug! Unfug!)

weil viele Politiker sich nicht mehr trauen, gegen den Mainstream anzugehen, weil sie befürchten, dann totgeschrieben zu werden - nicht im physischen Sinne, sondern im schreiberischen Sinne.

Die ARD twitterte im Juli 2019 - Zitat -:

„Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-Politikerinnen selbst zu Wort kommen zu lassen.“

Ja, und dann immer im Verhältnis von 4 : 1, damit die Botschaften ständig unterbrochen und durch Dummgeschwätz zerstört werden.

(Ulrich Siegmund, AfD, lacht)

Bei der Verkündung der ersten Ergebnisse zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft brach im ARD-Studio ein Jubel aus, weil die AfD die Hürde angeblich verfehlt hat. Gleichzeitig lag aber der Redaktion schon eine andere Prognose vor, und die hatte 5,8 % zum Inhalt.

(Andreas Steppuhn, SPD: Zu viel!)

Das Fernsehen hat natürlich die Prognose mit den 4,9 % gebracht. So ist mittlerweile die Meinungsmache in einem Bezahlfernsehen jeden Tag.

(Olaf Meister, GRÜNE: Verschwörungstheorie!)

Das kann nicht weiter so bleiben. Denn Meinungsmanipulation und Lagerdenken im Journalismus führen Schritt für Schritt zur Abschaffung der freiheitlichen Demokratie. Der Eindruck von gleichgeschalteten Staatsmedien drängt sich geradezu auf.

Neben dem Druck von der Straße und von den Medien auf Thomas Kemmerich kam dann der ausschlaggebende Druck von oben. Angela Merkel forderte unmittelbar nach der Wahl, das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen müsse rückgängig gemacht werden.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Sie sprach von einem unverzeihlichen Fehler. Wissen Sie, was das ist? - Verfassungswidrig! Denn wenn Frau Merkel als Bundeskanzlerin spricht - sie war nicht mehr Parteivorsitzende - und die Forderung aufstellt, demokratische Wahlen rückgängig zu machen, dann handelt sie unmittelbar gegen unsere Verfassung.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Dann muss ein Gerichtsverfahren stattfinden. Es ist auch schon eine Anzeige von einem AfD-Bundestagsabgeordneten erfolgt.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD)

Wir werden einmal schauen, ob die Verfassung in unserem Land noch etwas wert ist.

Fazit: Wir haben in Thüringen erlebt, dass eine verfassungsfeindliche Kanzlerin ihre Macht missbraucht, um eine demokratische Wahl nachträglich außer Kraft zu setzen. Die Staatsmedien springen ihr unterstützend zur Seite und mobilisieren für den öffentlichen Protest der sogenannten Zivilgesellschaft. Die sogenannte Antifa erledigt sodann die Schmutzarbeit, und die war in diesem Fall genau so, dass sechs Polizeimannschaftswagen gebraucht worden sind, um die FDP-Zentrale zu schützen, dass Frauen angespuckt wurden, Abgeordnete der FDP, wenn sie ihre Kinder zur Schule gebracht haben, dass eine Morddrohung gegenüber dem Kemmerich ausgesprochen wurde.

Das ist dann der Druck der Straße, der heute schon von Ihnen mitorganisiert wird. Dann sagen Sie mir, das ist die Gemeinschaft der Demokraten.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei der LINKEN)

Das ist das genaue Gegenteil. Das ist der Beginn der Faschisierung dieser Gesellschaft durch Sie, bei den LINKEN, bei der SPD, zum Teil - darauf komme ich noch zu sprechen. Ich hoffe, Sie fragen mich danach; dazu habe ich viel Material mitgebracht. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Danke für die Erinnerung!)

Wenn ich mir ansehe, wie in diesem Land Politik gemacht wird, dann stelle ich mir die Frage: Wer ist in diesem Land eigentlich ein Demokrat und wer ist es nicht?

(Andreas Steppuhn, SPD: Sie nicht!)

- Darüber können wir gern einmal reden. Dann zeige ich Ihnen, dass genau Sie ein Anhänger dieses Totalitarismus sind.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau! - Weitere Zurufe von der AfD)

Sind diejenigen Demokraten, die den Bürgerwillen von gut einem Viertel der Wähler in völlig legitimer Art und Weise in den Parlamenten umzusetzen versuchen und dabei auf übelste Diffamierungen, Sachbeschädigungen und Angriffe Rücksicht nehmen müssen?

Mein Kollege schreibt gerade eine Anzeige, weil er angespuckt worden ist. Das ist die Saat Ihres Hasses, den Sie tagtäglich schüren.

(Zurufe von der SPD)

Oder sind es diejenigen, die die demokratischen Prozesse mit politischem und medialem Druck, mit Böllern und Pflastersteinen außer Kraft setzen?

Ich bin der Meinung, wir verhalten uns demokratisch; denn wir bringen die Forderungen in dem Parlament hier auf den Tisch. Wir organisieren nicht solche Terrormaßnahmen gegen einzelne Menschen, wie Sie das tun, als Antifa.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

- Ich meine nicht Sie als Abgeordneter.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie betreiben nur die mediale Hetze gegen die AfD, indem Sie uns Faschismus unterstellen. Aber Sie haben die Antifa in Ihren Reihen. Das sind die Schläger. Dann haben Sie die Autonomen, die Sie mit befüttern.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Sie sind die Hetzer in dieser Gesellschaft.

(Zuruf von der AfD: Genau! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie sind genau die Hetzer in dieser Gesellschaft.

(Oh! bei der SPD)

Sie machen das, indem Sie eine Brücke gebaut haben. Sie wollen sich als die Demokraten sehen. Sie verkehren die Wahrheit genau in ihr Gegenteil. Sie bezeichnen sich als die Einheit der Demokraten

(Lachen bei der SPD)

gegen die Faschisten der AfD.

(Ronald Mormann, SPD: Ja, richtig!)

In Wirklichkeit geht es nur um eines: Sie wollen ein möglichst breites Bündnis gegen die AfD

schaffen, weil sie alle befürchten, dass Sie bei kommenden Wahlen von der Bevölkerung durchschaut werden mit diesem schmutzigen Spiel, weil Sie dann um Ihre Pfründe und Pöstchen fürchten.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der wahre Hintergrund für diese sogenannte Gemeinschaft der Demokraten.

(Zuruf von der AfD: So wie in Hamburg! - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Jetzt komme ich zur speziellen Rolle der SPD. Ich habe aber nur noch sechs Sekunden. Gut, okay.

(Lachen bei der SPD)

Ich komme zur speziellen Rolle der SPD: Wenn Sie die Forderung aufstellen, dass kein Gesetz mehr gelten soll, dem von der AfD im Parlament mit zugestimmt wurde, dann sage ich Ihnen,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

das ist schon der Faschismus, weil die freien Wahlen

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, ich kann auch lauter brüllen.

Robert Farle (AfD):

durch die SPD außer Kraft gesetzt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also: Sie müssen schon auf mein Zeichen - -

Robert Farle (AfD):

Sie sind die direkten Vorbereiter einer faschistischen Gesellschaft.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Sie müssen auch schon mein Zeichen verstehen. Ich habe Sie schon ein paar Sekunden länger reden lassen; das haben Sie bemerkt. Dann müssen Sie aber auch darauf hören, wenn ich sage, Sie müssen aufhören.

Robert Farle (AfD):

Habe ich doch. Ich bin schon lange fertig.

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine Wortmeldung. Herr Abg. Poggenburg,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Der stellt eine Frage? - Ronald Mormann, SPD: Amtshilfe! - Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Farle, Sie haben angeführt, dass das Hineinregieren der Kanzlerin in die Angelegenheit in Thüringen Unrecht wäre. Für mich klang es so, als ob Sie der Meinung sind, dass das schon fast diktatorische Züge hätte. Können Sie das noch einmal genau ausführen? - Danke.

(Lachen bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, bitte.

Robert Farle (AfD):

Ja, das tue ich sehr gerne,

(Ja! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil mir das Gutachten eines Verfassungsrechtlers vorliegt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber nicht von Herrn Schachtschneider?)

- Nein, des Herrn Murswiek. - Dieses Gutachten besagt, dass die Bundeskanzlerin als Amtsträger der Bundesregierung, als Organ des Staates, überhaupt nicht die Berechtigung hat, dazu aufzufordern, dass eine demokratisch stattgefundene Wahl rückgängig gemacht wird; denn hierdurch wird entgegen unserer Verfassung und entgegen den Buchstaben des Gesetzes zur Missachtung einer demokratischen Wahl aufgerufen.

In dem gleichen Gutachten bewertet er auch den Antrag der sozialdemokratischen Partei in NRW, die dazu aufgefordert hat - jetzt muss man einmal zuhören -, dass nicht nur Wahlen nicht mehr anerkannt werden sollen, wenn die AfD dabei nach deren Meinung falsch abgestimmt hat, sondern dass auch die Gesetze nicht mehr gelten sollen, wenn sie mit Zustimmung der AfD zustande gekommen sind.

Wissen Sie, was Sie damit machen, bei der SPD? - Sie fordern die Außerkraftsetzung

(Olaf Meister, GRÜNE: Unsinn!)

des demokratischen Wahlrechts von 25 % der Menschen in diesem Land.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Sie fordern weiterhin die Missachtung des Kernbestandteils unseres Grundgesetzes. Als Jurist weiß jeder, dass Artikel 20 mit einer Ewigkeitsgarantie geschützt ist, dass freie und geheime Wahlen in diesem Land stattfinden. Es war auch kein Versprecher, dass Frau Pähle vorhin deutlich gemacht hat: Wir müssen wissen - das ist auch eine Forderung aus dem SPD-Bereich, die dort aufgestellt wurde -, wie jeder abgestimmt hat.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das habe ich nicht gesagt, Herr Farle!)

- Das haben Sie gesagt. Ich habe dazu vorhin auch gleich einen Zwischenruf formuliert.

Dazu sage ich Ihnen: Die Einschränkung und Abschaffung des demokratischen Wahlrechts, wenn es als Kernbestandteil des Grundgesetzes geschützt wird, bedeutet die Abschaffung der Demokratie; denn Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass man in der Öffentlichkeit Meinungsfreiheit hat - und alles Mögliche.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Aber wenn es in der Wahlkabine nicht gelungen ist, dann wollen Sie hier wieder Verhältnisse einführen, die es schon einmal gegeben hat, die es im Dritten Reich gegeben und die wir zum Beispiel als AfD aus tiefster innerer Überzeugung ablehnen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Wahlen sind zu akzeptieren.

(Beifall bei der AfD)

Nicht Sie verteidigen den Rechtsstaat, sondern unsere Partei verteidigt den Rechtsstaat in diesem Land.

(Zuruf von der AfD: Genau so ist es! - Dr. Falko Grube, SPD: Das hat Herr Lehmann auch schon einmal gesagt! - Unruhe bei der SPD)

Den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten konnte ich zu mehr als 90 % folgen. In einem Punkt sind Sie nicht ganz up to date nach meiner Meinung. Das betrifft nämlich die Frage nach dem Attentäter.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, wir hatten aber jetzt gerade eine Frage von Herrn Poggenburg.

Robert Farle (AfD):

Man kann mittlerweile ein ganz genaues Täterprofil aufzeichnen

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

anhand seiner langen Dokumente. Das habe ich auch gemacht, aber das kann ich jetzt hier nicht vortragen. - Gut. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben noch eine weitere Wortmeldung. Herr Abg. Striegel hat sich noch zu Wort gemeldet:

(Volker Olenicak, AfD: Da meldet sich der Richtige!)

Robert Farle (AfD):

Ja, das wollte ich doch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Man muss dem mal die Maske herunterreißen.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich glaube, Sie reißen sich gerade selbst die Maske herunter.

Robert Farle (AfD):

Ja, ja.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das ist eine Einschätzung von mir.

Robert Farle (AfD):

Sie sind ein ordentlicher Demokrat!

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich habe heute Morgen einen Artikel in der „Mitteldeutschen Zeitung“ zur Kenntnis genommen. Darin wird ein AfD-Mitglied und interessanterweise auch Mitarbeiter von Herrn Höcke, der aber offensichtlich aus Sachsen-Anhalt stammt und hier kommunalpolitisch tätig ist, zitiert. Es geht um einen Waldkindergarten, also um ein Thema, das mit diesem Parlament relativ wenig zu tun hat,

(Volker Olenicak, AfD: Was hat denn das mit dem Thema zu tun? - Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

aber interessant finde ich den Blick auf Gesellschaft, den der Mann dabei einnimmt. Es geht um die Frage, warum die AfD gegen diesen Waldkindergarten polemisiert. Er sagt - ich zitiere -:

„Schauen Sie mal auf die politischen Mehrheitsverhältnisse. Die werden für“

- das, was dieser Kindergarten will, nämlich -

„‘verschiedenste Konzepte lebbar machen‘ immer dünner. Das sage ich Ihnen als Mitglied der AfD“.

Wie bringen Sie einen solchen Satz mit der Behauptung zusammen, Ihre Partei würde für Demokratie und Pluralismus stehen?

(Zuruf von der AfD: Weil wir immer stärker werden!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die Frage ging an den Abg. Farle. - Herr Abg. Farle, bitte.

Robert Farle (AfD):

Schönen Dank für die Frage. - Ich habe diesen Artikel, der in der Zeitung stand, gestern früh zu lesen bekommen und habe gestern Mittag von hier aus direkt eine Richtigstellung an die Presse gegeben - ich hoffe, dass sie in der „MZ“ einmal erscheint -, in der ich deutlich gemacht habe, dass der betreffende Kollege seine persönliche Einzelmeinung dargestellt hat, aber nicht - -

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: „Als Mitglied der AfD“ sagt er! - Zuruf: Und was ist mit Ihrem Strategiepapier?)

- Hören Sie doch erst einmal zu!

(Sebastian Striegel, GRÜNE: „Als Mitglied der AfD“!)

Sie bekommen doch eine Antwort. - Ich habe in der Richtigstellung an die Presse gestern formuliert, dass bei uns Meinungsfreiheit herrscht. Er hat seine Meinung privat geäußert, er kann aber nicht für die AfD sprechen; denn darüber muss die AfD-Fraktion erst einmal beraten. Darüber hat sie noch nicht beraten. Darüber wird sie aber beraten. Wir erfüllen unsere demokratischen Pflichten. Ich habe noch nicht einmal einen halben Tag mit der Richtigstellung gewartet. Hans-Thomas weiß das auch. Wir haben gestern kurz darüber gesprochen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Machen Sie viele solcher Beispiele und Sie werden immer wieder erleben, dass wir die Sache richtig bearbeiten und dass wir uns darum kümmern.

Den Mann, den Sie, Frau Pähle, angesprochen haben, der ist dann von sich aus zurückgetreten. Das haben wir aber auch beide angeschoben.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Herr Raue und ich haben uns um Donatus Schmidt gekümmert. Er hat die Konsequenzen gezogen und ist aus der Fraktion oder was auch immer ausgeschieden.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Er ist immer noch Mitarbeiter!)

- Sie hetzen immer weiter. Aber wir bereinigen solche Probleme.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Was ist denn bei der CDU mit dem Mann, der einen Hitlergruß gezeigt hat? Wollen Sie uns solche Einzelereignisse an den Kopf werfen? - Das ist doch nicht die Politik unserer Partei. So schlau ist sogar selbst der Verfassungsschutz. Hört, hört! Der Verfassungsschutz stuft die AfD nicht als verfassungsfeindlich ein.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Noch nicht!)

- Nicht „noch nicht“; er stuft sie nicht ein. Er hat auch keinen Grund, das zu tun. Aber er hat bis vor Kurzem DIE LINKE komplett, als Partei, als verfassungsfeindlich eingestuft und überwacht. Das muss man hier einmal ganz klar beim Namen nennen.

Auch wenn bei Ihnen in der CDU mittlerweile einige Leute damit liebäugeln, mit der LINKEN ins Bett zu gehen, nach der nächsten Wahl. Das ist mir auch klar. Macht eure Bemühungen, Ihr werdet nicht damit durchkommen. Denn, wie gesagt, mit solchen Verfassungsfeinden, wie sie bei der LINKEN anzutreffen sind, kann man keine Koalition eingehen.

(Beifall bei der AfD)

Am Ende bleibt euch sowieso nur übrig, dass ihr irgendwann einmal schlauer werdet, wenn eure Stimmen maximal dezimiert sind; denn ihr werdet euch jetzt zerlegen, wenn ihr diesen Kurs in Thüringen so weiterfahrt, Nichtanerkennung von Wahlen usw. Dann verliert ihr jede Menge Stimmen. Wenn ihr all eure Konservativen aus der CDU herauswerft - wie heißt der Kreis noch einmal? -,

(André Schröder, CDU: Konservativer Kreis!)

- wenn der konservative Kreis bei euch herausgeworfen wird, dann kann ich euch nur vorausagen, dass ihr euch zerlegen werdet. Aber das ist eure Sache. Uns schadet das nicht; im Gegenteil: Unsere Stimmenzahl steigt damit. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, es gibt noch eine weitere Wortmeldung.

Robert Farle (AfD):

Ja, gern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Dr. Schmidt hat sich zu Wort gemeldet.

Robert Farle (AfD):

Das ist schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bevor ich aber Herrn Dr. Schmidt das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Dr.-Frank-Gynasiums aus Staßfurt recht herzlich hier bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Schmidt, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe eine Frage, aber zu der muss ich vorher noch einen Satz sagen, der das einläutet. Sie haben jetzt gesagt, Herr Farle, die AfD habe sich mit Donatus Schmidt im Stadtrat von Halle auseinandergesetzt.

(Robert Farle, AfD: Richtig! - Zuruf von der LINKEN)

Das ist falsch. Das können Sie im Protokoll der einschlägigen Stadtratssitzung nachlesen. Herr Raue hat sich keineswegs mit den Ansichten von Donatus Schmidt auseinandergesetzt, einem Mann, der der Meinung ist, die jüdischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im World Trade Center seien vorher gewarnt worden, bevor die Flugzeuge einschlugen; ein Mann, der gesagt hat, wir müssen dieses System umstürzen, auch Gewalt muss eine Möglichkeit sein. Herr Raue hat sich keineswegs mit diesen Ansichten auseinandergesetzt. Er hat lediglich beklagt, dass man Donatus Schmidt so hart verfolgt.

Jetzt meine Frage: Ist Donatus Schmidt bis zum heutigen Tag bezahlter Mitarbeiter der AfD-Fraktion des Stadtrates von Halle, ja oder nein? - Ich bitte um eine einfache Antwort.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Das muss Herr Raue beantworten,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lydia Funke, AfD: Was spielt das hier für eine Rolle? - Zuruf: „Ja“, hat er gerade gesagt!)

weil ich es nicht weiß. Verstehen Sie?

(Zuruf: „Ja“, hat er gerade gesagt!)

Wir sind eine Partei, die nach den letzten Kommunalwahlen allein in meinem Landkreis sechs neue Fraktionen gebildet hat. Ich fahre doch nicht nach Halle, um mich dort über irgendetwas zu informieren. Das machen die Parteifreunde.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Aber Sie reden doch darüber!)

- Ich habe darüber berichtet, dass mir Frau Dr. Pähle

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

- jetzt hören Sie doch einmal zu! -,

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Wir haben Ihnen doch zugehört!)

einen Hinweis gegeben hat, dass da etwas war. Ich wollte es genau wissen. Das Video, ich habe es versucht, auf Ihrer Seite. Ich habe aber nur einen Link gefunden oder irgendetwas. Jedenfalls habe ich dann mit den Hallensern gesprochen, und die haben mir versprochen, das Problem jetzt zu lösen.

Ich bin doch nicht der Regent der AfD. Das gibt es bei uns überhaupt nicht. Wir sind eine demokratische Partei. Wir haben einen Landesvorstand. Darin kann ich solche Dinge ansprechen und dann mit dem Kreisvorstand sprechen, aber ich kann nicht in alle Kreise fahren und anfangen, dort herumzuwühlen - also, wenn man sich solche Vorstellungen macht.

Wir sind auch nicht mehr eine 300-Mitglieder-Partei, sondern mehr als das Vierfache haben wir jetzt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Schmidt - -

Robert Farle (AfD):

So. Das war die Antwort darauf. Ansonsten denke ich, dass das im Detail eigentlich nicht in das Parlament hier gehört.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen damit nur bewiesen, dass wir solchen Hinweisen nachgehen. Das habe ich getan und nichts anderes ist passiert.

(Olaf Meister, GRÜNE: Nichts anderes ist passiert?)

Was Sie im Stadtrat von Halle besprechen, das kann ich Ihnen überhaupt nicht sagen, weil ich das nicht genau verfolge - nur wenn es etwas ganz Besonderes ist, aber das ist selten bei Ihnen der Fall.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Schmidt, Sie haben eine Nachfrage signalisiert.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Eine Nachfrage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine kurze Nachfrage bitte.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Eine kurze Nachfrage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Denn wir sind schon weit in der Zeit fortgeschritten.

(Robert Farle, AfD: Ja, das stimmt!)

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Herr Farle, wenn Sie herausfinden sollten - was ohne Zweifel leicht für Sie möglich ist -, dass Donatus Schmidt weiterhin Angestellter der AfD-Fraktion in Halle ist, werden Sie dann Ihr politisches Gewicht in der AfD Sachsen-Anhalts

(Alexander Raue, AfD: Wir zerstören keine Existenzen, Herr Schmidt! Sie sind doch auch ein Kind der SPD!)

geltend machen, damit dieses Beschäftigungsverhältnis beendet wird?

Robert Farle (AfD):

Ich sage gleich etwas dazu.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Sie haben hier versprochen, dass Sie mit Nazis in Ihrer Partei aufräumen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Ich kann Ihnen genau sagen: Wir sind ein Gegner - -

(Alexander Raue, AfD: Herr Schmidt ist kein Nazi! Was soll denn das? Das sind Spinnereien, die Sie hier verbreiten!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, darf ich Sie jetzt um Ruhe bitten? Es wurde eine Frage gestellt.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

- Herr Raue! Herr Raue!

(Alexander Raue, AfD: Sie wissen ganz genau: Ich habe das im Stadtrat - - Dr. Andreas Schmidt, SPD: Herr Farle, da haben Sie die Antwort auf Ihre - -)

(Glocke der Präsidentin)

Herr Abg. Raue! Sie sind jetzt überhaupt nicht an der Reihe. Melden Sie sich zu Wort!

(Lydia Funke, AfD: Dann hätten Sie von vornherein unterbrechen müssen, dass das hier keine Rolle spielt! - Oh! bei der SPD)

- Jetzt hören wir einmal auf. Auch aus Ihren Reihen kommen oftmals Fragen, die nicht direkt etwas mit dem Thema zu tun haben. Auch diese lassen wir zu. Aber wenn Herr Raue sich jetzt in diesem Raum aufspielt, als sei er im Prinzip der Wortführer, weil ein Gespräch stattgefunden hat, dann muss ich sagen: Sie sind nicht an der Reihe; Sie haben keine Frage gestellt. Ihr Kollege ist an der Reihe und darf antworten. Punkt. - Bitte, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank. - Das ist genau das Problem. Ich stimme mit dem Ministerpräsidenten übrigens darin überein, dass man hier insgesamt herunterfahren muss.

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht)

Wir sind keine Rechartextremisten,

(Zuruf von der LINKEN: Doch!)

weil das Wort Extremist bedeutet, bereit zu Gewalt gegenüber Personen und Sachen zu sein.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Ich kenne in unserer Fraktion überhaupt keinen, der bereit ist, Gewalt gegen Personen und Sachen zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen.

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD)

Genauso müssen Sie einmal bei sich verbal abrüsten und mit Ihrem ständigen lächerlichen Faschismusgeschwätz Schluss machen.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Wenn wir das auf beiden Seiten hinbekommen und sachlich diskutieren, dann kann man zu solchen Fragen - die will ich nämlich ernst nehmen - einmal richtig und vernünftig Stellung nehmen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht)

Als erstes ist zu prüfen, was Donatus Schmidt genau vorgeworfen wird.

(Andreas Steppuhn, SPD: Das liegt doch auf der Hand!)

Das können nur diejenigen beurteilen, die mit Donatus Schmidt zusammenarbeiten.

Das Zweite ist - -

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD)

- Nein. Es gehört zur Demokratie dazu, dass man sich jeden Fall im Einzelnen genau anschaut.

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja, schon! Aber machen Sie das?)

Als zweiter Schritt ist zu prüfen: Rechtfertigt das, was man ihm vielleicht vorwerfen kann oder nicht vorwerfen kann, die Zerstörung einer beruflichen Existenz? - Das ist die nächste Frage. Ich bin zum Beispiel ein Gegner von Berufsverboten auf Zuruf. Was ich in den letzten Monaten ein paar Mal erlebt habe, wenn ein wichtiger Amtsträger - ich nehme jetzt nur einmal den letzten Fall mit dem Ostbeauftragten - einen Glückwunsch ausspricht - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, darf ich Sie trotzdem bitten, sich kürzer zu fassen? Wir sind in der Zeit wirklich schon sehr weit fortgeschritten.

Robert Farle (AfD):

Na gut. Wenn ich die Fragen nicht beantworten darf, dann okay.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen, aber fassen Sie sich bitte, wenn es geht, kürzer.

Robert Farle (AfD):

Den einen Gedanken möchte ich aber bitte noch zu Ende äußern.

(Ronald Mormann, SPD: Wieso? Warum?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja.

Robert Farle (AfD):

Wenn der Ostbeauftragte der CDU einen Glückwunsch an Herrn Kemmerich ausspricht - -

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Was hat er denn damit zu tun? - Weitere Zurufe)

- Warum grummeln Sie denn jetzt alle dazwischen?

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das sagt der Richtige! - Tobias Krull, CDU: Weil Sie falsche Aussagen treffen! - Weitere Zurufe)

- Weil ich Sie erwisch habe. Denn der Hirte ist nämlich dann - -

(Zuruf von Tobias Krull, CDU - Alexander Raue, AfD: Herr Krull, es geht doch um Sie!)

- Was sind Sie denn für Menschen, die hier ständig dazwischenquaken? Das ist wirklich unmöglich.

(Zuruf von Sven Knöchel, DIE LINKE)

Wenn jemand bei Twitter eine Gratulation ausspricht und dann von der Kanzlerin einbestellt und seinen Job als Ostbeauftragter der CDU los wird, dann frage ich mich, was das noch mit Demokratie zu tun hat.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Genau!)

Dafür kann ich noch zehn andere Beispiele anführen. - So, es reicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir kommen nunmehr zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Lüddemann. Sie haben jetzt das Wort, Frau Abgeordnete.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In der Aktuellen Debatte geht es heute im Kontext von Thüringen um das Thema „Konsens der Demokratinnen und Demokraten bewahren“. Dazu sage ich ganz klar: Es kann nur einen Konsens der Demokratinnen und Demokraten geben - der heißt Antifaschismus.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Das ist konstituierend für die Bundesrepublik Deutschland. Es gehört zum unauflöslichen Grundkonsens dieses Landes, Antifaschist, Antifaschistin zu sein, sich gegen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Diese Position müssen alle Demokratinnen und Demokraten klar und deutlich nach außen tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen freue ich mich sehr, dass wir heute mit überwältigender Mehrheit den neuen § 37a in unsere Landesverfassung eingeführt haben - die sogenannte NS-Klausel, die das Parlament, die staatlichen Institutionen, aber explizit auch alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes daran erinnert und dazu verpflichtet zu achten, was konstituierend für die Bundesrepublik Deutschland und für Sachsen-Anhalt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD)

Werte Damen und Herren! Es kann und darf kein Wanken und Zögern geben. Wer im Kampf gegen Rassisten oder Faschisten oder Antisemiten unklar ist oder nicht trennscharf formuliert, der eröffnete Raum für Antidemokraten. Wer sich mit rechtem Gedankengut gemeinmacht oder auch nur über entsprechende Koalitionen nachdenkt, der ebnet geistigen Brandstiftern den Weg.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das darf nie wieder geschehen. Keinen Millimeter nach rechts - kleiner kann ich, können jede Demokratin, jeder Demokrat es in dieser Angelegenheit nicht machen. Geschichte kann sich wiederholen, wenn wir es zulassen. Die Definition - oder vielleicht sollte man besser sagen, die Beschreibung - der roten Linie ist simpel. Überall dort, wo rassistische Äußerungen fallen, wo Menschen in ihrer Würde beeinträchtigt werden, wo Antisemitismus agiert, sich frauenfeindlich verhalten wird - kurz: überall dort, wo sich rechtsextremes Gedankengut Bahn bricht, endet der Konsens der Demokratinnen und Demokraten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD - Lydia Funke, AfD: Bei Linksextremismus sieht das anders aus! - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Es ist mehr als nötig, immer wieder an diesen moralischen Kompass zu erinnern. Es ist wichtig, Übertretungen dieser roten Linie klar zu nennen. Das sind wir allen Opfern des Hitlerfaschismus schuldig. Der Schwur von Buchenwald verpflichtet uns, allen Anfängen sofort, immer und überall zu wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Das war nie einfach und hat immer Zivilcourage erfordert. Seit aber Antidemokraten und Antiparlamentarier in den Parlamenten sitzen, seit Rechtsextreme und Faschisten dieses Landes mit der AfD einen parlamentarischen Arm haben, ist es unzweifelhaft noch nötiger, Mut und Zivilcourage zu zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD - Daniel Rausch, AfD: Eine Frechheit ist das! - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Gerade deshalb ist es wichtig, dass alle Demokratinnen und Demokraten gleichermaßen klar formulieren und klar agieren.

(Volker Olenicak, AfD: Pfui!)

Aus dem Unsagbaren ist für allzu viele bereits das Sagbare geworden.

(Volker Olenicak, AfD: Und das ist jetzt eine vernünftige Debatte?)

Dass aus dem Sagbaren Taten werden, dafür stehen die unsäglichen Terrorakte in München, in Halle, in Hanau sowie auf Walter Lübcke.

Aber - das macht mir großen Mut -: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Tausende Menschen sind in den letzten Tagen für Weltoffenheit, gegen Rassismus und für den Schutz von Minderheiten auf die Straßen gegangen. Diese Menschen haben eine sehr klare Kante gezeigt.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir GRÜNE werden immer an der Seite der Menschen sein, die unsere Demokratie mit ihrem Gesicht und ihren Taten verteidigen.

(Volker Olenicak, AfD: Vor allen Dingen die GRÜNEN!)

Tausende Menschen sind auch deshalb auf die Straße gegangen, um sich gegen den Tabubruch von Thüringen zu stellen. Unfassbarerweise ist dort nämlich der Konsens der Demokratinnen und Demokraten aufgegeben worden. Mit dem Grundkonsens der alten und der neuen Bundesrepublik - keine Zusammenarbeit mit Nazis und Faschisten - wurde in unverantwortlicher Weise gebrochen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

FDP und CDU haben nicht nur gemeinsam mit der AfD einen Ministerpräsidenten gewählt, sondern sie sind auch jetzt nicht in der Lage, das Problem von Thüringen zu lösen. Diese Lösung kann nur in Neuwahlen liegen, wenn kein Ministerpräsident Ramelow unterstützt werden soll.

(Volker Olenicak, AfD: Es wird gewählt, bis das Ergebnis stimmt! Wie demokratisch! - Daniel Rausch, AfD: Das hatten wir schon mal!)

Das soll ja nicht sein; denn es gibt innerhalb der CDU Beschlüsse.

(Volker Olenicak, AfD: Das hatten wir schon in der DDR!)

Klar, jede Partei kann natürlich Beschlüsse fassen, wie sie es für richtig hält.

(Daniel Roi, AfD: Ach ja?)

Aber wenn Beschlusslagen dazu führen, dass ganze Länder unregierbar werden und unsere Demokratie ins Wanken gerät,

(Volker Olenicak, AfD: Wenn der Bürger falsch wählt!)

dann tangieren diese Beschlüsse alle Demokratinnen und Demokraten.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ganz ehrlich: Ich bin noch immer fassungslos, dass die CDU die Ramelow- Linkspartei mit der Höcke-AfD gleichsetzt.

(Minister Holger Stahlknecht: Wer macht das?)

Sebastian Fischer schrieb in der letzten Woche im „Spiegel“ etwas, das die Unterschiede, glaube ich, ziemlich klar und deutlich macht. Ich zitiere:

„Die einen sind staatstragend, die anderen staatszersetzend. Parteien, die die deutsche Demokratie und die deutsche Republik tragen, müssen untereinander zur Zusammenarbeit fähig sein. Parteien, die Demokratie und Republik verächtlich machen, müssen von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen sein.“

(Volker Olenicak, AfD: Egal, wie der Wähler entscheidet!)

Durch die Gleichsetzung von rechts und links ohne Differenzierung wurden die Faschisten in der Geschichte immer gestärkt. Letztlich erleichtert die CDU mit ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss - mir ist es dabei, ehrlich gesagt, völlig egal, ob das Abgrenzungsbeschluss, Äquidistanz, Hufeisen oder wie auch immer heißt - den Rechtsextremen das politische Geschäft.

(Angela Gorr, CDU: Na, na!)

Ich hätte tatsächlich nicht gedacht, dass ich das einmal sagen würde,

(Volker Olenicak, AfD: Das ist eine Unverschämtheit!)

aber selbst die CSU ist in ihrer Lageeinschätzung klarer:

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Söder, Blume und Seehofer selbst. Dieser hat öffentlich zu Protokoll gegeben, dass er in dieser Debatte den Hinweis, es gebe auch den Linksextremismus, nicht akzeptiert. Die größere und

offensichtliche Bedrohung komme derzeit unzweifelhaft von rechts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Thüringen hat sehr deutlich gemacht, wo die politische Mitte ist: nämlich dort, wo Menschen keinen Millimeter nach rechts nachgeben.

(Volker Olenicak, AfD: Es wird sogar die Wahl annulliert!)

Die politische Mitte ist dort, wo Menschen gegen Hass und Hetze aufstehen, wo Antisemitismus und Rassismus keinen Raum haben. Die vielen Wortmeldungen, Demos und Aktionen in den letzten Wochen und Tagen zeigen sehr deutlich: Diese Mitte ist groß. Diese Mitte wird den neuen Nazis, der AfD, den Faschisten und Rassisten dieses Land nicht überlassen. Wer dieses Land wirklich liebt, der ist Demokratin bzw. Demokrat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Niemand darf sich einbilden, nur weil er demokratisch gewählt wurde, sei er automatisch ein Demokrat.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD - Oliver Kirchner, AfD: Das sieht man ja an Ihnen!)

Nein, die AfD ist deswegen noch lange keine demokratische Partei. Deshalb darf es auf keiner Ebene und in keiner Weise auch nur den Hauch einer Zusammenarbeit mit der AfD geben. Das zu bekräftigen, auszusprechen und zu beherzigen ist die Lehre von Thüringen.

(Daniel Roi, AfD: Unglaublich!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD - Daniel Roi, AfD: Das ist unglaublich! - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Borgwardt hat sich als Fraktionsvorsitzender gemeldet. Danach gibt es eine Wortmeldung von Herrn Farle. - Herr Borgwardt, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Ich möchte meinem Redebeitrag nicht vorgreifen, aber ich glaube, es ist an der Zeit, hier mindestens zwei Dinge richtigzustellen. Erstens, Herr Farle, ist Herr Hirte nicht der Ostbeauftragte der CDU. Vielmehr ist er der Ostbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, der nur zufällig CDU-Mitglied ist.

(Aha! bei der AfD - Volker Olenicak, AfD: Der war gut! - Oliver Kirchner, AfD: Der ist schon richtig Mitglied! - Weitere Zurufe von der AfD)

- Ich bitte Sie herzlich, Herr Farle oder Herr Kirchner, einmal mit Ihren Mitgliedern zu reden und ihnen den Unterschied zu erklären. Denn er wird nämlich von der Bundesregierung ernannt,

(Robert Farle, AfD: Das ist ja noch schlimmer!)

egal welche Parteimitgliedschaft er hat.

(Zuruf von der AfD)

- Das ist Schwachsinn.

Als zweiten Punkt muss ich leider etwas zu Frau Lüddemann sagen. Es ist richtig: Wir sagen auch, dass alle Demokraten, die das im tatsächlichen Wortsinn sind, Antifaschisten sein müssen, weil sie sonst keine Demokraten sind. Es gibt aber auch eine große Anzahl Demokraten, die sagen, das sehen sie bei der Antifa anders.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Darum geht es doch jetzt gar nicht!)

Ich könnte Ihnen das den ganzen Tag lang begründen. Ich will das nur sagen, damit wir nicht den Eindruck erwecken, dass das bei Demokraten beides gleich ist. Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen - ja, ja, das sind diese netten Untergliederungen, die hier vorgenommen werden -, wie sich manche in ihren Posts äußern. Vielleicht komme ich nachher noch in einer Auswertung dazu.

Noch einmal ganz klar: Die CDU und die Christdemokraten sind selbstverständlich antifaschistisch, weil sie sonst keine Demokraten wären.

(Zustimmung bei der CDU - Volker Olenicak, AfD: Sonst wären sie nicht wählbar!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine Frage zu stellen oder eine Kurzintervention vorzutragen.

(Volker Olenicak, AfD: Als Faschist ist man nämlich nicht wählbar!)

Bitte, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mal ein paar Beispiele herausgesucht, um Ihnen aufzuzeigen, wie mit der Methode Framing die politische Auseinandersetzung in diesem Land durch falsche Behauptungen und durch Lügen immer mehr aufgeheizt wird.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Da kennen Sie sich ja aus! - Unruhe bei der AfD)

Rüdiger Erben - -

(Zurufe von den GRÜNEN - Daniel Rausch, AfD: Hören Sie doch mal zu!)

Rüdiger Erben hat getwittert, und an Twitter kann man die Dinge häufig sehen. Ja, er hat Michael Roth recht gegeben. Michael Roth hat Folgendes geschrieben - das hat er hier ausdrücklich unterstützt -:

„Das Milieu von Taten wie in Hanau wird ideologisch genährt von Faschisten wie Höcke. Demokratieverachtung, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus & Islamfeindlichkeit fallen auf fruchtbaren Boden.“

(Andreas Steppuhn, SPD: Alles richtig!)

„Deshalb bleibe ich dabei: Die #AfD ist der politische Arm des Rechtsterrorismus!“

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Andreas Steppuhn, SPD: Alles richtig!)

- Ja. Das genau meine ich. Die AfD ist in keiner Weise mit irgendwelchen terroristischen Taten verbunden. Selbst der Rassist und Attentäter von Hanau hat sein rassistisches Manifest im Jahr 1999 formuliert -

(Unruhe)

1999, da gab es die AfD überhaupt noch nicht. Sie haben gar keine Ahnung. Und der Bundesanwalt, der solche Taten aufklären soll, hat dieses Manifest schon vor Monaten bekommen. Aber er ist gar nicht auf die Idee gekommen, dass dieser Irre ein Attentat in dieser Art plant. Und Sie machen aus uns Attentäter. Sie machen aus uns Terroristen und alles Mögliche. Aber die Leute begreifen, dass Sie Unsinn erzählen,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

und dass das Lüge ist. Und die wählen uns

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Farle!

Robert Farle (AfD):

deshalb viel mehr als früher. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD - Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke.

(Robert Farle, AfD: Weil Sie nur herum-lügen!)

Wir kommen nun zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Lippmann. Sie haben das Wort. Bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl eines Ministerpräsidenten mit Stimmen der AfD hätte es nie geben dürfen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Artikel 1 des Grundgesetzes!)

Unsere Demokratie kann ohne eine wirksame Abgrenzung gegenüber der AfD nicht bewahrt werden. Das erkennen immer mehr Menschen in unserem Land und gehen dafür auch in immer größerer Zahl die Straße;

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

denn unsere Demokratie war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch nie so bedroht wie heute.

Seit Jahren kritisieren wir das Staatsversagen bei der Bekämpfung des gewaltbereiten und bewaffneten Rechtsextremismus. Wir verkennen dabei nicht, dass unter dem Eindruck der massiven Ereignisse der letzten Monate unter anderem der Bundesinnenminister hierzu inzwischen auch zu neuen Einsichten kommt. Aber diese kommen zu spät. Sie kommen zu spät für die Opfer des NSU, zu spät für den aufrechten Christdemokraten Walter Lübcke, zu spät für die Toten in Halle und zu spät für die in Hanau ermordeten Menschen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Rechte Extremisten und Terroristen ziehen weiter ihre Blutspur durch unser Land. Da hilft es eben nichts, die extreme Rechte in Sonntagsreden als größte Bedrohung für die innere Sicherheit zu brandmarken, wenn tags darauf der Schulter-schluss mit ihrem parlamentarischen Arm gesucht wird.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wer mit Faschisten paktiert, vergeht sich an der Demokratie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist geschichtsvergessen und gefährlich, heute wieder davon zu schwafeln, dass man die AfD bei der Regierungsbildung nicht ignorieren dürfe, weil sie ja demokratisch gewählt worden sei. Damit

macht man sich wie vor 90 Jahren zum Steigbügelhalter für den Aufstieg antidemokratischer Kräfte und nimmt den Schaden für die Demokratie sehenden Auges in Kauf.

(Zustimmung bei der LINKEN - Volker Ole-nicak, AfD: Demokratische Wahlen wolltet ihr noch nie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist erschütternd, dass wir gestern hier in der Debatte über den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung wieder solche revisionistischen Reden hören mussten, wie sie leider nicht nur von der AfD gehalten wurden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

In Erfurt waren politische Abenteurer am Werk, denen es wichtiger war, einen erfolgreichen und beliebten linken Ministerpräsidenten zu stürzen, als sich Gedanken über das Land und seine Menschen zu machen.

(Minister Holger Stahlknecht: Was heißt stürzen, der muss erst mal gewählt werden!)

Die CDU als größte Wahlverliererin erniedrigt sich dafür sogar so weit, einen Fünfprozentmann als Ministerpräsidenten in Stellung zu bringen, der es kaum in den Landtag geschafft hatte. Am Ende aber war es ein politischer Angriff auf die nach dem Jahr 1945 geschaffene demokratische Ordnung. Und es ist DIE LINKE, die sich in Thüringen in der von FDP, CDU und AfD ausgelösten Krise als handlungs- und verhandlungsfähig zeigt.

Das Angebot von Bodo Ramelow, mit Christine Lieberknecht als Ministerpräsidentin unverzüglich Neuwahlen zu organisieren, war die klügste Idee und die letzte Chance, um schnell aus dieser Staatskrise herauszukommen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Doch auch dazu war die CDU Thüringen nicht bereit. Wenn jetzt die CDU in Berlin aus ideologischer Verbohrtheit weiter daran festhält, auch den Kompromiss für die Wahl am 4. März zu torpedieren, dann trägt sie die Verantwortung dafür, dass Thüringen noch tiefer im Chaos versinkt.

(Zustimmung bei der LINKEN - Guido Heuer, CDU: Keine Stimme an DIE LINKE, niemals!)

Mit ihrer Inflation von Abgrenzungsbeschlüssen nach rechts und links hat sich die CDU selbst in eine Falle manövriert. Sie zeigt damit nur, dass ihr der Kompass und die Führung fehlen. Dabei gibt es überhaupt keinen Grund dafür, auch DIE LINKE in die Abgrenzungssorgie einzubeziehen.

(Guido Heuer, CDU: Doch!)

Kein Mensch bei uns will über eine Koalition mit der CDU auch nur nachdenken.

(Guido Heuer, CDU: Gott sei Dank! - Frank Scheurell, CDU: Wir auch nicht, vielen Dank!)

Warum also das ganze Spektakel?

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Frank Scheurell, CDU: Na, ich will euch auch nicht!)

Weil es die CDU einfach nicht schafft, glaubhaft die Distanz zur AfD zu halten

(Zuruf von Frank Bommersbach, CDU)

und mit klaren Ansagen die Rechtsausleger in den eigenen Reihen

(Frank Bommersbach, CDU: Wer?)

zu disziplinieren;

(Frank Bommersbach, CDU: Nachfolger der SED!)

denn offensichtlich sind

(Frank Bommersbach, CDU: Bleiben Sie mal ganz ruhig!)

jenseits der NS-Rhetorik der AfD

(Guido Heuer, CDU: Unglaublich!)

die inhaltlichen Überschneidungen in vielen Themenbereichen zu groß, um eine konsequente Absage

(Unruhe bei der CDU)

an die AfD in den eigenen Reihen durchzusetzen. Und genau deshalb reißen die Forderungen aus der CDU auch nicht ab, sich für eine Kooperation mit der AfD zu öffnen.

(Frank Bommersbach, CDU: Völliger Quatsch!)

Da klingt die Botschaft von Herrn Haseloff „Wo wir sind, ist der Kern der Demokratie“ doch eher wie das Pfeifen im Walde;

(Zustimmung bei der LINKEN - Frank Scheurell, CDU: Halt, mein Freund, diese Dreistigkeit!)

denn davon entfernt sich die CDU in den letzten Jahren immer weiter,

(Frank Bommersbach, CDU: Unglaublich!)

genauso

(Frank Bommersbach, CDU: Da muss man langsam überlegen, raus zu gehen!)

wie sie ihren Mythos vom Bollwerk gegen die AfD selbst zu Grabe getragen hat. Mit dem

Verharren in der Rote-Socken-Ideologie - wir sind ja gerade wieder einmal die gehäutete SED -

(Guido Heuer, CDU: Seid ihr auch! - Robert Farle, AfD: Was seid ihr denn sonst?)

wird die politische Auseinandersetzung

(Minister Holger Stahlknecht: Unglaublich!)

durch billige Diffamierungen ersetzt. Auch das, Herr Stahlknecht, vergiftet das politische Klima.

(Zustimmung bei der LINKEN - Minister Holger Stahlknecht: Hören Sie sich doch die Rede an!)

Es ist aber vor allem ignorant gegenüber einer Tatsache. Die demokratischen Fraktionen dieses Hauses haben eben eine Parlamentsreform auf den Weg gebracht

(Guido Heuer, CDU: So ein Schwachsinn!)

und haben mit ihrer Zustimmung zu den darin formulierten Staatszielen und der Wertebindung des Staates genau eines kenntlich gemacht, nämlich den Unterschied zwischen Demokraten und Antidemokraten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Ereignisse in Erfurt sind ebenso wie die verbalen Ausfälle gegen DIE LINKE Ausdruck für das Versagen der CDU in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

Dabei könnte es uns egal sei, was Sie von uns halten und welche Bezeichnungen Sie da für uns finden. Was die permanente Gleichsetzung von AfD und LINKE aber zum Skandal macht, ist die damit einhergehende Verharmlosung

(Volker Olenicak, AfD: Was?)

und Relativierung der Dimension des rechten Terrors. Daran ist auch der CDU-Landesvorsitzende immer wieder aktiv beteiligt, erst am letzten Freitag bei der CDU-Jubiläumsfeier wieder einmal mit der Aussage: Wir müssen an den extremen Rändern die Schotten dichtmachen.

Da kann ich nur sagen: Vielen Dank für diese Einordnung am extremen Rand, die auch von Herrn Haseloff eben auf Nachfrage von Herrn Gallert nicht aufgelöst werden konnte.

(Alexander Raue, AfD: Hat er doch recht!)

Wenn durch die - - Das ist zitiert.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Extrem hat Herr Haseloff gar nicht gesagt! Das ist doch Unsinn!)

- Das Zitat von Herrn Stahlknecht stammt aus der Zeitung, von der Jubiläumsfeier am letzten Freitag. - Wenn vom CDU-Spitzenpersonal immer wieder AfD und LINKE in einen Topf geworfen

werden, dann kann ich nur sagen, um auf ein Zitat von Herrn Stahlknecht zu reagieren: Solche Ministerpräsidenten sind das Letzte, was dieses Land braucht.

(Zustimmung bei der LINKEN - Alexander Raue, AfD: Das muss ich mir merken!)

Wir brauchen eine Stärkung der Demokratie und klare Kante gegen die Angriffe von rechts.

(Volker Olenicak, AfD: Gegen Linksextremismus!)

Die Gefahr von rechts wird trotz Anschlägen, Terrorzellen und Morden weiter unterschätzt und relativiert. Die Eskalation der rechten Gewalt hat einen politischen und gesellschaftlichen Nährboden. Diese Terroristen mögen sich in rechten Netzwerken radikalisiert haben. Sie nähren ihre rassistischen Motive aber auch bei jenen, die ihnen zuvor das Wort reden und die ihren Gesinnungskumpanen den Weg in die Mitte der Gesellschaft, in die Parlamente und am Ende in die Regierungen bahnen.

Der von der SPD mit dieser Debatte geforderte Konsens der Demokraten hat nur dann eine Chance, wenn die CDU zur Vernunft und zur Verantwortung zurückkehrt.

(Zustimmung bei der LINKEN - Volker Olenicak, AfD: Wie soll sie das machen?)

Ich befürchte jedoch, dass wir uns hier nicht zum letzten Mal mit der Bedrohung unserer Demokratie befassen müssen, sei es

(Volker Olenicak, AfD: Solange Ihr hier seid!)

wegen neuer politischer Tabubrüche, sei es wegen neuer Terrortoten. Dabei ist im Grunde alles gesagt worden, und das seit Jahren.

(Volker Olenicak, AfD: Genau!)

Wenn daraus aber nicht endlich konkrete politische und staatliche Handlungen folgen, dann bleiben die Debatten müßig und das Gedenken schal.

Der Konsens der Demokraten wird nicht durch Beschwörungen, sondern nur durch Taten und gemeinsames Handeln bewahrt. Lassen Sie uns also handeln und ein zweites Erfurt 2020 hier in Magdeburg 2021 verhindern. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Lippmann. Es gibt mehrere Wortmeldungen. Die erste Wortmeldung kommt vom Abg. Herrn Farle. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt bei der Intervention natürlich immer kürzer.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich beziehe mich nur - -

(Zuruf)

- Nein, weil ich uns nicht auf die Nerven gehen will. - Aber ich will Ihnen eines sagen, Herr Lippmann. Der Satz „die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen hätte es nie geben dürfen“ zeigt mir genau Ihre extrem verfassungsfeindliche Grundgesinnung, die Sie hier an den Tag legen und sich dann als Demokraten bezeichnen.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Oh!)

Wer legt denn fest, wer in einem Land Ministerpräsident werden darf? Legen Sie das persönlich fest? Oder legt das Ihre Fraktion fest? Oder legen das vielleicht Wähler fest? - Es macht den Unterschied zwischen Diktaturen und freiheitlich-demokratischen Ländern aus, dass man das Ergebnis von Wahlen respektiert und dass die gewählten Abgeordneten darüber zu entscheiden haben, wen sie zum Ministerpräsidenten wählen oder wen nicht. Dabei gibt es noch nicht einmal einen Fraktionszwang; denn da ist jeder Abgeordnete für sich selbst, für seine Stimme, verantwortlich. Das will ich Ihnen einmal sagen.

Sie haben heute ein ganz entlarvendes Eingeständnis Ihrer Demokratiefeindlichkeit vor der Öffentlichkeit und vor diesem Parlament abgegeben. - Danke sehr.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, Sie können darauf erwidern.

(Volker Olenicak, AfD: Nie wieder Sozialismus! - Lachen bei der LINKEN - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Demokratie ist die Suche nach Mehrheiten. Dabei kommt es darauf an, wo man sich diese sucht. Dass es eine Farce ist, einen Fünfprozentmann mit den Stimmen der AfD

(Robert Farle, AfD: Das ist keine Farce!)

ohne eine Regierungsmannschaft und ohne einen Plan dahinter zu wählen, dass dies eine Beleidigung für die Demokratie war, das haben ganz viele Menschen gesehen.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Olaf Meister, GRÜNE)

Deswegen ist es auch dazu gekommen, dass es nicht durchzuhalten war. Das ist nicht meine Meinung, sondern die Meinung der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land.

(Volker Olenicak, AfD: Ewiggestrige!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch weitere Wortmeldungen. - Herr Abg. Scheurell, Sie haben das Wort.

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abg. Lippmann, wer hat Ihnen eigentlich geflüstert, dass wir mit Ihnen koalieren wollten?

(Zustimmung bei der CDU)

Bitte nennen Sie doch dafür einmal die Quelle.

(Zuruf)

- Nein, nein. Wissen Sie, Herr Lippmann: In Sachfragen arbeiten wir als Abgeordnete alle in dem Sinne zusammen, dass wir die Vertretung, die Abordnung, die uns von unserer Bevölkerung, von unseren Wählern gegeben wurde, auch wahrnehmen.

Herr Lippmann, für mich steht es außerhalb jeder Diskussion, dass ich in meinem Leben einen Ministerpräsidenten der LINKEN wählen könnte oder würde. Eher würde ich morgen Neuwahlen in Kauf nehmen, selbst auf die Gefahr hin, dass mich meine Wähler nicht mehr wählen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Und, Herr Lippmann, wenn Sie immer nach Unterschieden zwischen AfD und Kommunistischer Plattform oder Vereinigter Linker oder Roter Hilfe oder sonst etwas, was es bei Ihnen gibt - -

(Zuruf: Antifa!)

- Antifa auch. Ja, die Antifa ist ja ganz schlimm.

(Zustimmung von André Poggenburg, fraktionslos)

Wenn Sie darauf abzielen, Herr Lippmann, dann sage ich Ihnen: Die AfD ist gerade dabei, Ihre eigene Geschichte zu schreiben. Sie besitzen eine und der sollten Sie sich bitte bewusst sein, Herr Lippmann.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, Sie haben jetzt das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Herr Scheurell, darauf antworte ich sehr gern.

Zum Ersten. Ihr Wort mit den sofortigen Neuwahlen gern in das Ohr Ihrer Kolleginnen und Kollegen in Thüringen. Denn das ist das, was von Bodo Ramelow mit seiner guten Idee zunächst vorbereitet wurde. Daraus ist nichts geworden, aber nicht unseretwegen.

Zweitens zur Frage der Regierungsbeteiligung - das ist eine negativ induzierte Fragestellung -: Wir fragen uns, was die CDU treibt, ständig irgendjemandem erklären zu müssen, dass sie mit uns keine Zusammenarbeit will. Wir liefern dafür doch gar keinen Anlass. Die AfD aber liefert dafür einen Anlass. Die AfD buhlt ganz offen und ständig um eine Tolerierung, um eine Regierungsbeteiligung und sagt: Wir unterstützen euch, macht das usw. - Da würde man das ja noch verstehen. Wir liefern jedoch gar keinen Anlass dafür.

(Zuruf)

- Das sage ich ja. Ihr müsst doch einmal die Frage beantworten, warum ihr meint, auf Parteitage andauernd Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber der LINKEN, was eine Zusammenarbeit und Regierungsbeteiligung betrifft, machen zu müssen. Ich habe nur gesagt, dafür gibt es überhaupt keinen Anlass. Natürlich gibt es den Anlass; denn ihr braucht es als Weichspüler für die Abgrenzung nach rechts. Das ist doch die einzige Wahrheit. Nur deswegen braucht ihr es.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Tillschneider ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat. - Bitte, Herr Dr. Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Ich muss sagen, diese Gleichsetzung von AfD und LINKE und das In-einen-Topf-werfen von AfD und LINKE verbitte auch ich mir. Denn das ist eine Beleidigung der AfD.

(Lachen bei der LINKEN)

Wenn ich mir anschau, wie sich DIE LINKE heute darstellt, wie sie durchsetzt ist von der Antifa und fragwürdigem Personal, dann muss ich ausnahmsweise einmal Friedrich Merz zitieren und sagen: Mit diesem Gesindel will ich nichts zu tun haben.

(Zustimmung bei der AfD - Olaf Meister, GRÜNE: Oh! Das ist genau die Sprache! Das ist genau die Sprache, um die es geht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, die Debatten können wirklich hitzig sein, aber wir sollten trotzdem - wie hat Herr Farle es vorhin so schön gesagt? - alle wieder etwas

herunterschrauben und wieder etwas ruhiger debattieren. Ich denke, das würde uns allen gut tun. - Herr Farle, danke an dieser Stelle. Das nehme ich gern.

Wir haben noch eine Wortmeldung. Herr Abg. Striegel hat sich zu Wort gemeldet. - Sie haben jetzt das Wort. Bitte, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Fraktionsvorsitzender Lippmann, wir debattieren gerade zu dem Tagesordnungspunkt „Konsens der Demokratinnen und Demokraten“.

(Volker Olenicak, AfD: Gleich wieder hinsetzen!)

Sie haben in Ihrem Redebeitrag sehr deutlich gemacht, dass Sie von der CDU erwarten, das Paradigma der Äquidistanz zu AfD und LINKEN aufzugeben, also sozusagen das Hufeisen-Modell in den Keller zu bringen. Das finde ich inhaltlich nachvollziehbar.

Etwas anderes finde ich nicht nachvollziehbar und dazu möchte ich Sie gern danach fragen, was das für Ihre eigene Partei bedeutet. Sie haben gesagt, diese Frage stelle sich überhaupt nicht; denn niemand von Ihnen bei der LINKEN wolle mit der CDU koalieren.

(Zuruf von der LINKEN: Das stimmt!)

Meine Frage ist, ob in diesen Zeiten angesichts der Überschrift „Konsens der Demokratinnen und Demokraten“ nicht auch bei der LINKEN ein Diskussionsprozess dahin gehend notwendig ist, dass alle demokratischen Fraktionen miteinander ins Gespräch kommen können müssten und auch über eine Regierungszusammenarbeit reden müssten. Denn es kann Situationen und Mehrheitsverhältnisse geben, bei denen das notwendig ist, um Demokratie zu verteidigen. Ich frage dabei nach der Rolle der LINKEN. Ich möchte wissen: Gibt es aufseiten der LINKEN eine Bereitschaft, in gesellschaftlich herausfordernden Situationen neue Wege zu gehen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank für diese Frage. Erstens will ich noch einmal im Kontext meiner Rede betonen, dass ich gerade deutlich gemacht habe, dass wir keine Abgrenzungsbeschlüsse gegen irgendjemanden fassen, außer gegen die AfD natürlich.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Niemand in Ihrer Partei wolle koalieren, haben sie eben gesagt, Herr Lippmann!)

- Lass mich doch mal reden. Wir brauchen keine Abgrenzungsbeschlüsse auf Parteitage gegen irgendjemanden, weil wir aus unserer Sicht in unseren politischen Inhalten, in unseren politischen Forderungen so klar sind, dass Klarheit darüber besteht, wo die Grenzen der Zusammenarbeit sind.

Dass wir mit der CDU zusammenarbeiten, zeigt die Parlamentsreform, zeigen manche Anträge, die wir hier gemeinsam beschließen, und zeigt natürlich Bodo Ramelow mit seiner Idee, Christine Lieberknecht als Kandidatin vorzuschlagen, um aus der Misere herauszukommen.

Natürlich ist das nicht starr. Es erzeugt natürlich eine gewisse Gegenreaktion, wenn man sich von der CDU immer wieder vorhalten lassen muss: Mit denen auf gar keinen Fall. - Wir sind ja nicht diejenigen, die die Schärfe in die Debatte bringen. Außerdem, um noch einmal einen kurzen Blick auf Herrn Scheurell zu werfen, sind es die Medien, die uns in diese Debatte treiben.

Wir führen natürlich diese Debatte, selbstverständlich. Ich werde seit anderthalb oder zwei Jahren gefragt - andere vermutlich auch, nicht nur ich -, ob das, wenn gar nichts anderes mehr möglich ist, auch geht. Natürlich müssen wir uns dazu verhalten. Wir wissen aber, wie groß die inhaltlichen und auch grundsätzlichen Unterschiede bei den politischen Auffassungen sind. Wir wissen also, wie weit der Weg ist. Deswegen ist es alles andere, als dass man sich das auch nur irgendwie wünschen würde. Wir wollen auch nicht, bevor ein neues Wahlergebnis vorliegt, über eine solche Frage nachdenken müssen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, Sie möchten eine Nachfrage stellen?

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich habe eine Nachfrage. - Ich möchte von einem potenziellen Spitzenkandidaten, nämlich Herrn Lippmann von der LINKEN, gerne wissen, ob mit ihm eine Situation wie am Wahlabend 2016 vorstellbar ist, in der, ich glaube, um 20:15 Uhr die damalige Parteivorsitzende erklärt hat, mit der CDU werde man noch nicht einmal Gespräche führen. Ich kann es mir in der gesellschaftlichen Situation, in der wir leben, nicht als verantwortliches Handeln vorstellen, wenn man nach einer Wahl so an eine politisch gegebene Situation herangeht.

Deswegen ist meine klare Frage an den hier stehenden Fraktionsvorsitzenden: Würden Sie eine solche Variante für sich als möglichen potenziellen Spitzenkandidaten Ihrer Partei ausschließen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich werde im Sinne Ihrer Fragestellung, die natürlich eine thematische Linie ist, vorher keine Dogmen verkünden. Wir werden keine Wahlaussage in diese Richtung machen, außer dass es hinsichtlich der AfD natürlich klar ist. Wir werden aber für etwas anderes kämpfen, und zwar bis 18 Uhr am Wahlabend. Danach müssen sich alle in die Augen schauen, wie in Thüringen auch. Dann muss man schauen, was geht und was nicht geht. Wir werden uns nicht in Abgrenzungsbeschlüsse treiben lassen. Wir wünschen uns ein Wahlergebnis, das andere Mehrheiten bringt und das einen Gedanken an eine Zusammenarbeit mit der CDU entbehrlich macht.

(Zustimmung bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU, steht auf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie sind noch nicht an der Reihe, Herr Borgwardt, nein. Jetzt ist erst Herr Poggenburg an der Reihe.

(Zurufe: Oh!)

So ist die Reihenfolge. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort. Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mir gern einmal diesen Aufruf zum Abrüsten zu Herzen nehmen.

(Rüdiger Erben, SPD: Ha, ha!)

Wir haben eine hoch emotionale, schwere Debatte hinter uns und haben ein schwieriges Thema angesprochen. Ich finde, man kann die Misere, die wir jetzt in Thüringen gesehen haben, in zweierlei Hinsicht betrachten, und zwar einmal sehr detailliert und einmal vom Grundsätzlichen her.

Gehen wir einmal ins Detail. Das kann man relativ unaufgeregt machen. Was in Thüringen passiert ist, war in gewisser Weise ein Politschauspiel. Ob und inwieweit dieses Taktieren aufseiten der AfD Erfolge bringt oder nicht, wie konstruktiv das war oder nicht, wird sich vielleicht irgendwann einmal zeigen. Bisher hat es erst einmal für sehr viel Aufsehen und für sehr viele Diskussionen gesorgt.

Was wir aber gesehen haben, ist, dass dort etwas vor sich gegangen ist, was unabhängig von politischen Strömungen und Parteien nie hätte passieren dürfen. Es kann doch nicht sein, dass in einem deutschen Parlament ein Vertreter der

kleinsten in diesem Parlament vertretenen Partei - egal wer das ist -, einer Partei, die es gerade hineingeschafft hat,

(Dr. Katja Pähle, SPD: FDP!)

- richtig, in dem Falle war es die FDP, das ist richtig; aber es ist grundsätzlich egal - zum Ministerpräsidenten, also zum Landesvater gewählt werden kann. Das ist doch einfach nicht richtig, unabhängig von der Partei.

(Bernhard Daldrup, CDU: Aus der Mitte!)

Was haben wir daran gesehen? - Daran haben wir gesehen, dass die Regularien, die der deutsche Parlamentarismus aufzubieten hat, sehr schnell an die Grenzen kommen und dass das so nicht richtig funktioniert.

Ein Landesvater müsste doch normalerweise wie ein Oberbürgermeister gewählt werden, also direkt von den Bürgern des Landes. Das ist eine Forderung, die seit Langem viele stellen. Das ist eine Forderung, die auch eine Initiative wie der „Aufbruch Deutschland 2020“ stellt. Wir brauchen eine grundlegende Reform des deutschen Parlamentarismus. Wir brauchen ein neues Regelwerk. Auch das haben wir in diesem Fall gesehen. - Das ist der erste Teil. Das war relativ kurz und emotionslos.

Kommen wir zum zweiten Teil, also zum Grundsätzlichen, was wir dort erlebt haben und was wir heute auch hier von der linken Seite gehört haben. Mit „linker Seite“ meine ich wirklich links-außen bis mitte-links.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, unsere Gesellschaft soll oder darf nicht psychisch krank werden. So ähnlich oder fast genau so haben Sie es vorhin hinsichtlich der Intoleranz und anderer Dinge gesagt. So weit gehe ich vollkommen mit. Das Problem ist nur, dass unsere Gesellschaft, das deutsche Volk, politisch gesehen, längst psychisch krank ist, seit Langem und auch hinsichtlich Intoleranz.

Wenn wir einmal betrachten, wie der politische Diskurs in den letzten Jahren abgelaufen ist, dann erkennen wir, dass Intoleranz eines der Markenzeichen im politischen Diskurs ist. Es wird Gewalt gegen politisch Andersdenkende angewandt, es wird niedergeschrien und es werden sogar Leute direkt zu Hause, wie in Leipzig, überfallen und bedroht. All das ist schon bei uns eingezogen. All das ist schon lange Teil unserer Kultur.

Das deutsche Volk ist auch in anderer Hinsicht längst psychisch krank, weil es nämlich seit Jahrzehnten einem linken Diktat, einer linken Indoktrination unterworfen ist, weil es täglich an seine Erbsünde erinnert wird und weil es sich täglich ducken soll, bücken soll, wegducken soll, Prügel

kassieren soll. Auch das ist Teil einer psychischen Krankheit des deutschen Volkes.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Populisten sind Menschen, die Themen instrumentalisieren. Das kann man so stehen lassen. Wenn wir dann aber das angesprochene Beispiel Hanau betrachten, dann erkennen wir: Es wurde ein Thema instrumentalisiert, und zwar gefühlt von der ersten Sekunde an. Direkt nach dem Ereignis wurde dieses Thema von links instrumentalisiert. Da, wo ein psychisch kranker Mensch, ein Mehrfachmörder eine Schreckenstat begangen hat, hat sich die linke Politik, haben sich große Teile der Medien sofort ihr eigenes Bild gezimmert und das Thema für den politischen Kampf gegen rechts instrumentalisiert. Dabei ist nichts anderes betrieben worden als politische Leichenfledderei. Nichts anderes war das. So gesehen war Hanau ein Paradebeispiel für Linkspopulismus, wenn wir Ihre Worte von vorhin einmal als Hintergrund nehmen.

Die linke Seite hier im Parlament, wie allgemein in der Gesellschaft, behauptet ja von sich, sie seien die Demokraten. Aber was ist denn wirklich demokratisches Verhalten? - Demokratisches Verhalten wäre es doch zu versuchen, Leute zu vereinnahmen, zu diskutieren, sich auszutauschen, gewaltfrei auszutauschen. Es wäre doch der Versuch, miteinander ins Gespräch zu kommen, in Diskurs zu kommen. Das wäre doch demokratisches Verhalten. Aber was erleben wir? Das wurde vorhin auch gesagt. - Wir erleben Abgrenzung. Wir erleben Ausgrenzung. Wir erleben von der linken Seite sogar subtile Gewaltaufforderung im politischen Diskurs, die dann natürlich auch auf der Straße immer wieder in Gewaltaktionen endet.

Das ist doch kein demokratisches Verhalten. Ein Demokrat würde allein wegen seines eigenen Vorbildverhaltens allen zeigen, was demokratisch ist, und würde dabei natürlich auch vieles in Kauf nehmen müssen, was schwer zu ertragen ist. Das wäre ein demokratisches Verhalten. Das, was wir von dieser Seite hier sehen, ist kein demokratisches Verhalten.

Wir haben vorhin von Frau Dr. Pähle als Vertreterin der einbringenden Fraktion zu Punkt a) der Aktuellen Debatte gehört, dass es eine Regierungsbildung mithilfe der AfD nie geben dürfe. Das war vorhin die Aussage. Dazu muss ich Ihnen sagen, Frau Dr. Pähle: Das sollten Sie wirklich den Bürgern und den Wählern da draußen überlassen. So etwas zu formulieren, ist doch so abgehoben, ist doch so undemokratisch, wie es schlimmer gar nicht geht. Das kann man sich vielleicht denken.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Darauf kann man politisch auch hinarbeiten. Aber das so zu formulieren, reißt Ihnen natürlich in gewisser Weise die Maske vom Gesicht.

Zu der Gleichsetzung von AfD und LINKE: Die AfD hat sich schon dagegen gewehrt; das kann ich mir vorstellen. DIE LINKE hat sich ebenfalls dagegen gewehrt; das kann ich mir ebenfalls vorstellen. Eine solche Gleichsetzung bringt erst einmal überhaupt nichts.

Letztlich ist es so, dass die AfD zwar mit Faschisten in einen Topf geworfen wird - ich muss die AfD nicht mehr zwangsläufig verteidigen -, DIE LINKE sich aber ganz klar und direkt mit Faschisten draußen auf der Straße zeigt und Hand in Hand mit Faschisten gemeinsame Aktionen durchführt. Sie tummeln sich da draußen mit MLPD, mit KPD, mit DKP, mit Antifa, mit Schwarzem Block. Das sind Faschisten. Wir sollten einmal darüber nachdenken: Wer vermeintlichen Faschismus mit faschistischen Methoden bekämpft, ist was? - Ein Faschist. Das ist doch ganz einfach und die Leute draußen wissen das auch. Die begreifen das.

Nun können Sie sagen, was der Poggenburg da quatscht, ist doch alles Blödsinn. Nein, liebe SPD, Ihr ehemaliger Vorsitzender hat das doch schon formuliert. Kurt Schumacher hat damals gesagt, dass Kommunisten doch auch nur rot lackierte Faschisten seien. Der hat das verstanden und gewusst. Ich möchte der SPD jetzt nicht vorwerfen, kommunistisch zu sein. Aber Sie tummeln sich zumindest Hand in Hand, Schulter an Schulter mit Kommunisten, mit Linksfaschisten. Sie tummeln sich im roten faschistischen Sumpf,

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

auch wenn es Ihnen nicht gefällt, das einmal klar gesagt zu bekommen.

Frau Frederking, Sie haben vorhin etwas Richtiges und Wichtiges gesagt. Sie haben an den Schwur von Buchenwald erinnert und haben gesagt, dass man dem Anfang des Faschismus konsequent von Anfang an begegnen müsse. Das ist richtig. Das Problem ist nur, Frau Frederking, Sie, Ihre Partei, ihre Getreuen - -

(Olaf Meister, GRÜNE: Sie ist gar nicht da! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Und sie hat es auch nicht gesagt!)

- Entschuldigung, Sie haben recht. Frau Lüddemann war das. Entschuldigung. Frau Lüddemann, Sie haben vorhin gesagt, dass man dem Anfang, dem Beginn des Faschismus konsequent begegnen müsse. Das Problem ist nur: Sie können dem Anfang gar nicht mehr begegnen. Sie und Ihre Getreuen sind Teil des Anfangs. Sie sind

längst Teil des beginnenden Faschismus. Sie dürfen doch nicht davon ausgehen, dass es alles genauso wiederkommt und so passiert, wie es damals passiert ist. Davon gehen Sie aus. Sie haben ein Denkschema und danach wird alles genauso passieren wie damals. Nein, das Grundsätzliche wird wiederkommen, aber in anderen Farben und anderen Mustern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, Ihre Redezeit ist beendet; sagen Sie bitte den letzten Satz.

André Poggenburg (fraktionslos):

Jawohl. - Sie sind längst Teil des Ganzen, begreifen und verstehen es nur nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war der letzte Satz.

André Poggenburg (fraktionslos):

Wenn Sie gegen den Faschismus ankämpfen möchten, müssen Sie gegen sich selbst ankämpfen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, das war schon mehr als ein Satz. Es gibt keine Wortmeldungen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Borgwardt.

(Matthias Büttner, AfD: Oh, der Fraktionsvorsitzende persönlich!)

Sie haben das Wort, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte eine Vorbemerkung voranstellen. Die beiden Aktuellen Debatten wären der klassische Fall für eine verbundene Debatte gewesen. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass beide Initiatoren dies nicht wollten. Gleichwohl werden wir nur einmal reden.

Herr Lippmann, auch das vorangestellt, die CDU in Thüringen hat Bodo Ramelow nicht gestürzt. Bodo Ramelow hatte keine Mehrheit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Das ist ein Riesenunterschied.

Was Sie nicht so gerne hören, weil es bei Ihnen nicht opportun ist: Die Schwierigkeiten fingen schon in der letzten Wahlperiode an. Damals hatten Sie nämlich nur durch einen AfD-Mann,

der übergetreten ist, mit einer hauchdünnen knappen Mehrheit gewonnen.

(Tobias Rausch, AfD: Richtig! - Weitere Zurufe von der AfD: Jawohl! Richtig!)

Aber das wollen Sie nicht sagen.

Die Schwierigkeiten in Thüringen beginnen also nicht erst jetzt. Das hat nichts mit der Persönlichkeit von Bodo Ramelow zu tun. Teilweise unterstütze ich das, was Sie sagen. Aber das muss man bitte auch sagen, wenn man über die Probleme in Thüringen spricht. So viel gehört zur Wahrheit dazu.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Meine Damen und Herren! Dass in Thüringen keine Mehrheitsbildung ohne DIE LINKE oder AfD möglich ist, muss uns leider auch erkennen lassen, dass es einen massiven Verlust des Vertrauens in die Politik gibt.

(Tobias Rausch, AfD: Das liegt an eurem Kenia-Bündnis!)

Jetzt komme ich zu dem, was Herr Gallert vorhin den Ministerpräsidenten gefragt hat. Jeder, der sich jetzt an der Diskussion darüber beteiligt, dass wir uns als CDU gegenüber den Rändern öffnen müssen - klar ist, auf einem Strahl gibt es einen linken und einen rechten Rand -, der akzeptiert, dass es auf Dauer keine Mehrheit der demokratischen Mitte mehr geben wird.

Das kann nicht unser Anspruch sein; das ist zumindest auch nicht der Anspruch der CDU Sachsen-Anhalts oder der CDU Deutschlands; das ist völlig klar.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Erstarken vor allem des rechten Randes in der Politik ist kein deutsches, sondern zumindest ein europäisches Problem. Wenn ich an Amerika denke, ist es möglicherweise sogar ein weltweites Problem.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Um nur ein Beispiel zu nennen: Auch in Schweden - das wurde in einem Artikel der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 17. Februar thematisiert - hat die einwanderungs- und EU-kritische Partei, die sogenannten Schwedendemokraten, die mit der AfD relativ vergleichbar ist, nach Umfragen einen Wert von 23,3 %, ähnlich wie die AfD in Thüringen oder in Sachsen-Anhalt.

(Ulrich Siegmund, AfD: Die leben auch den Multikultitraum da drüben!)

2010 - mal zuhören! - schaffte die Partei mit 5,7 % erstmals den Sprung ins Parlament. 2018 erreichte sie 17,5 % und jetzt, wie gesagt, 23,3 %. Die Korrespondentin dieser schwedischen Tageszei-

tung machte in diesem Artikel deutlich, dass es anfangs ein absolutes Tabu gewesen sei, mit den Schwedendemokraten zu sprechen oder zusammenzuarbeiten. Diese Strategie der Ignoranz der etablierten Parteien, so sagt die schwedische Korrespondentin, sollte dazu führen, dass die Wähler die Schwedenpartei ebenfalls ignorieren. Genau das Gegenteil ist eingetreten.

(Zustimmung bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Genau!)

Daraufhin haben die Moderaten und die Christdemokraten nach dem schmerzlichen Erkenntnisprozess ihre Strategie aufgegeben und die Fragen von rechts letztlich doch aufgegriffen und versucht, sie sich selbst zu beantworten. Mittlerweile hält die Korrespondentin eine Kooperation und Abmachungen in Sachfragen in Schweden für denkbar.

Warum führe ich das näher aus? - Weil wir wussten, dass wir nach den Wahlergebnissen 2016 in Sachsen-Anhalt, wenn wir in eine Kenia-Koalition gehen, die sich auch viele so nicht gewünscht haben - das gehört auch zur Wahrheit -, und feststellen müssen, dass alle versuchen, als Demokraten zusammenzuarbeiten - das ist auch nicht jeden Tag einfach; das können Sie uns glauben -, eine Grundfrage beantworten mussten, nämlich diese: Wie halten wir es beispielsweise mit der AfD?

Warum mussten wir das nicht mit der LINKEN? Das macht auch deutlich, Herr Lippmann, warum möglicherweise ein paar Gedankengänge bei Ihnen problematisch sind. - Weil das völlig klar war. Das waren nicht die Beweggründe unserer Koalitionspartner. Das wäre denen völlig egal gewesen oder nicht diskussionswürdig. Vielmehr gab eine klare Diskussion darüber, was die CDU mit der AfD macht. Wie verhalten sie sich?

Vor diesem Hintergrund haben wir damals unseren Beschluss gefasst: Abgrenzen statt ausgrenzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage Ihnen heute, dass das die einzige Antwort ist, die in Schweden die Antwort gewesen wäre; dann wäre es für die Schwedenpartei möglicherweise nicht so nach oben gegangen. Ich bin dort aber nicht zuständig; ich will es Ihnen nur sagen. Es ist die falsche Politik. Wir werden daran auch nichts ändern. Es geht darum, nicht per se auszugrenzen, sondern es geht darum, uns abzugrenzen und uns mit den Problemen zu befassen. Das ist die Verantwortung, die wir gegenüber dem Wähler haben.

Wir als christliche Demokraten haben auch eine Verantwortung gegenüber der Demokratie, meine Damen und Herren. Wenn wir als Demokraten

nicht den Anspruch hätten zu versuchen, nicht die AfD, sondern die Wähler der AfD in das demokratische Spektrum der Mitte zurückzuholen,

(Oliver Kirchner, AfD: Zu spät!)

dann hätten wir doch keinen Anspruch als Demokraten. Ich verstehe manchmal nicht, dass man hier über solche Postulate überhaupt reden muss. Ich sage Ihnen, das ist alles andere als pure Ideologie. Wir machen das so nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Verschieben von Grenzen hat in diesem Lande maßgeblich die AfD zu verantworten. Insofern können Sie reden, was Sie wollen. Lüge, Hetze, Generalverdacht - all das ist vorgekommen. Der Unterschied der AfD zu der von mir vorhin genannten Schwedenpartei ist nämlich,

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

dass sie sich an die Mitte herangearbeitet haben, indem sie sämtliche Rechtsaußen, die bei ihnen waren, kategorisch ausgeschlossen haben.

(Matthias Büttner, AfD: Das geht doch gar nicht!)

- Das haben sie gemacht. Das können Sie nachlesen, wenn Sie sich damit einmal beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Ich muss auf das abscheuliche Attentat von Hanau zu sprechen kommen. Wie in Halle war auch der Täter dieses Attentats ein unbeschriebenes Blatt. Der Täter von Hanau, Tobias R., war den Behörden nicht als Rechtsextremist bekannt und schon gar nicht als potenzieller Terrorist. Angesichts vieler Hassparolen, Drohungen und Fantasien, die im Netz zu finden sind, sprechen Staatsschützer bereits von der Nadelsuche im Heuhaufen. Erst kürzlich wurde eine rechte Terrorzelle ausgehoben, die Anschläge auf Politiker und Angriffe auf sechs Moscheen plante. Vor diesem Hintergrund ist es inkonsequent, dass der Polizei nicht alle technischen Hilfsmittel zur Verfügung stehen und sie diese auch nicht nutzen kann. Ich wiederhole das gestern Gesagte.

Parteien, die derzeit die Quellen-TKÜ ablehnen, müssen sich fragen, ob das in der heutigen Zeit des Fortschritts technisch und vor allem vor dem Hintergrund dieser schrecklichen rechtsextremen Taten sinnvoll ist. Die Sicherheitsbehörden müssen in der Lage sein, auf verschlüsselte Kommunikation zurückzugreifen, um solche schrecklichen Taten im Vorfeld aufzuklären und verhindern zu können. Vorwürfe im Nachhinein an die Polizei und Sicherheitsbehörden zu richten ist der falsche Weg, man könnte sogar sagen, ist scheinheilig.

Wir müssen uns mit Argumenten sowohl der LINKEN als auch der AfD auseinandersetzen, wenn

wir versuchen wollen - das habe ich vorhin schon gesagt -, die Menschen zurückzuholen. - Ich muss meine Rede nun etwas einkürzen.

Zu der Frage, ob die AfD mit der LINKEN vergleichbar ist - auch diese Frage wurde permanent angesprochen -, sage ich, ohne in epische Breite zu gehen - darüber müsste man den ganzen Tag lang reden -: Natürlich nicht. Das erklärt sich schon aus den Entstehungsgeschichten beider Parteien. Das ist für mich völlig klar. Insofern ist auch das Kooperationsverbot zu sehen - die Vorgänger gingen bereits darauf ein -; denn wenn man nicht miteinander spricht, wäre eine Parlamentsreform mit einer Zweidrittelmehrheit gar nicht möglich gewesen. Das ist doch völlig logisch.

Nun zum Thema „Ansprechpartner zur Bildung einer Koalition“. Herr Lippmann, da brauchen Sie keine Sorge zu haben, wenn Sie das nicht möchten. Auch die CDU möchte nicht in eine Verbindung, in eine Koalition mit Ihnen gehen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Das ist aber etwas anderes als das, was der Kollege Striegel gesagt hat. Schauen wir mal. Wer reale Politik machen will, muss sehr genau überlegen, bei welchen Projekten er mitarbeitet und bei welchen nicht. Wir haben klar entschieden, dass die Parlamentsreform, unabhängig vom Quorum, eine sinnvolle Sache ist und wir deswegen reden müssen, damit wir das erreichen können.

Meine Damen und Herren! Ich will zum Schluss meiner Rede kommen. Wir müssen - das ist bei uns klar - jeder Radikalisierung mit Entschiedenheit und mit rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten. Für uns gibt es keine Akzeptanz weder des rechten noch des linken Extremismus, auch nicht des islamisch oder des religiös motivierten Extremismus.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Um das ganz klar zu sagen: Unser Rechtsstaat ist für alle gleich, und auch die Konsequenzen, die die Leute tragen müssen, wenn sie die Grenzen überschreiten. - Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Borgwardt. - Es gibt mehrere Fragen, und zwar von Herrn Raue, Herrn Striegel und Herrn Farle. Bevor ich aber Herrn Raue das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler der Weiting-

Gemeinschaftsschule aus Magdeburg recht herzlich hier im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Weiterhin begrüße ich herzlich Damen und Herren des Ameos-Instituts Ost aus Aschersleben. Herzlich willkommen im Hohen Hause!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Frau Präsidentin, es ist eine Zwischenintervention. - Herr Burkhard, Sie beklagen zu Recht, Herr Borchert - -

(Siegfried Borgwardt, CDU: „Borg“, „Borg“!
Da gibt es ein Auto, ohne „ch“!)

- Richtig, wie das Auto.

(Heiterkeit - Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

Sie beklagen natürlich zu Recht das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in Ihre Politik, und dass die Bevölkerung dieses verloren hat, das beklagen Sie auch zu Recht. Nur: Ich befürchte, bei der Zurückgewinnung des Vertrauens ist die CDU nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems; denn Sie setzen ja nach wie vor Ihre falschen Entscheidungen in Ihrer Politik fort. Allein die Grenzöffnung, die Sie seit 2015 betreiben, macht den Menschen draußen Angst. Sie führt im Land zu viel mehr Mord, Totschlag und Vergewaltigung. Sie führt zu massiver Steuergeldverwendung für Integrationsaufgaben, die so niemals denkbar waren.

Das führt dazu, dass in den nächsten Jahren Hunderte von Milliarden Euro aufgewendet werden, die wir nicht mehr für unsere eigene Bevölkerung einsetzen, sondern die wir einsetzen müssen, um die Probleme zu beherrschen, die Sie geschaffen haben. Dann wundern Sie sich, dass die Menschen Ihnen weglaufen und nicht mehr vertrauen.

Sie setzen die gleiche Bevormundung fort: nicht nur bei den Menschen, die jetzt als Wähler agiert haben, sondern auch bei denen, die gewählt wurden. Sie setzen sie unter Druck. Von Südafrika aus werden gewählte Abgeordnete in Thüringen unter Druck gesetzt, um die Wahl eines Ministerpräsidenten, der gerade frisch gewählt wurde, zu widerrufen. Also, ich weiß gar nicht, an welcher Stelle Sie noch für die Menschen in diesem Land sprechen. Sie brauchen sich nicht darüber zu wundern, wenn sie Ihnen weglaufen.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich will vielleicht auf ein Argument eingehen, das indirekt auch als einer der Unterpunkte in Ihrer Begründung genannt wurde. Sie können das herzlich gern 150-mal sagen. Richtig ist: Sie war als Bundeskanzlerin dort, in Südafrika, das ist völlig klar. Meines Wissens hat sie die Äußerung als Mitglied der CDU Deutschlands, als Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands getan. Weil Ihnen das nicht passt - weil eine Parteiäußerung natürlich legitim ist -, versuchen Sie jetzt zu sagen, dass sie das als Regierungschefin gesagt habe.

(Volker Olenicak, AfD: Gute Ausrede!)

Ich sage Ihnen, wie wir das einschätzen. Insofern hat sie das also als Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands getan, und so werten wir das auch. Mehr möchte ich zu diesen Dingen nicht sagen.

(Alexander Raue, AfD: Das ist die Wahrheit!)

Die Grenzöffnung des Jahres 2015 und diese Forderungen sind hier schon 120-mal vorgetragen worden.

Ich sage Ihnen auch: Wenn Sie als Demokrat von der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen werden wollen, dann müssen Sie sich auch demokratisch verhalten, und demokratisch verhalten heißt: nach dem Grundgesetz, selbst wenn ich es in einigen Punkten möglicherweise nicht mag. Es steht relativ klar darin, wie bestimmte Dinge umzusetzen sind.

Ich möchte jetzt in keine Diskussion darüber einsteigen, weil die Öffnung damals in der Tat eine Alleinentscheidung war - ohne Frage; das haben wir übrigens auch nie anders gesehen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie ist nicht geschlossen worden, Herr Borgwardt! - Zuruf von der AfD)

- Ist völlig klar. - Aber eines ist auch klar: Bürger, die zu uns kommen, haben auf der Basis des Grundgesetzes subsidiären Schutz.

(Volker Olenicak, AfD: Dann erklären Sie den Kommunen, wie sie ihre Haushalte führen!)

- Ja, ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Olenicak, melden Sie sich doch bitte zu Wort. Sie haben heute schon den

ganzen Morgen immer wieder dazwischengerufen. Sie haben doch die Möglichkeit, einfach eine Wortmeldung abzugeben. Dann kann man das ganz koordiniert machen. Lassen Sie jetzt bitte erst einmal den Redner hier vorn sprechen. Das habe ich Ihrem Kollegen vorhin auch gesagt. Selbst da haben Sie es getan. - Bitte, Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich würde empfehlen, jetzt den zweiten Fragesteller zu Wort kommen zu lassen. Ich würde nicht mehr weiter dazu ausführen wollen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. - Herr Abg. Striegel ist nun an der Reihe. Sie haben das Wort, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Fraktionsvorsitzender Borgwardt, ich habe die Frage Herrn Lippmann gestellt, ich will sie auch Ihnen stellen: Wir werden in Sachsen-Anhalt spätestens im Jahr 2021 wählen. Niemand von uns kennt das Wahlergebnis, aber mit Blick auf die aktuelle Situation und den von Ihnen ja nicht bestrittenen, sondern sogar bekräftigten notwendigen Konsens der Demokratinnen und Demokraten in diesem Land frage ich Sie:

(Volker Olenicak, AfD: Wenn Blinde vom Licht reden!)

Welche Situation werden wir mit dem Blick auf die Wahl 2021 erleben? Was wird die CDU tun? Ist sie bereit, zur Verteidigung der Demokratie auch selbst neue Wege zu gehen, einmal beschlossene Dinge nochmals zu überdenken und beispielsweise auch mit den LINKEN, mit denen sie ja bei der Parlamentsreform zusammengearbeitet hat, Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie zu ergreifen - ob sie das Ganze in Form von Minderheitenregierungen, Koalitionen oder wie auch immer tut? Also, wird die CDU dazu bereit sein, Gespräche über Lösungen und Aspekte, die zur Stärkung der Demokratie notwendig sind, zu führen, unter der Überschrift: Konsens der Demokratinnen und Demokraten?

(Bernhard Daldrup, CDU: Nein, das sind keine Demokraten, das ist das Problem!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Sehr geehrter Kollege, ich darf Ihnen Folgendes sagen: In Ihrer Fragestellung sind mehrere Dinge miteinander verbunden, die - das habe ich heute

versucht zu sagen - nichts miteinander zu tun haben. Man kann sehr wohl mit der Opposition auf sachlicher Basis, auf sachlicher Grundlage bei Sachfragen zusammenarbeiten und gleichwohl der Auffassung sein, nicht koalieren zu wollen. Das habe ich heute ganz eindeutig gesagt. Das ist auch unsere Position dazu. Das heißt, ich habe keine Glaskugel.

Wenn Sie genau zugehört haben, dann habe ich immer das Wort „Koalition“ benutzt. Ich weiß nicht, was im Jahr 2021 sein wird. Ich kann Ihnen sagen, wie unser jetziger Beschluss lautet, und alle halten sich an die Beschlüsse.

Dass wir gelegentlich Probleme mit der Definition hatten, das haben wir bei uns auch geklärt. Insofern weiß ich jetzt nicht, was ich dazu noch weiter ausführen soll. Ich habe keine Glaskugel, in der ich sehen kann, wie es im Jahr 2021 sein wird. Jedenfalls bin ich nach unserer jetzigen Beschlusslage der Auffassung, dass wir eine Koalition weder mit der AfD noch mit der LINKEN schließen.

(Volker Olenicak, AfD: Egal, was der Wähler will!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Striegel, Sie möchten eine kurze Nachfrage stellen? - Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das bringt mich in der Tat zu der Nachfrage, ob Sie bereit dazu wären, diese Beschlusslage zu überdenken, und zwar in der Richtung, was Sie vorhin gesagt haben. Sie haben an sehr vielen Stellen auf die Unverantwortlichkeit der AfD und die Unterschiede zur Linkspartei verwiesen. Ich frage Sie nochmals: Wäre die CDU in Sachsen-Anhalt bereit dazu, in einer Situation, in der es erforderlich ist, um die Demokratie zu verteidigen, auch neue Formen der Zusammenarbeit einzugehen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich beantworte Ihnen die Frage trotzdem nicht anders, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin, dass wir um alle Stimmen kämpfen, um so viele, wie wir haben können. Unser Ziel ist es auch - daraus mache ich auch keinen Hehl -, in Zukunft möglichst weniger Koalitionspartner als jetzt zu brauchen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben noch eine weitere Wortmeldung. Herr Abg. Gallert hatte sich noch gemeldet. Herr Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Borgwardt, eine Einwendung von mir, die nicht im Zentrum der Aktuellen Debatte steht, aber mit einer Formulierung zu tun hat, die Sie verwendet haben: Sie selbst haben eben ausdrücklich von einer Grenzöffnung 2015 gesprochen. Ich weise darauf hin, dass diese Behauptung der Grenzöffnung 2015 eine sozusagen neu-rechte Unwahrheit ist - man könnte sie in diesem Raum auch anders beurteilen -, weil es nie und nimmer eine Grenzöffnung gegeben hat. Alle beteiligten Staaten waren zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Schengen-Raumes.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Richtig! - Alexander Raue, AfD: Hören Sie zu!)

Das heißt, es gab innerhalb der Europäischen Union überhaupt keine geschlossenen Grenzen. Diejenigen, die immer behaupten, Merkel hätte die Grenzen geöffnet, wissen das, lügen aber an dieser Stelle ausdrücklich - jetzt sage ich es doch -, weil sie damit versuchen wollen, sozusagen einen politischen Tabubruch zu erzielen. Es gab keine Grenzöffnung. Alle Staaten waren Mitglied des Schengen-Abkommens. Umgekehrt hätte es höchstens einen Beschluss geben müssen, das Schengen-Abkommen auszusetzen. Darauf wollte ich nur hinweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Gallert, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar. Sie haben ja mehrere Funktionen in Ihrer Partei. Wenn es einen Außenminister gäbe, dann würden Sie diesen Posten wahrscheinlich in Ihrer Partei wahrnehmen,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

möglicherweise auch gut,

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

aber ich sage Ihnen eines: Das stimmt. Genau genommen hat sie sie nicht geschlossen.

Nun sage ich Ihnen auch noch ein Wort dazu, damit Sie nicht denken, dass wir in Nibelungen-treue an allen Entscheidungen hängen. Wir hatten in Sachsen-Anhalt - dafür bin ich unserem Innen-

minister und der gesamten Landesregierung ausdrücklich dankbar - mit den Auswirkungen um-zugehen. Ich sage Ihnen eines: Es gab vorher keine Rückkopplung, sondern das war eine sehr einsame Entscheidung. Ich hätte mir sehr gewünscht - egal welche Feldpostnummer die Landesregierungen im Föderalismus haben -, dass vorher zumindest alle einbezogen worden wären. Dann wären nämlich Maßnahmen kontinuierlicher und besser gelaufen. Man hätte möglicherweise die ersten Probleme, die unübersehbar waren, nicht gehabt.

Trotzdem danke ich unserem Innenminister und unserer Landesregierung dafür, dass wir die Ersten waren, die die Menschen aus den Turnhallen herausgeholt haben, und dass wir die Menschen heute adäquat und vor allem angemessen untergebracht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das erste Anfangschaos wäre vermeidbar gewesen, wenn man diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen mussten, diesen Personenkreis unterzubringen, vorher ins Benehmen gesetzt hätte. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, es gibt noch zwei Wortmeldungen: Herr Abg. Farle und Herr Abg. Raue.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Das wären aber die letzten, die ich zulassen würde.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. - Herr Farle, Sie haben jetzt das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Wahlkampf wirft Schatten voraus. An den Fragen von Herrn Striegel kann man erkennen, dass er Kurs auf diese Brücke nimmt: „Zusammenarbeit aller Demokratinnen und Demokraten“, worunter er aber vor allem die GRÜNEN, die LINKEN,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die CDU!)

die SPD und zum Schluss auch die CDU versteht. Gerade ist ein Posting im Netz unterwegs, wie der Antifaschismus in unsere Verfassung gekommen ist, und dafür - - Ich erspare mir das hier. Sie werden das alles noch im Netz sehen, was für ein Quatsch jetzt erzählt wird.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Die AfD buhlt um gar nichts.

(Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht - Hendrik Lange, DIE LINKE: Das merken wir ganz deutlich! - Zuruf von der AfD: Ihr merkt gar nichts!)

Wir buhlen um gar nichts. Unsere Position ist glasklar: Wir werden immer dann etwas unterstützen, was die CDU macht, wenn es der Bevölkerung nützt. Punkt. Ende.

Wenn keine Bewegung in die Politik kommt - wir wollen mehr Geld für die Krankenhäuser, wir wollen den linken Sumpf stilllegen

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

- ich nenne nur einige Beispiele -, dann werden Sie nicht erleben, dass wir irgendetwas von Ihnen unterstützen. Das muss man einmal klar sagen. Für uns ist die entscheidende Frage: Was nützt den Menschen in diesem Land? - Das ist die einzige Frage für uns.

(Beifall bei der AfD)

Uns interessieren keine Pöstchen, uns interessiert kein Geld. Wir wollen keine Koalition, die in Wahrheit nur ihre Sitze verteidigt,

(Thomas Lippmann, DIE LINKE, lacht)

sondern wir wollen eine andere Politik für dieses Land, für unsere Heimat und auch für meine neue Heimat, weil ich mittlerweile schon seit mehr als 20 Jahren hier bin. Das wollen wir und davon hängt für uns alles ab.

Was sie wollen, ist: Macht verteidigen, Pöstchen verteidigen, Sitze verteidigen. Das sage ich ausdrücklich an die LINKEN, die GRÜNEN und die Sozialdemokratie. Das geht nicht. Wir brauchen eine andere Politik.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, Sie können gern darauf erwidern, müssen dies aber nicht. Es war eine Kurzintervention.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich vermute einmal, es war ein Appell, aber es war keine Frage an mich. Weiter geht's!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Borgwardt, an dieser Stelle müssen wir wirklich einmal mit dem Märchen aufräumen, dass das eine isolierte Alleinentscheidung der Bundeskanzlerin war. Das war sie nicht. Wenn sie es

war, dann ist es eine Situationsentscheidung gewesen. Diese Situation hält aber seit fünf Jahren an.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Der Schengen-Raum ist weiter offen!)

Sie hätten jederzeit in den Jahren 2015, 2016 und 2017 intervenieren können. Aber nein, das haben Sie nicht. Diese unterlassene Grenzschießung war ein breit getragener Konsens in der CDU. Sie hätten die Möglichkeit gehabt; das Abkommen von Schengen lässt das zu. Es war eine Notlage, aber Sie haben nicht gehandelt.

Stattdessen haben Sie hier - ich kann mich sehr gut an die Beiträge des Innenministers erinnern - proaktiv vertreten, dass es die richtige Entscheidung ist, dass wir diese Zuwanderung brauchen und dass es keine anderen Lösungen gibt. Sie haben sich nicht einmal mit unseren Argumenten auseinandersetzen wollen. Sie müssen hier nichts erklären und jetzt alles auf die Bundeskanzlerin schieben.

Es war auch Ihre Verantwortung, die Verantwortung der Landesregierung und vor allen Dingen der größten regierungstragenden Fraktion, der CDU. Ich erinnere mich an den Applaus, den die Bundeskanzlerin auch von den Vertretern des Landesverbandes der CDU erhalten hat, nämlich zehn Minuten stehenden Beifall für diese Fehlleistung, die umgesetzt wurde.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, kommen Sie jetzt zum Schluss.

Alexander Raue (AfD):

Sie können mir nicht erzählen, Sie wussten nicht Bescheid.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, das war eine Kurzintervention. Sie können, müssen aber nicht darauf eingehen.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Also noch einmal: Mir ist eine Landesregierung, die in einer konkreten Situation sehr verantwortungsbewusst handelt, den Menschen dabei hilft, dass sie nicht mehr in Sporthallen kommen, und unseren Menschen möglichst wenig zusätzliche Lasten aufbürdet, hundertmal lieber, als dass - das möge Gott verhindern - Sie hier irgendwann einmal bestimmen und dann die Larmoyanz und den Neid anstacheln und die Leute gegeneinander aufhetzen. Diese Landesregierung ist mir hundertmal lieber.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Borgwardt. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. - Jetzt schaue ich zur Einbringerin. Frau Dr. Pähle, möchten Sie etwas erwidern? - Das möchten Sie nicht. Damit sind wir am Ende der Debatte über das erste Thema angekommen. Beschlüsse in der Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht gefasst.

Wir werden jetzt einen Wechsel vornehmen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir versuchen, so schnell wie möglich weiterzumachen. Wir bleiben beim Tagesordnungspunkt 7 und kommen nun aber zu dem Punkt 7 b.

Ich rufe damit das zweite Thema der Aktuellen Debatte auf:

Das Wahlbeben von Thüringen und seine politischen Folgen - Föderalismus in Deutschland vor dem Aus?

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/5745

Es ist folgende Rednerreihenfolge vereinbart: AfD, SPD, LINKE, GRÜNE, CDU. Zunächst hat die Antragstellerin, die AfD, das Wort. Herr Fraktionsvorsitzender Kirchner, Sie haben das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Aufgrund der Aufforderung des Ministerpräsidenten, hier etwas herunterzufahren, fange ich, denke ich, als Einleitung mit einer kleinen Geschichte an.

Jeder kennt das: Es ist ein regnerischer Sonntagnachmittag. Sie sind mit den Kindern oder den Enkelkindern daheim. Kaffee, Tee und Kuchen stehen in der Wohnstube und das lieb gewonnene Brettspiel „Mensch ärgere Dich nicht“ steht schon bereit. Die Kleine, die tatsächlich noch recht klein ist, und der Große, der noch nicht ganz so groß ist, können das Spiel kaum abwarten, insbesondere die Kleine fiebert dem Gewinnen entgegen, und los, es wird gespielt.

Nach Runden des Würfeln, des Rückens und des Werfens steht die Kleine tatsächlich mit ihrem letzten Hütchen vor dem Häuschen. Es braucht die Zwei und sie hat das Spiel gewonnen. Erster, zweiter, dritter Wurf - keine Zwei. Alle in der Runde schauen sich an. Die Erwachsenen und der Große sind sich durch Blicke einig und so lässt man die Kleine so lange würfeln, bis die Zwei fällt. Und da ist sie, die ersehnte Zwei.

Die Kleine hat das Spiel gewonnen. Sie und alle in der Runde sind zufrieden. Es herrscht all-

gemeine Freude in der Runde. Kaffee, Tee und Kuchen werden fröhlich genossen und der Sonntagnachmittag klingt gemütlich aus. Wie anders wäre es vielleicht gewesen, hätte einer der anderen das Spiel für sich entschieden.

Was hat diese Einleitung mit dem vorliegenden Antrag für die Aktuelle Debatte zu tun? - Eine ganze Menge; denn wie wir nach den ganzen Turbulenzen der letzten Wochen feststellen müssen, darf nun auch in unserem Nachbarland Thüringen entgegen allen festgeschriebenen Regeln so lange gewürfelt werden, bis das Ergebnis passt, einfach aus dem Grund, dass am Ende vielleicht doch der gewinnt, der gewinnen soll, damit der Haussegen im Land und im Bund nicht weiter in Schieflage gerät.

Das ist zwar antidemokratisch und - so muss man es sagen - infantil - darum passt der Vergleich mit dem Spiel „Mensch ärgere Dich nicht“ auch so schön -, aber wen kümmert das in diesem Land schon. Die hiesige SPD-Fraktion nicht - das haben wir bei der Aktuellen Debatte eben wohlfeil dargeboten bekommen -, die Etablierten in Berlin und in den Ländern auch nicht wirklich und ebenso wenig den größeren Teil der GEZ- und Mainstreampresse. Grundsätzlich interessiert es Ihre viel gelobte und geherzte linksliberale und staatsalimentierte Zivilgesellschaft auch nicht, die Sie mit Bussen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammenkarren müssen, da es der normale Bürger und die Bevölkerung anders sehen.

Das alles ist nicht nur schade - das wäre verzeihlich -, sondern es ist eigentlich fatal für die Demokratie. Zu der Frage, warum es fatal ist, möchte ich ausführen. Gleichwohl vermute ich, dass der große Teil des Hohen Hauses das anders sehen wird.

Ich werde nun in kurzen Details auf das Wahlbeben von Thüringen und seine politischen Folgen sowie auf die Fragestellung, ob der Föderalismus in Deutschland vor dem Aus steht, eingehen, und hoffe, damit zumindest den einen oder anderen hier im Saal hinsichtlich der Folgeschwere des Nachgangs zur Thüringer Ministerpräsidentenwahl zu sensibilisieren.

Die Wahl Kemmerichs zum Thüringer Ministerpräsidenten im Februar erfolgte entsprechend den Regeln, die im Freistaat Thüringen für eine solche Wahl verfassungsrechtlich gelten. An Durchführung und Gültigkeit kann somit kein Zweifel bestehen. Dennoch wird die Gültigkeit angezweifelt und kritisiert, wie es zur Wahl gekommen ist - ein bis dahin einmaliges Schauspiel in der Berliner Republik, in der sogenannten demokratischsten Demokratie auf deutschem Boden aller Zeiten, und in dem Land, in dem wir gut und gern leben. Zweifel meinerseits machen sich breit.

In dem vorliegenden Antrag für eine Aktuelle Debatte stellen wir unter anderem die Frage, ob die Verfassungsautonomie der Länder untereinander sowie gegenüber der Bundesregierung weiterhin gegeben ist. Nach dem, was wir jetzt nach der Wahl Kemmerichs erleben mussten, ist für mich klar: nein. Denn das, was wir erleben, ist eben nicht weniger als ein Bruch der festgeschriebenen föderalen Autonomie in unserer Republik, und das ist auch eine parlamentarische Katastrophe. Es rüttelt am Fundament unserer staatspolitischen Verfasstheit, welche wir zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes vor wenigen Wochen noch so hoch lobten. Zumindest wir als AfD meinten das damals ernst.

Weiter stellen wir im Antrag die Frage, wie die Nötigung Thüringer Verfassungsorgane zu bewerten ist, die sich unter anderem darin ausdrückte, dass führende CDU-Bundespolitiker mit der Beendigung der beiden Landesregierungen mit CDU- und FDP-Beteiligung drohten.

Selbstverständlich bin ich mir bewusst, dass im Politischen einiges, manchmal vieles, bei manchen vielleicht gar alles im Hinterzimmer entschieden wird, doch es darf nicht sein, dass mit der Aufkündigung einer Zusammenarbeit gedroht wird, wenn nicht geliefert wird, wie bestellt wurde.

Einmal nüchtern betrachtet und gefragt: Was und wie viel haben die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein mit den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen zu tun? - Ein bisschen schon, selbstverständlich, aber in einem föderalen Staat kann und muss so etwas eindeutig ausgehalten werden.

Ferner stellten wir für die Aktuelle Debatte die Frage, wie die gezielte Einflussnahme Angela Merkels zu bewerten ist, welche forderte, dass das Thüringer Wahlergebnis rückgängig gemacht werden müsse. Diese Frage beantworte ich mit einem Satz: Spätestens jetzt zeigt sich, dass all diejenigen die seit fünf Jahren laut und nachdrücklich forderten, Merkel muss weg, recht haben.

(Zustimmung von Hannes Loth, AfD)

Die Noch-Bundeskanzlerin hat nun deutlich sichtbar jedes Gespür für die Verfasstheit unserer Republik verloren. Gleichzeitig zeigt sich, wie abgehoben sie gegenüber den Wählern und ihrer eigenen Basis agiert.

Mittlerweile haben sich Teile der Thüringer CDU und der dortigen LINKEN auf eine Art Tolerierung geeinigt. Zwar ist das ein Verrat gegenüber den CDU-Wählern und allen Opfern des SED-Regimes, doch war das nicht anders zu erwarten. Zu den Gründen, warum das zu erwarten war, also zu dem politischen, medialen und gesellschaftlichen Druck, führte ich aus.

Trotzdem muss anerkannt werden, dass mit dem Einknicken der Thüringer CDU-Abgeordneten das Ende der CDU von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl nun noch deutlicher sichtbar wird.

(Zustimmung von Hannes Loth, AfD)

Glücklicherweise gibt es noch CDU-Abgeordnete, die auch weiterhin den Rücken gerade machen und sich nicht auf einen Ministerpräsidenten einlassen wollen, der sich weigert, die DDR als einen Unrechtsstaat anzuerkennen. Mike Mohring legte seinen Posten als CDU-Chef nieder und tritt nicht wieder zur Wahl als Fraktionsvorsitzender an. Mohring kommentierte das mit den Worten - ich zitiere -: „Das ist das Gegenteil unseres zentralen Wahlversprechens.“ Es wäre sehr zu begrüßen, würden Mohrings Vorbild weitere CDU-Abgeordnete folgen und eine wie auch immer geartete Tolerierung nicht mittragen.

Für uns in Sachsen-Anhalt bleibt zu hoffen, dass die demokratischen Parteien der bürgerlichen Mitte nach der nächsten Landtagswahl erst gar nicht in eine solche Situation wie in Thüringen geraten; denn die Brandmauer zur Linkspartei, die das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik stürzen und den Sozialismus einführen will, muss gehalten werden.

Einige weitere aufgeworfene Fragen kann ich hier aufgrund der Kürze der Zeit nur anreißen: Wie sind zum Beispiel Robert Habecks Einlassungen zu werten, der vorschlug, die Thüringer CDU- und FDP-Landesverbände einfach aufzulösen? Was ist mit der gesellschaftlichen Verrohung insbesondere gegenüber Kemmerich und seiner Familie? - Ich erinnere an den Polizeischutz für dessen Kinder nach der Wahl. Wie wertet man die tendenziöse Berichterstattung und versuchte politische Einflussnahme etablierter Medien? Wie kann es sein, dass ein Ostbeauftragter abdanken muss, nur weil er freundlicherweise gratulierte?

(Zustimmung von Hannes Loth, AfD)

Nun, da feststeht, dass in Thüringen im nächsten Jahr neu gewürfelt, also neu gewählt wird: Wie haben wir den Durchsatz all dessen zu bewerten, was sich politisch, medial und gesellschaftlich auftut, um Kemmerichs Wahl wieder rückgängig zu machen?

Wie ich bereits sagte: Das, was wir nach der Thüringer Ministerpräsidentenwahl erleben mussten, ist fatal, fatal für unser politisches System in der Republik und in den Ländern.

Welches Vertrauen kann der informierte und wachsame Bürger und Wähler nach der Thüringer Rückabwicklungswahl noch in die eigentlich verfassungsmäßig garantierte freie Wahl haben? - Nicht viel, und das, meine Damen und Herren,

ist eine Zäsur im Wortsinn, also eine Grenze zwischen zwei Epochen, des vor- und des nachdemokratischen Zeitalters in dieser Bundesrepublik. Hierin wollte ich und wollte auch unsere AfD niemals.

Somit hoffen wir darauf und versuchen, dafür zu sorgen, dass sich so etwas wie in Thüringen nicht wiederholt, nicht hier in Sachsen-Anhalt und auch nicht in den anderen Ländern und im Bund.

Wenn die so viel beschworenen aufrechten Demokraten jemals einen gemeinsamen Auftrag hatten, dann den, hier, jetzt und gemeinsam die Demokratie im Land entschieden gegen solche Angriffe zu verteidigen.

Wenn ich mir Ihre Reihen und die Argumentationslinien in der vergangenen Debatte anschau, dann müsste ich eigentlich mit Walter Ulbricht schließen: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ - Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Darüber hinaus haben alle anderen inklusive der Landesregierung auf einen Debattenbeitrag verzichtet. Ich sehe, dazu gibt es auch jetzt keine Änderungen. Somit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 7 angelangt und können diesen abschließen.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 16

Erste Beratung

Lücken in der Prävention gegen die Afrikanische Schweinepest schließen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5717**

Einbringer ist der Abg. Herr Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Afrikanische Schweinepest ist immer wieder ein Thema im Plenum und in den Ausschüssen und wird es auch weitere Zeit bleiben. Immer wieder wird uns über den Status quo berichtet und wir werden beruhigt.

Wenn wir allerdings selbst auf den Autobahnen und Landstraßen nachsehen, inwieweit die Informationen stimmen, die wir aus den verschiedenen Ministerien bekommen, dann sehen wir, dass das Bild nicht ganz so rosig ist, wie es dort gezeichnet wird.

Deswegen verwundert es mich sehr - denn der Antrag berührt weniger das Landwirtschaftsministerium, sondern eher das Verkehrsministerium -, dass nicht Herr Webel, sondern unsere Frau Ministerin sprechen wird.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das hat uns auch gewundert!)

Gleich zu Beginn muss ich feststellen, dass Sachsen-Anhalt eben nicht alle nötigen Maßnahmen ergreift, um einen Ausbruch der ASP wirklich präventiv zu verhindern. Noch immer sind Hinweisschilder auf Autobahnraststätten nicht lesbar, Parkplätze und Raststätten sind nicht ausreichend durch die Umzäunung gesichert. Müll aller Art und Exkremente liegen herum. Die Antworten der Fernfahrer auf einen Fragebogen des Verkehrsministeriums zur ASP lassen auch Schlimmes ahnen.

Ich habe die Befürchtung, dass unsere Landesregierung, vielleicht auch die Ministerin oder der Minister für Verkehr, die Vorlage 1 zur Drs. 7/2244 nicht gelesen hat, davon nichts gehört hat oder sie einfach ignoriert.

Da nicht jeder diese Drucksache kennt - kann ich verstehen -, fasse ich sie kurz zusammen. In dieser Ausarbeitung wird der finanzielle Schaden, den ein ASP-Ausbruch in Sachsen-Anhalt haben könnte, abgeschätzt; denn eine genaue Berechnung würde den zuständigen Fachbereich des LAV über Monate beschäftigen.

So sind die direkten Kosten, die beim Ausbruch entstehen, von der Landesregierung im günstigsten Fall mit 700 Millionen €, im ungünstigsten Fall mit bis zu 1 Milliarde € angegeben worden. Die Datengrundlagen hierzu bilden stattgefundene Ausbrüche der KSP, also der Klassischen Schweinepest bzw. der Europäischen Schweinepest, in Belgien oder in den Niederlanden. Die Fachleute gehen weiter davon aus, dass ein Ausbruch der ASP allerdings deutlich mehr Schaden bei uns anrichten würde als die Klassische Schweinepest. Für den einzelnen Betrieb bedeutet das einen Schaden geschätzt zwischen 50 000 und 200 000 €, wenn alle Tiere gekeult werden und der Betrieb 35 Tage gesperrt bleibt.

Das Landesamt für Verbraucherschutz geht in einem Worst-Case-Szenario auf die möglichen Schäden direkt hier in Sachsen-Anhalt ein, und dann wird es richtig gruselig, meine Damen und Herren. Betroffen wären nämlich 1,3 Millionen Schweine bei uns in Sachsen-Anhalt. Allein die geschätzten Entschädigungskosten dafür würden 165 Millionen € betragen. Die Keulung des Landestierbestandes würde weitere 21 Millionen € kosten, die Beseitigung der Tierkörper weitere 28 Millionen €. Zusammen mit dem Entwesen, dem Reinigen, dem Desinfizieren der Ställe

kommt das Landesamt für Verbraucherschutz auf eine Summe von mehr als 222 Millionen €.

Aber es kommt noch schlimmer; denn schon bei einem einzigen Ausbruch bricht auch der Export von Schweinefleisch aus Sachsen-Anhalt zusammen. Selbst innerhalb der EU würde Schweinefleisch aus Sachsen-Anhalt aufgrund von EU-Recht im Handel restriktiv behandelt werden. Die Wertschöpfung könnte sich um über 50 % reduzieren. Damit entstünde ein weiterer Schaden in Höhe von 135 Millionen € jährlich. Dieser Wertschöpfungsverlust, so Experten, kann über zehn Jahre lang anhalten. Somit summiert sich der Schaden, den ein Ausbruch der ASP in Sachsen-Anhalt haben könnte, auf mehr als 2 Milliarden € in zehn Jahren.

An die Reaktionen, die manche Landwirte daraufhin begehen könnten, möchte ich auch nicht denken. Aber es gibt dazu Untersuchungen, dass die Selbstmordrate von Landwirten bei Tierseuchenfällen ansteigt. Es ist also existenziell wichtig, alle, wirklich alle Maßnahmen, die zu einem ASP-Ausbruch führen könnten, vorherzusehen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen und diese auch zu kontrollieren.

Der Virus verbreitet sich, wie jeder weiß, auch über den Menschen, vor allem über sein Fehlverhalten. Darum war es erstaunlich, dass in der Auswertung der Befragung der Lkw-Fahrer zu sehen war, dass im Allgemeinen sehr viele Fernfahrer die Hinweisschilder gesehen hätten - von 63 Befragten. Einige haben verstanden, was darauf steht, aber nahezu alle befolgen die Hinweise. Hier gibt es eine kleine Diskrepanz. Viele haben es gesehen, aber fast alle befolgen die Hinweise, die darauf stehen. Nun ja, da zweifle ich diese Umfrage an, weil 63 Fernfahrer auf drei Rastplätzen eine ziemlich kleine Untersuchungsgruppe sind.

Wenn man mit offenen Augen über die Autobahnen unseres Landes fährt, erkennt man die bestehenden Defizite sehr schnell. Aber diese sollten heute nicht mehr unser Thema sein. Wir haben beim letzten Mal schon darüber gesprochen. Das Ministerium MULE wie auch das Verkehrsministerium haben Verbesserung gelobt. Leider, wie gesagt, wie man feststellt, wenn man selber hinschaut, ist es nicht so, wie es versprochen wurde.

Wer von der Autobahn abfährt, kann auf Autohöfen tanken, rasten oder übernachten. Viele Fernfahrer nutzen das Angebot gern und mieten sich dort einen Stellplatz. Die Autohöfe gehören aber nicht zur Infrastruktur der Autobahn, sondern sind sozusagen unter der Kontrolle der Kommunen. Bei unseren Fahrten durch Sachsen-Anhalt stellten wir fest, dass auf vielen dieser Autohöfe keine Maßnahmen zur Biosicherheit ergriffen wor-

den sind. So fehlt zum Beispiel an den Autohöfen Bitterfeld, Coswig oder Oppin auf dem Standplatz der Fernfahrer jeglicher Hinweis zur ASP-Prävention. Es gibt keinen Zaun, Müll - auch Wurst - liegt frei zugänglich herum, und Wildschweine wühlen nebenan, da Landwirtschaft gleich nebenan arbeitet.

Ähnlich sieht es auf den Parkplätzen der Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen aus. Wir haben uns schon einmal über die Bundesstraße in der Altmark unterhalten. Auch da ist keine Besserung gesehen worden. Lkw-Fahrer rasten dort immer noch und grillen abends vor sich hin. Gerade mit Wurst aus Polen ist das eine erhöhte Biogefahr, die unsere Landwirte bedroht. Leider.

Hier besteht also dringender Handlungsbedarf. Darum haben wir gefordert, dass eine Überprüfung aller Rastplätze in Sachsen-Anhalt auf ihre Biosicherheit hin zu unternehmen sei. Die Einbindung der Autohöfe in die Biosicherheitsmaßnahmen des Landes soll gegeben werden, und überall, wo es möglich ist, sollen geeignete Müllbehälter aufgestellt werden, gerade in den Gemeinden und Kommunen, an diesen Rastplätzen, die sich der großen Kontrolle entziehen.

Es ist sicherzustellen, dass bei den Schweinen, die in Freiland- und Auslaufhaltung gehalten werden, bei einem Ausbruch genug Stallfläche zur Verfügung steht; denn wir erinnern uns an den Ausbruch der Vogelgrippe, als plötzlich die Freilandgeflügelhalter ihre Tiere einstellen mussten und es große Diskussionen gab, ob überhaupt genug Fläche da ist. Das muss auch im Vorhinein geklärt werden, sodass wir diesen Satz in unserem Antrag mit behandelt haben.

Ich bitte um Zustimmung und freue mich auf die folgende Diskussion. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt ganz offensichtlich keine Fragen zu der Einbringung. - Jetzt kommen wir zur Dreiminuten-debatte. Die beginnt die Landesregierung mit Ministerin Frau Dalbert. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Afrikanische Schweinepest ist in Polen weiter nach Westen gerückt. Die aktuellen Fälle liegen etwa 12 km von der deutschen Grenze entfernt. Sachsen und Brandenburg haben einen ca. 120 km langen Wildschweinzäun entlang der Grenze zu Polen gezogen. Die EU-Kommission hat die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen eingefordert. Eine EU-Mission mit deutscher Beteiligung ist zur Unter-

stützung der polnischen Behörden in Polen im Einsatz. Das Friedrich-Löffler-Institut steht in engem Kontakt zum polnischen Referenzlabor in Puławy und hat seine Mithilfe im weiteren Vorgehen angeboten.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist das größte Risiko nach wie vor der Faktor Mensch. Ziel muss es also weiterhin sein, die Aufmerksamkeit der Zielgruppen zu erhalten, und natürlich müssen Lücken in der Prävention aufgedeckt und geschlossen werden.

Zum ersten hierzu aufgeworfenen Diskussionspunkt, dass umgehend alle Parkplätze auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen in Sachsen-Anhalt auf ihre Biosicherheit überprüft werden sollen und die Ergebnisse vorzustellen sind, möchte ich Folgendes ausführen.

Alle für die Biosicherheit erforderlichen Maßnahmen sind durch mich dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr mitgeteilt worden. Wie auch Sie wissen, sind dies die Information der Reisenden über die Afrikanische Schweinepest und vor allem die ordnungsgemäße Abfallentsorgung. Eine zusätzliche Abzäunung wäre wünschenswert. Die aus diesen Vorgaben folgenden Maßnahmen sind durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr umzusetzen. Daran habe ich zuletzt mit einem Schreiben vom 16. Januar dieses Jahres erinnert.

Für die Bundes- und Landesstraßen teilt das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr mit, dass dort nur in geringem Umfang Parkplätze vorhanden sind und die Müllbehälter dieser Parkplätze regelmäßig geleert werden. Es ist gleichwohl nicht auszuschließen, dass im Einzelfall die Müllbehälter überfüllt sein könnten. Hiermit ist der dritte angesprochene Punkt, die Frage der Müllentsorgung, bereits beantwortet. Die Kreis- und Gemeindestraßen und die Innerortbereiche obliegen der Selbstverwaltung der Kommunen. Diese stellen aber üblicherweise nicht die besonders kritischen Bereiche dar.

Zum Punkt Autohöfe möchte ich mitteilen, dass bereits in der Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr am 6. Dezember 2018 der Verkehrsminister Herr Webel berichtete, dass auf die Autohöfe durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr kein Einfluss genommen werden kann. Es handelt sich bei den Autohöfen um rein privatrechtliche Betriebe. Es kann nur eine einvernehmliche Lösung mit dem Betreiber der Autohöfe erfolgen.

Daher trat ich mit Schreiben vom 29. Januar 2020 an die Vereinigung Deutscher Autohöfe e. V. heran und wies auf das Thema Afrikanische Schweinepest und die Problematik der Abfallentsorgung hin. Dabei wurde auf die vom Bundesministerium

für Ernährung und Landwirtschaft aktualisierten Informationsblätter hingewiesen und um Plakatierung gebeten. Ebenso wurde angeregt, eine Abzäunung einiger Autohöfe zu überdenken.

Zum Punkt 4, zur Sicherstellung ausreichender Stallkapazitäten bei Schweinefreilandhaltung, möchte ich darauf verweisen, dass der Betrieb einer Freilandhaltung von Schweinen genehmigungspflichtig ist. Die Genehmigung kann versagt oder widerrufen werden, wenn der Betrieb in einem Gebiet liegt, das durch ASP bei Wildschweinen gefährdet ist und die Gefahr auf andere Weise nicht abgewendet werden kann. Anstelle des Widerrufs der Genehmigung kann die zuständige Behörde zusätzliche Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr anordnen.

Die Sicherstellung ausreichender Stallkapazitäten im Fall der Anordnung einer Stallpflicht im Zusammenhang mit dem Ausbruch der ASP liegt in der Eigenverantwortung der Tierhalter. Es gibt sicherlich auch Schweinehalter, die sich eher für eine zeitweilige Aufgabe der Tierhaltung entscheiden würden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich abschließend für die Hinweise bedanken, dass in den angesprochenen Punkten Lücken im Blick auf die ASP-Prävention bestehen könnten. Gleichzeitig hoffe ich, Sie davon überzeugt zu haben, dass diese Punkte grundsätzlich im Fokus sind. Zu den einzelnen Beispielen der unsachgemäßen Müllentsorgung auf Parkplätzen bitte ich Sie wie jeden Bürger und jede Bürgerin in Sachsen-Anhalt auch: Nehmen Sie Kontakt mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr oder den kommunalen Ordnungsbehörden auf. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bevor wir in die Fragerunde eintreten, begrüßen wir erst einmal ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Landsberg auf unserer Besuchertribüne. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt bringen wir noch ein demokratisches Verfahren in Gang, die Dreiminutendebatte. - Eine Frage: Haben Sie sich in der AfD-Fraktion geeinigt? - Okay. Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Ich will zunächst fragen: Sie haben gesagt - jetzt hört der Verkehrsminister zu, das ist gut; vielleicht kann er auch etwas dazu sagen, es ist, glaube ich, erlaubt -, der Verkehrsminister sagt, wir haben keinen Einfluss auf die privatwirtschaftlich organisierten Autohöfe. Daher will ich

jetzt ausdrücklich nachfragen; denn es nützt uns nichts, wenn Sachsen und Brandenburg Zäune ziehen oder Dänemark einen Zaun zieht, und wir lassen unsere privatwirtschaftlich organisierten Autohöfe sozusagen frei zugänglich.

Sie haben die Position, die ich gerade nannte, vorgetragen. Das heißt, Sie sind wirklich der Meinung, es gibt keine Möglichkeit, über eine Verordnung oder notfalls über ein Gesetz dafür zu sorgen, dass diese Lücke geschlossen wird und an den Autohöfen ein Zaun errichtet werden muss - im Übrigen: durch wen auch immer. Wichtig ist, dass der Zaun dorthin kommt. Dem Wildschwein ist es egal, wer den Zaun hinstellt. Aber es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie sagen, wir haben keinen Einfluss auf die.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ich habe die Meinung des Verkehrsministeriums vorgetragen. Ich hatte dem Verkehrsministerium geschrieben, weil wir auch im Ausschuss über dieses Problem gesprochen haben. Das Verkehrsministerium hat mir diese Meinung vorgebracht. Daraufhin - das habe ich eben auch gesagt - habe ich im Januar selber dem Verband der Autohöfe geschrieben und sie gebeten, hier tätig zu werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Noch eine Nachfrage, Herr Roi? - Dann bitte kurz.

Daniel Roi (AfD):

Okay. Sie sagen jetzt, das ist die Meinung des einen Ministeriums. Sie reden hier als Vertreterin der Landesregierung. So steht es zumindest in der Rednerreihenfolge. Jetzt versuchen Sie, zu flüchten, und sagen, ja, das sagt der eine Minister. Jetzt frage ich Sie: Was sagen Sie denn? Sehen Sie denn eine Möglichkeit? Vielleicht können Sie jetzt die Chance nutzen, dem Verkehrsminister oder dem Plenum diese Möglichkeit offen zu sagen. Sehen Sie eine Möglichkeit, über eine Verordnung oder eine Gesetzesänderung dafür zu sorgen, dass dort Zäune hinkommen?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Verkehr ist nicht mein Bereich. Aber ich würde auch vermuten, dass es nicht der Weg über ein Gesetz oder eine Verordnung ist, weil der Autohof ein privates Unternehmen ist. Aber ich würde mir wünschen, dass ich bei meinen Aktivitäten

wie dem Schreiben an den Verband Unterstützung von verschiedenen Seiten bekäme, sodass wir gemeinsam die Autohöfe bewegen können, besser bei der Prävention der ASP tätig zu werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Damit sind wir am Ende des Redebeitrags der Landesregierung angelangt und kommen jetzt zur Debatte der Fraktionen. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Barth. Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute nicht zum ersten Mal über dieses Thema. Wir haben uns in den Ausschüssen schon des Öfteren damit befasst. Wir können alle nur hoffen, dass uns die Schweinepest nicht erreicht. Aber so, wie es zurzeit aussieht, rückt sie immer näher an die deutschen Grenzen heran, und irgendwann werden wir damit doch konfrontiert. Daher ist es als Ziel geboten, dass man bestmöglich darauf vorbereitet ist, um die Auswirkungen dieser Seuche möglichst klein und gering zu halten.

Ich denke einmal, in den vergangenen Monaten wurden auch in vielen Landkreisen Vorkehrungen getroffen, um dann auch dort reagieren zu können. Ich denke nur an die Übungen, die gemeinsam mit dem Land gefahren worden sind, um die Wildschweine, die aufgefunden werden, vernünftig zu entsorgen.

Ich denke, auf die einzelnen Punkte in dem Antrag muss ich jetzt nicht eingehen, weil die Frau Ministerin ja schon alle Punkte hier ausreichend bewertet hat.

Was für mich noch wichtig wäre zu sagen, ist, dass wir uns über die Problematik der Autohöfe doch noch einmal näher unterhalten müssten. Denn ich denke, es ist doch im Interesse der Autohöfe selbst. Frau Ministerin hat es dargestellt und auch aus dem Schreiben des Ministeriums geht hervor, dass es eine privatrechtliche Angelegenheit ist. Da kann man nicht so ohne Weiteres eingreifen. Aber manchmal hilft ja auch ein klärendes Gespräch.

Ich würde vorschlagen, dass wir vielleicht auch im Ausschuss den Kontakt suchen, sozusagen als eine Möglichkeit, Einfluss auszuüben. Ansonsten, denke ich einmal, haben wir wenig Handhabe.

Aber es ist natürlich, sage ich einmal, nicht gut, wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist und man hinterher etwas macht. Besser wäre es, wenn wir vorher etwas machen. Leider ist es auch so, dass Appelle allein manchmal nicht ausreichen, Dinge zu verhindern.

Vor dem Hintergrund würde ich es begrüßen, wenn wir wirklich mit den Trägern oder den Eigentümern dieser Autohöfe ins Gespräch kommen, um noch einmal auf die Dringlichkeit hinzuweisen.

Ja, meine Damen und Herren, alles andere ist, denke ich einmal, so weit gesagt worden. Wir würden den Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr überweisen und uns dort noch einmal darüber verständigen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie, Herr Barth. Herr Loth hat noch eine Frage. - Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Die Frau Ministerin meinte vorhin, dass das Überprüfen und die Biosicherheit in den Gemeinden, den Gemeindestraßen usw., nicht so akut sind, weil dort ja weniger Autos parken, sage ich einmal kurz zusammengefasst.

Nun ist es aber so: Wir wissen ja, dass im Land wenigstens 800 Stellplätze fehlen. Wenn die Lkw-Fahrer ihre Pause machen, dann parken sie ja genau in solchen Gebieten. Ich sehe es ja bei uns im Gewerbegebiet in der Nähe der Autobahn. Dort parken sie usw.

Sehen Sie denn als Kommunalpolitiker, der Sie ja auch sind, die Möglichkeit für die Kommunen, dort zu wirken, die Prävention zu erhöhen, indem man ihnen vielleicht auch solche Aufkleber gibt, die man an den Müllbehältern anbringen kann, die sie in den gewissen Bereichen aufstellen sollten, um dort die ASP einzudämmen?

Jürgen Barth (SPD):

Herr Loth, ich denke einmal, es wäre kein Problem, den Kommunen auch solche Aufkleber zur Verfügung zu stellen, damit sie auch an solchen Parkplätzen, sage ich einmal, informieren.

Wichtiger ist es aus meiner Sicht natürlich - das sehe ich in meinem Wahlkreis -, dass an den Fernverkehrsstraßen etwas gemacht wird. Wir haben bei uns auch Parkplätze an der B 71 neu gebaut. Da gibt es diese Hinweise. Aber, wie gesagt, das Problem ist immer, ob sie auch befolgt werden. Darin sehe ich das Problem.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine weiteren Fragen. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat es hier schon gesagt: Ja, wir befassen uns schon seit mindestens 2017 hier im Landtag und in den Ausschüssen mit der Afrikanischen Schweinepest, mit Maßnahmen zur Prävention und Verhütung und wir schauen natürlich auf die maßgeblichen Folgen, die eintreten könnten.

Dass bei den bisher getroffenen Maßnahmen noch nicht alles immer optimal verläuft und dass Verbesserungen notwendig sind, das ist sicherlich auch klar und unstrittig.

Im Großen und Ganzen geht es um das Handeln und die Umsetzung der Maßnahmen durch die Verwaltung, und zwar durch verschiedene Verwaltungen.

Mit den Forderungen in dem Antrag wird durch die verschiedenen Zuständigkeiten galoppiert. Es wird nicht getrennt. Wir sind gerade auf der kommunalen Ebene, dann sind wir auf der Landesebene, haben Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, also absolut verschiedene Zuständigkeiten. Das ergibt für die Regelungsmöglichkeiten des Landes kaum eine Handhabe. Hinzu kommt der privatwirtschaftliche Bereich. Alles wurde angesprochen. Frau Ministerin hat hier sehr gut dargelegt, wo Probleme bestehen.

Bei dem dritten Punkt fordern Sie tägliche Kontrollen. Dazu sage ich ganz ehrlich: Erklären Sie mir bitte einmal, wie die verschiedenen Ebenen dieses personell absichern sollen. Auch in Anbetracht der unzureichenden Finanzen auf der kommunalen Ebene haben sie gar keine Spielräume mehr, irgendeine angemessene Personalausstattung hinzubekommen. Die Veterinärämter haben schon sehr, sehr viele Aufgaben; ich gehe auch noch einmal auf die Fragen hier vorab ein. Wie sie das auch noch stemmen sollen, ist wirklich eine große Frage.

So, wie der Antrag hier vorliegt, beinhaltet er zu viele Unstimmigkeiten. Wir lehnen ihn daher ab.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD: Wo ist Ihr Antrag? - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Eisenreich, auch in Ihrem Fall ist es so, dass der Kollege Loth eine Frage hat, die er nunmehr stellen kann.

Hannes Loth (AfD):

Ich habe sogar eine Antwort für die werte Frau Eisenreich, Herr Präsident.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Loth, es ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, dass Sie eine Antwort haben. Sie können eine Frage stellen oder eine Intervention machen.

Hannes Loth (AfD):

Dann frage ich Frau Eisenreich. Sie wollten ja einmal Landrätin im Saalekreis werden. Das hat ja leider nicht geklappt. Als Landrätin hätten Sie dann natürlich auch die Straßenmeisterei gehabt, die als Betrieb oder als Eigentümer - je nachdem, wie es organisiert ist - mit beteiligt wäre. Die fahren ja raus und machen stellenweise auch den Müll weg. Dann können die auch kontrollieren, ob da etwas ist oder nicht. Das nur einmal so, als Hinweis.

Sie wollten ja auch, wie gesagt, Landrätin werden. Deshalb wäre Ihre Einschätzung interessant gewesen, wer denn die Betriebsgenehmigungen und die Bauerlaubnisse für die Errichtung eines solchen Autohofs erteilt hat. Denn da kann man ja frühestens einhaken und sagen: Wenn du hier bauen möchtest, baue bitte einen Zaun drum herum oder so.

Wäre das denn eine Möglichkeit, Frau Eisenreich? Sie als Kommunalpolitiker müssten es ja wissen.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Klar, wäre das eine Möglichkeit. Aber dazu sage ich Ihnen eines. Ich möchte jetzt keine Gegenfrage stellen müssen, rein rhetorisch. Wie soll es funktionieren, einen Zaun um den Autohof zu bauen, der so zu ist, dass dort keine Schweine hineinkommen. Dann kommen auch keine Autos mehr selbstständig rein und raus. Es müsste ein Tor geben, das geöffnet und geschlossen wird.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

- Entschuldigung, anders funktioniert es nicht. Die Schweine sind ja nicht blöd. Die finden auch ein Loch, wenn dort ein Eingang, eine Zufahrt und eine Abfahrt sind.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Die Frage stellt sich in dem Sinne nicht.

(Lachen bei und Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende dieses Debattenbeitrages. Wir kommen noch einmal kurz zur Geschäftsordnung zurück. Fragen können Landtagsabgeordnete an den Redner stellen. Der kann antworten, nicht umgekehrt.

Jetzt können wir weitergehen. Für die Fraktion der CDU spricht nunmehr der Abg. Herr Schumann.

Andreas Schumann (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist unzweifelhaft so: Die ASP steht vor der Tür. 12 km vor der Grenze im Osten wurde sie in Polen nachgewiesen, ebenso wenige Kilometer vor der Grenze im Westen auf belgischer Seite.

Da Schwarzwild relativ standortfest lebt und nicht, wie zum Beispiel der Wolf, über Hunderte Kilometer wandert, ist die Verbreitung über so große Strecken nur durch den Menschen, durch Transport von belasteten Fleisch- oder Wurstwaren möglich.

Ich kann Ihnen aus der Jägerschaft klar berichten, dass die Unsicherheit und die Befürchtungen groß sind.

Ich möchte nun auf einzelne Punkte des Antrages eingehen. Es ist richtig, dass wir sehr viel mehr Vorsorge und Sorgfalt an den Raststätten und Autohöfen durchsetzen müssen. Das betrifft Einzäunung, tägliche Kontrolle und Entleerung der Papierkörbe und der Aufenthaltsfläche.

Was mir an diesem Antrag fehlt, sind ein Umsetzungs- und ein Finanzierungsvorschlag. Hierfür müssen - ressortübergreifend - Lösungen gefunden werden.

Auch der Punkt 4 des Antrages bedarf einer Erörterung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Hier müssen Lösungen gesucht werden, inwieweit man Schweinehalten Unterstützung geben kann.

Der Chefredakteur der Zeitschrift „Unsere Jagd“ Christian Schätze hat in der aktuellen Ausgabe den Finger in die Wunde gelegt. Ich zitiere:

„Die an der deutsch-polnischen Grenze aufgestellten ASP-Zäune sind nicht nur völlig ungeeignet, Schwarzwild aufzuhalten, sondern inzwischen auch so löchrig wie ein Schweizer Käse. Auch an den Grenzen das gewohnte Bild: statt auf Kontrollen setzen die Behörden auf Warntafeln. Als wäre das nicht alles schlimm genug, verriet mir kürzlich ein Veterinär, dass er mindestens einen Wildhändler kenne, der regelmäßig in Polen

Wildschweine einkaufe. Leider hätte er keinerlei rechtliche Handhabe, dies zu verhindern.“

(Siegfried Borgwardt, CDU: Hört, hört!)

Bei unseren Wildhändlern bekommen einheimische Jäger für ein Kilo bestes Biofleisch vom Schwarzwild weniger als 1 € im Ankauf. Dann müssen sie noch die Trichinenprobe - im Durchschnitt 10 € pro Probe - in fast allen Landkreisen aus eigener Tasche bezahlen.

Das muss dringend geändert werden, um nicht einen Gebührenflickenteppich in Sachsen-Anhalt zu erzeugen. An der Stelle ist aus unserer Sicht das Land in der Pflicht, um die Schwarzwildbestände weiterhin im Griff zu haben.

Zum Schluss wäre noch die Frage: Könnte man das Problem der Autohöfe auch über die Gefahreneabwehrverordnung lösen?

Ich bitte um Überweisung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Schumann, wir wissen inzwischen, dass Herr Loth eine Frage stellt.

Andreas Schumann (CDU):

Gern.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Fragen Sie, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, danke für die Worterteilung. - Sehr geehrter Herr Schumann, Sie sprachen davon, Sie vermissen die Finanzierung der Sachen in unserem Antrag.

Ja, was soll ich sagen. Wenn die ASP ausbricht, dann müssen wir uns über die Finanzierung von irgendetwas überhaupt keine Gedanken mehr machen. Ich sprach vorhin von 2 Milliarden €, die es in zehn Jahren kostet. Da sollten doch die wenigen Mittel, die für unseren Zaun zur Verfügung gestellt werden könnten, bereitstehen, um das zu machen.

Wir haben die Mittel für die Tierkörperbeseitigung reduziert, perspektivisch gestrichen. Das ist ja beim vorletzten Haushalt beschlossen worden. Vielleicht sollten wir uns darüber Gedanken machen, unsere Landwirte zu unterstützen.

Andreas Schumann (CDU):

Herr Loth, ich gebe Ihnen recht. Ihre 2 Milliarden € sind, glaube ich, sogar noch defensiv gerechnet. Andere Schätzungen kommen auf 4 Milliarden €, die es kosten könnte.

Ich glaube, dass der Ausschuss genau der richtige Ort ist, um darüber zu sprechen, wie wir vorgehen können. Denn wir müssen die Autohöfe einzäunen. Es gibt keine andere Möglichkeit, die Ausbreitung zu verhindern.

Ich habe jetzt auch noch darauf hingewiesen: Wir müssen auch mehr Unterstützung bei der Bejagung von Schwarzwild liefern. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Trichinenprobe. Das ist eine Belastung, die wir eingrenzen müssen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Gefahr, dass die Afrikanische Schweinepest nach Deutschland eingeschleppt wird und näher an Sachsen-Anhalt heranrückt, ist wirklich real.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Übertragung nicht von Tier zu Tier erfolgt. Die Einschleppung erfolgt durch den Menschen, der kontaminierte Lebensmittel wie die Wurststulle achtlos wegwirft.

Die Gefahr durch Wanderungsbewegungen von Wildschweinen ist dagegen äußerst gering. Wer sich die Karte der ASP-Fälle in Europa ansieht, wird das schnell erkennen. Ein Wildschwein wird sicherlich nicht aus Polen komplett durch Deutschland gelaufen sein, um dann in Belgien an der ASP zu verenden.

Viel wahrscheinlicher ist die Einschleppung durch einen Tiertransporter, durch Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer oder eben durch Reisende. Genau aus diesem Grund müssen an allen Raststätten Informationen zur Übertragung der ASP in mehreren Sprachen vorhanden sein. Die Rastplätze müssen eingezäunt sein. Die Mülleimer müssen so beschaffen sein, dass nichts in die Umgebung gelangt, und sie müssen auch täglich geleert werden.

Die Einhaltung dieser Vorgaben liegt im Zuständigkeitsbereich des Verkehrsministeriums.

Wir haben bei den Antworten an unseren Ausschuss auch gelesen und wahrnehmen kön-

nen, dass Wildschutzzäune bei den täglichen Streckenkontrollen in Augenschein genommen werden. Ich nehme an, das machen die Straßenmeistereien. Verblasste Plakate werden ersetzt. Die tägliche Leerung der Mülleimer und das Aufsammeln von Müll werden kontrolliert.

Eine Verkehrsbefragung im Auftrag der Landesstraßenbaubehörde im Juni 2019 hatte an drei Rastplätzen ergeben, dass von den 63 befragten Lkw-Fahrern neun die Vorgaben nicht berücksichtigen. Das heißt, sie entsorgen die Speisereste nicht in die dafür vorgesehenen Müllbehälter. Es steht ja auf den Schildern, dass sie das tun sollen, und zwar mehrsprachig. Das zeigt, wie schwer es ist, die Hygienemaßnahmen durchzusetzen.

Dennoch möchte ich Sie, Herr Minister Webel, bitten, die Aufklärung und Durchsetzung der sachgemäßen Entsorgung von gegebenenfalls infektiösen Lebensmitteln voranzutreiben und systematische Kontrollen an Raststätten und Autohöfen vorzunehmen, damit Mängel unverzüglich beseitigt werden.

Und ja, ich meine, wir sollten in den Ausschüssen intensiv darüber beraten, welche Straßen zu berücksichtigen sind, ob es eben nur die Autobahnen sind oder ob man noch weitergeht bis hin zu den kommunalen Straßen, und in welchem Umfang für Autohöfe auch die Vorgaben von Rastplätzen gelten sollen bzw. was die Landesregierung tun sollte, um auch bei den Autohöfen die Prävention voranzutreiben. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Herr Loth, Sie haben keine Frage? - Gut, dann können wir weitergehen. Dann spricht Herr Roi abschließend für die Einbringerin des Antrages.

Daniel Roi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon sehr oft über die afrikanische Schweinepest gesprochen, richtig: sehr oft auf Antrag der AfD.

(Zustimmung von Lydia Funke, AfD, und von Hannes Loth, AfD - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich habe mir einiges von dem mitgeschrieben, was hier gesagt worden ist. - Herr Striegel, seien Sie doch einfach einmal ruhig. Oder kennen Sie sich jetzt im Bereich Landwirtschaft auch noch aus?

Die LINKE sieht aufgrund unseres Antrages keinen einheitlichen Handlungsrahmen; es seien zu

viele Ebenen erwähnt. Das hat Frau Eisenreich gesagt. Da stelle ich mir die Frage: Gucken wir als Land nur auf eine Ebene oder gucken wir auf alle Ebenen?

Ich denke, die Ministerin ist durchaus in der Lage, auf alle Ebenen Einfluss zu nehmen, und wir als Landespolitiker sind es auch. Das ist der Grund, weshalb darin alle Ebenen stehen, Frau Eisenreich.

Wenn ich bei der LINKEN bin, dann haben Sie zum Zaun - damit komme ich zum nächsten Punkt - gesagt, er bringe nichts, weil man einen Zaun nicht so organisieren könne, dass dann keine Schweine mehr durchkämen. Ja, natürlich kann ich einen Autohof nicht über die Straße abzäunen, das ist vollkommen klar. Es geht aber bei dieser Frage um Risikominimierung, Frau Eisenreich. Vielleicht rufen Sie einmal in Brandenburg an; dort gibt es eine rot-rot-grüne Landesregierung.

(Rüdiger Erben, SPD: Nein! - Minister Marco Tullner: Nein! Rot-schwarz-grün! - Zuruf: Kenia, wie bei uns!)

- Rot-schwarz-grün. Dann schauen Sie sich das einmal an. Dort gibt es einen grünen Landwirtschaftsminister; der ist immer noch da. Vorher gab es die LINKEN auch. Da gibt es diesen Zaun. Vielleicht rufen Sie den GRÜNEN mal an und fragen ihn, was dieser Zaun denn soll, wenn Zäune sinnlos sind.

Ich sage es Ihnen noch einmal. Beschäftigen Sie sich einmal mit dem Wort Risikominimierung. Es geht darum, dass die freien Flächen, auf denen die Lkw parken, getrennt sind von einem Maisfeld. Zum Beispiel haben wir in den letzten Jahren genau das in Bitterfeld-Wolfen gesehen.

Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es geht. Es geht natürlich nicht darum, Straßen abzuzäunen, sondern es geht darum, das Risiko zu minimieren. Das ist der Sinn und Zweck dessen, was wir fordern.

(Beifall bei der AfD)

Dann sagt die Ministerin, es sei wünschenswert, einen Zaun zu errichten. Ja, mit Wünschen kommen wir bei so einer Welle der Afrikanischen Schweinepest, wie sie in Osteuropa und in Südosteuropa grassiert, nicht weiter. Da können wir uns nichts wünschen. Wir können uns alle wünschen, dass wir alle gesund bleiben und nicht vom Coronavirus befallen werden.

(Zustimmung bei der AfD)

Aber wir müssen Maßnahmen ergreifen, auch in der Situation der Afrikanischen Schweinepest. Dann müssen wir eben nach Gesetzen und Ver-

ordnungen suchen, die es uns erlauben, dafür zu sorgen, dass alle Autohöfe eingezäunt werden. Das ist die Forderung, die wir stellen.

Jetzt wurde auch von Herrn Schumann von der CDU gesagt, man müsse die Autohöfe einzäunen. Das haben Sie soeben gesagt. - Ja, dann stimmen Sie doch einfach unserem Antrag zu und fordern die Ministerin und den Verkehrsminister mal auf, dafür zu sorgen, dass das endlich passiert. Nichts anderes wollen wir doch. Wir sind uns doch einig. Sie brauchen doch nur zuzustimmen.

Wir brauchen uns nicht immer nur im Ausschuss darüber zu unterhalten, Herr Barth. Sie haben gesagt - ich habe mir das aufgeschrieben -: Leider ist es so, dass Appelle manchmal nicht ausreichen. - Herr Barth, genau deshalb haben wir den Antrag gestellt, weil eben die Appelle und die Diskussionen in den Ausschüssen nichts bringen. Wir müssen handeln!

(Rüdiger Erben, SPD: Ein bisschen leiser!)

Der Auftrag dazu soll heute hier durch das Landesparlament erteilt werden. Das ist Sinn und Zweck unseres Antrages.

(Zustimmung bei der AfD)

Noch ein Satz zum Thema Bundesstraßen. Frau Dalbert, ich nenne Ihnen ein Beispiel. An der B 183 bei Gnetsch gibt es nicht einmal Mülleimer. Es ist auch nicht nur die Aufgabe einer Ministerin, Briefe zu schreiben und auf alle erforderlichen Maßnahmen hinzuweisen, sondern es ist auch die Aufgabe von Politik und Ministern, Kontrollen zu organisieren.

Das ist der Grund für unseren Antrag. Sie müssen auch einmal kontrollieren, über die Landkreise hinweg. Das müssen Sie organisieren. Wenn Sie es nicht machen, wenn wir das Risiko nicht minimieren, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn wir die Afrikanische Schweinepest irgendwann hier haben.

Ich bin damit soweit am Ende. Fragen gibt es ja auch noch.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bevor Herr Schumann seine Frage stellen kann, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Herr Roi, wir haben eine Mikrofonanlage. Ich kann im Zuge einer sozialen Perspektivenübernahme sagen, mir passiert das auch manchmal. Aber denken Sie immer daran, wir haben eine Mikrofonanlage. Wir brauchen den Raum nicht allein voll und ganz zu beschallen. - Jetzt Herr Schumann, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, ja. - Aber wir reden jetzt schon seit zwei Jahren darüber und es passiert nichts.

Andreas Schumann (CDU):

Herr Roi, ich kann Ihre Emotionen gut verstehen. Ich weiß auch, dass die Notwendigkeit besteht, etwas zu unternehmen. Aber bei den Autohöfen greifen wir in privatrechtliche Belange ein.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Deshalb habe ich gesagt, lassen Sie uns im Ausschuss über Wege diskutieren, wie wir auf privatrechtlichem Wege dahin kommen, dass wir maximale Sicherheit erreichen können. Wir müssen auch erst einmal erörtern, welche Gelder dafür eingesetzt werden können.

Das ist einfach ein normaler Schritt, den wir gehen wollen. Wir sind natürlich der Meinung, dass wir unsere heimischen Bauern vor der ASP schützen müssen, dass wir unsere Wildschweine im Wald vor der ASP schützen müssen.

Den Weg wollen wir gehen. Aber wir können jetzt nicht einfach per Verordnung sagen, wir zäunen jetzt alles ein und das wird irgendwie aus dem Gesamthaushalt finanziert. Das halte ich für etwas zu oberflächlich. - Danke schön.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Wir wollen nicht alles einzäunen, sondern die paar Autohöfe, die wir in Sachsen-Anhalt haben. Das sind gar nicht so viele. Das ist der Punkt. Sie können über das Baurecht auch Auflagen erteilen, dass zukünftig alle neu gebauten - es werden nämlich immer noch welche gebaut - Autohöfe einen Zaun haben müssen. All das können Sie organisieren.

In Privateigentum oder in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen greifen Sie ja auch ein, wenn eine Seuche ausgebrochen ist. Das sehen wir gerade beim Coronavirus. Dann greifen Sie doch auch ein.

Es gibt Möglichkeiten, wenn Sie das wollen, Zäune zu errichten. Dass es geht, zeigen ja die Länder Brandenburg und Sachsen. Da gibt es auch Möglichkeiten, an Autohöfen Zäune zu errichten. Vielleicht rufen Sie einfach einmal in den Ministerien unserer Nachbarn Bundesländer an und informieren sich darüber, wie das geht. Und schon wird das auch hier in Sachsen-Anhalt zu machen sein. Nichts anderes wollen wir.

Sie geben uns alle doch recht. Stimmen Sie einfach unserem Antrag zu und hören wir auf zu reden. Wir haben jetzt drei Jahre lang ge-

redet. Jetzt müssen wir endlich handeln. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt handeln wir auch, indem wir abstimmen. Ich habe einen Antrag auf Überweisung gehört, und zwar zur federführenden Beratung in den Landwirtschaftsausschuss und zur Mitberatung in den LEV. Dazu gibt es jetzt keine alternativen Vorschläge. Deswegen lasse ich darüber abstimmen.

Wer für diese Ausschussüberweisung ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. - Wer ist dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Stimmenenthaltungen? - Ein fraktionsloser Abgeordneter und ein Mitglied der AfD. Damit ist der Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Wir beenden damit den Tagesordnungspunkt 16 und führen einen Wechsel in der Sitzungsleitung durch, bevor wir fortfahren.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Frieden sichern statt DEFENDER 2020!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5728**

Einbringer ist der Abg. Herr Gallert. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den nächsten Wochen werden wir hier in Sachsen-Anhalt die größte Militäroperation der NATO in den letzten 25 Jahren erleben. Unter dem leider irreführenden Titel Defender 2020 werden wir Dreh- und Angelpunkt eines NATO-Truppenaufmarsches werden, an dem etwa 37 000 Soldatinnen und Soldaten, davon allein 20 000 US-Militärs, und insgesamt 35 000 Militärfahrzeuge beteiligt sind.

Gegenstand dieser Militärübung ist die möglichst schnelle und reibungslose Verlegung von vor allem amerikanischer Militärtechnik an die Westgrenze Russlands.

Eine der in Anspruch genommenen Hauptverkehrsadern wird in einem Zyklus von sechsmal eine Woche die Autobahn A 2 sein. Es wird also sechsmal ein Intervall geben, das jeweils eine Woche dauert, um vor allem amerikanische

NATO-Militärtechnik durch unser Land in Richtung Osten zu bewegen. Das wird in absehbarer Zeit beginnen.

Einer der drei Hauptstützpunkte in Deutschland für diese Truppenverlegung ist der Bundeswehrstandort in Burg. Auch das Sanitätsregiment in Weißenfels wird involviert sein.

Dieses Manöver wird zweifellos zu einer ausgesprochen schweren Belastung und Beschädigung der Infrastruktur führen, von der in Sachsen-Anhalt besonders die Autobahn A 2 betroffen sein wird, deren grundsätzliche Sanierung nun noch einmal um anderthalb Monate hinausgezögert werden muss. Die Einschränkung des Verkehrs auf dieser Autobahn wird durch die Truppenverlegung also noch einmal um anderthalb Monate verlängert.

Die Umweltbilanz dieses Manövers dürfte ähnlich verheerend sein wie die der vielen Brände auf den Truppenübungsplätzen im letzten Jahr. All das würde schon ausreichen, um dieses Manöver abzulehnen.

Schwerpunkt dieses Antrages und auch meiner heutigen Rede ist jedoch ein anderer. Denn viel größere Schäden als in unserer Umwelt und an den Straßen richtet dieses Manöver in den Beziehungen innerhalb Europas an.

Nun könnten wir die Frage stellen, warum wir in diesen Landtag einen Antrag einbringen, der sich schwerpunktmäßig um außenpolitische Belange der Bundesrepublik kümmert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat etwas mit unserer besonderen Verantwortung als Ostdeutsche zu tun. Das betrifft unsere Beziehungen sowohl zu Osteuropa als auch zu Russland. Es hat auch sehr viel mit unserer eigenen Geschichte zu tun.

Vor mehr als 30 Jahren ging eine bipolare Weltordnung zu Ende, deren Daseinsform wohl treffend als der Kalte Krieg beschrieben wurde. Im Zentrum dieser Systemauseinandersetzung standen vorher die beiden deutschen Staaten und nach dem vermeintlichen Ende das wiedervereinigte Deutschland.

Diese Wiedervereinigung kann man zwar als Glücksfall der Geschichte bezeichnen. Das wird dann aber den Realitäten nicht ganz gerecht. Denn es war kein Glücksfall, sondern das war das Ergebnis von bewusstem politischen Handeln von sehr mutigen Akteuren, von denen vor allen Dingen bei den Siegermächten oder bei den Alliierten viele über ihren Schatten gesprungen sind, um diese Wiedervereinigung zu ermöglichen.

Einer derjenigen, der damit am meisten zu tun hatte, war sichtlich Gorbatschow. Denn er gab in diesem Kontext viele alte Grundsätze des Kalten Krieges aus seiner Sicht auf. Eine der Grund-

lagen, die dazu geführt haben, dass Gorbatschow damals seine Widerstände gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten relativ schnell aufgegeben hat, waren übrigens die ausdrücklichen Versicherungen - sie sind protokolliert; sie sind heute öffentlich - des amerikanischen, des britischen und des deutschen Außenministers, dass es infolge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nie und nimmer eine NATO-Osterweiterung geben würde.

Das war übrigens auch der Preis dafür, dass Gorbatschow, also die damals zerfallende Sowjetunion oder Russland, akzeptiert hat, dass Deutschland insgesamt NATO-Mitglied wird. Diese Zusicherungen sind damals gegeben worden. Sie waren ganz maßgeblich das Argument auf russischer Seite dafür, diese Verträge zu unterzeichnen. Aber sie waren nachher vergessen.

Schon 1997 ging es um eine ausdrückliche Osterweiterung der NATO. Heute sind es insgesamt zwölf osteuropäische Staaten, die in die NATO aufgenommen worden sind. Zurzeit steht die Aufnahme von Nordmazedonien bevor.

Das Jahr 1997 - das muss man noch einmal klar sagen -, das war eine Phase der faktisch vollständigen Demilitarisierung Russlands. Es gab dort im Grunde genommen kaum noch Rüstungsausgaben. Das Militär selbst befand sich faktisch in einer Auflösung. Diese Phase war unter Bezugnahme auf die alten Feindbilder des Kalten Krieges seitens des Westens die Phase, in der man die NATO nach Osten ausweitete. 1997 hat dies begonnen.

Ich will ganz klar sagen: Auch damals war diese NATO-Osterweiterung umstritten. Es gab damals einen Brief von 40 sehr klugen US-amerikanischen Politikern an Bill Clinton, die sich ausdrücklich gegen die Osterweiterung der NATO gewandt haben, unter anderem der ehemalige Verteidigungsminister McNamara, der ehemalige CIA-Chef usw. usf. Die haben gesagt, wenn wir die NATO-Osterweiterung machen, dann werden wir folgende Probleme erzeugen:

Erstens. Es wird in Russland ein Erstarken nationalistischer und militaristischer Kräfte geben, die wiederum auf ihrer Seite die alten Feindbilder des Kalten Krieges reproduzieren.

Zweitens. Diese NATO-Osterweiterung wird dazu führen, dass die NATO selbst in sich so heterogen wird, dass sie sozusagen kaum noch zu handhaben ist.

Drittens. Jeder weitere Staat, der sich in der Region befindet, sieht sich bemüßigt, als Nächster den Antrag zu stellen, in die NATO aufgenommen zu werden, weil wir das System verunsichern für all diejenigen, die nicht in einem Militärbündnis sind.

Viertens. Wir werden es als US-Amerikaner nicht mehr bezahlen können, weil dieses System so groß wird, dass wir es nicht mehr beherrschen.

Alle vier Voraussagen sind eingetroffen. Dies ist die Vorgeschichte der heutigen extrem angespannten politischen Situation zwischen der NATO und Russland. Ich will ganz klar sagen: Diese Prozesse haben fast 20 Jahre vor der Annexion der Krim stattgefunden, vor der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine.

Diese Prozesse haben unter anderem dazu geführt, dass Deutschland das Völkerrecht gebrochen hat und sich an der Bombardierung Belgrads beteiligt hat. Erst viele, viele Jahre später hat diese Reaktion des Westens dazu geführt, dass wir uns Russland zum Feind erzogen haben.

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Mit diesem „Defender 2020“-Manöver wird diese Feindschaft gepflegt, wird eine nächste Spirale angezogen, und das darf nicht sein. Das ist ein riesiger politischer Fehler, deswegen müssen wir dagegen zu Felde ziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt kann man natürlich die üblichen Argumentationen verwenden, warum das alles so extrem wichtig sein muss. Dazu will ich klar sagen: Russland ist wegen interner Probleme, aber auch aufgrund der Reaktion und aufgrund der Wirkung des Westens heute ein politisches System, das man mindestens als autoritär, wenn nicht auch schon ein Stück weit auf dem Weg hin zur Diktatur bezeichnen könnte. Russland ist ein politisches System, in dem Militarisierung inzwischen in der Gesellschaft eine viel, viel größere Rolle spielt, in dem auch Nationalismus eine viel größere Rolle spielt als noch vor 15 oder 20 Jahren.

Aber ich sage ausdrücklich: Auch Putin, auch die russische Führungsoligarchie, ist nicht dumm. Beide Länder, die USA und Russland, geben etwa 4 % ihres BIP für Militär aus, aber die Russen wissen, dass es nur 15 % dessen sind, was die US-Amerikaner für das Militär ausgeben.

Niemand - glauben Sie mir - ist auf der russischen Seite so weltfremd und so selbstmörderisch, dass er in einer solchen Situation eine kriegerische Aktion Richtung NATO planen würde.

Aber wir auf der anderen Seite machen das größte Militärmanöver mit 20 000 US-Soldaten mit. Wir unterstützen, wir organisieren es und eskalieren damit an der russischen Grenze zwischen den NATO-Staaten und Russland Spannungen.

Ich frage ganz deutlich: Worin liegt unsere ostdeutsche Verantwortung? - Unsere ostdeutsche Verantwortung liegt darin, dass wir zum Ende des

Kalten Krieges gesehen haben, wie die fatalen Feindbilder des Kalten Krieges bei uns zum Glück substanziell infrage gestellt worden sind.

Wir müssen uns heute die Frage stellen, warum das auf der anderen Seite, nämlich im Westen, nach der Beendigung des Kalten Krieges nicht passiert ist, warum die Kontinuität der alten Feindbilder eins zu eins gewirkt hat und übernommen wurde und wir uns heute wieder in einer strategisch extrem schwierigen und auch militärisch leider inzwischen wieder angespannten Situation im Zentrum Europas befinden.

Dieses Manöver „Defender 2020“ bildet das nächste Drehen der Eskalationsschraube, und deswegen ist es ein Fehler. Unsere ostdeutsche Verantwortung ist es, darauf hinzuweisen, dass dies ein Fehler ist und wir uns dem deshalb entgegenstellen müssen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, es gibt eine Frage von Herrn Poggenburg. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Abg. Gallert, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört und entnehme Ihren Ausführungen eine leichte Kritik an der NATO-Osterweiterung, die ich übrigens voll und ganz unterstreiche.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ah! Das wundert mich!)

Sie haben richtigerweise auch auf die protokollierten Versprechungen abgestellt, die damals gemacht wurden. In dem Sinne kann man sagen, dass Russland natürlich vom Westen betrogen worden ist.

Sollte man jetzt aber nicht, wenn man das als Voraussetzung nimmt, die aktuelle Außenpolitik Russlands differenzierter betrachten und beispielsweise auch bei der sogenannten Annexion der Krim überlegen, ob es nicht wirklich eine Sezession war und direkt eine Folge dieser eben hier genannten Politik ist? Und sollte man damit die Russland-Sanktionen generell als ungenügend und sogar falsch erklären? - Danke.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich will Ihnen kurz darauf antworten: Erstens. Wir sind ausdrücklich schon damals politische Kritiker der NATO-Osterweiterung gewesen, sind es auch heute noch, und zwar mit genau den gleichen Argumenten, die der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister an Bill Clinton im Jahr 1997 in einem Brief aufgeschrieben hat. Alle diese vier Thesen sind ja eingetroffen. Genau

diese fatalen Folgen hatte die NATO-Osterweiterung.

Punkt 2. Natürlich ist es so, dass auf der russischen Seite Völkerrechtsverbrechen oder ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wie die Bombardierung von Belgrad, natürlich als Argument herangezogen werden, um selbst wiederum Völkerrecht zu brechen. Das bedeutet aber nicht, dass es entschuldbar ist, dass die russische Seite Völkerrecht bricht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist genauso wenig entschuldbar wie der Bruch des Völkerrechts durch Deutschland bei der Bombardierung von Belgrad oder wie der Bruch des Völkerrechts durch die Türkei bei der Besetzung von syrischem Territorium.

(Zustimmung bei der LINKEN - Matthias Büttner, AfD: Richtig!)

Eines dürfen wir uns nicht erlauben, nämlich zu sagen: Völkerrecht bricht der eine, dann bricht es der andere, und dann legitimieren sie sich das gegenseitig. Nein, das Problem ist, dass das Völkerrecht löchrig geworden ist, weil genau diese Denke existiert.

Es ist ein Recht des Stärkeren, deswegen dürfen wir das. - Nein, Völkerrecht hat Bestand zu haben und man muss jeden Bruch des Völkerrechts verurteilen, den deutschen Bruch des Völkerrechts genauso wie den türkischen und den russischen.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Die russische Position ist an der Stelle übrigens völlig widersprüchlich. Putin begründete, dass er das Recht hatte, die Krim zu annektieren, damit, dass vorher die NATO inklusive Deutschland in Serbien das Völkerrecht gebrochen hat.

Welches war damals die Argumentation Deutschlands und der NATO? - Man müsse dafür sorgen, dass der Kosovo sich abspalten dürfe. Das ist im Grunde genommen genau das Gleiche, was Putin mit der Krim in der Ukraine gemacht hat. Beide Male handelt es sich aber um einen Bruch des Völkerrechts. Ich kann das eine nicht heranziehen, um das andere zu legitimieren. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich, Herr Poggenburg. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Gallert - -

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich habe noch eine Frage!)

- Ach so, Entschuldigung.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Sie konnten ihn nicht sehen, weil ich davor stand, Herr Mittelstädt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borgwardt, Sie haben jetzt das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich komme wieder auf den Außenminister zurück, in spe natürlich.

(Oliver Kirchner, AfD, lacht)

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich sage es einmal so, Herr Borgwardt: Ich wäre in meiner Partei wahrscheinlich dafür nicht mehrheitsfähig. Aber okay.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Wenn ich Ihre Berliner Truppe sehe, dann wird das wohl so sein.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ob das klug beraten ist, müssen Sie Ihre Genossen fragen.

Ich habe aber eine konkrete Frage: Ich will eine Geschichte vorausschicken, weil ich nicht weiß, wo das noch war. Aber die sehr verehrte, auch von mir geschätzte Kollegin von Angern hatte wie wir das Vergnügen, mit der Konsulin Frau Norris

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Aus Leipzig.

Siegfried Borgwardt (CDU):

vom Generalkonsulat Leipzig zu reden.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Ja, ja. Das mit der Friedenstaube im Mund, sehr geehrte Frau von Angern, habe ich gesehen; alles klar.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Stimmt!)

Der Sinn des Besuches war nicht, ihr in die blauen Augen zu gucken oder unsere Plätzchen zu essen, sondern sie wollten wissen, wie wir das einschätzen, und zwar schon sehr weit im Vorfeld des „Defender 2020“-Manövers. Das sei einmal vorausgeschickt.

Ich gehe davon aus, dass sie auch nicht in eure blauen Augen geguckt hat und eure Plätzchen gegessen hat, sondern mit euch darüber geredet hat.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Bei uns gab es nur Kaffee!)

Da ist jetzt meine Frage an Sie, weil Sie in dem letzten Absatz ganz hinten zu dem kommen, was Sie gerne hätten; das andere sind mehr oder weniger Appelle oder sonst irgendetwas: Wie denken Sie denn, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalt, vorausgesetzt sie würde das machen wollen, das wirksam unterbinden könnte? - Ich gehe davon aus, dass Sie einen Vorschlag haben, wie das gemacht werden sollte.

Ich habe diese Frage auch der Frau Norris gestellt. Die Antwort war für mich relativ schlüssig: Das geht vom Land Sachsen-Anhalt aus nicht. Jetzt frage ich Sie, ob Sie dazu eine Idee haben, die wir möglicherweise nicht haben.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Wir sagen ausdrücklich und formulieren als Opposition klug: Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich hierfür mit all den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dies zu unterbinden.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Bundesratsinitiative, oder was?)

Nun sage ich: Da spekulieren wir natürlich auf die Fantasie und die Kreativität der Landesregierung.

(Tobias Krull, CDU: Aha! - Siegfried Borgwardt, CDU: Das geht nicht!)

Ich sage Ihnen aber auch ausdrücklich: Es gibt schon ganz andere Reaktionen darauf. Es gibt zum Beispiel die Überlegung - in anderen Landtagen hat das schon eine Rolle gespielt -, die nicht unerheblichen Schäden an der Infrastruktur, die unter anderem durch die Benutzung der Infrastruktur - - Ich meine, einen Panzer auf einem Tieflader durch die Gegend zu kutschieren, das hat schon eine besondere Geschichte.

Ich sage auch ausdrücklich: Ich finde es schon interessant, dass die A 2, deren Elbebrücke demnächst wegen ihrer desolaten Situation ein halbes Jahr lang saniert werden soll, vorher sechs Wochen lang schwerste Militärtransporte aushalten soll, die sechs Wochen lang jede Nacht über diese Brücke geführt werden sollen, obwohl sie angeblich so kaputt ist und über ein halbes Jahr lang sofort repariert werden muss.

Da könnte man auch intervenieren und sagen: „Nein, liebe Leute, dieses Risiko müssen wir nicht eingehen.“ Das wäre zum Beispiel eine kreative Antwort, die ich allerdings - das gebe ich ganz gern zu - von unserem Verkehrsminister nicht auf Anhieb erwarten würde. Insofern haben Sie recht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borgwardt hat noch eine Nachfrage. - Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Gallert, das sind wieder zwei Aspekte. Der eine Aspekt ist - ich habe mir auch ein paar Kollegen mit dazugenommen; so etwas mache ich ungern allein und ich weiß, dass Sie es auch so gemacht haben -, dass ich Frau Norris die Frage gestellt habe, ob sie denn dann für mögliche Schäden aufkommen würde. Dazu hat sie gesagt, es seien ausdrücklich Gummiketten. - Aber ich gehe jetzt nicht auf jedes Detail ein.

Natürlich sind die bereit, diese Schäden zu begleichen, wenn der Nachweis erbracht wird.

(Thomas Höse, AfD: Da gibt es Sonderrechte!)

Das ist aber eine nachrangige Geschichte.

Die Frage, die ich eigentlich habe, lautet: Wie soll die Landesregierung das unterbinden, sofern sie das machen würde? Soll sie eine Bundesratsinitiative ergreifen? Was soll die Landesregierung machen? Soll sie Polizisten hinstellen, die niemanden durchlassen? - Das darf sie aber auch nicht. Was soll sie also machen,

(Zuruf von der CDU)

um das zu verhindern? Das wollen sie ja.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Noch einmal: Sie sollen alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, das zu verhindern.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Gut.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Unser Vertrauen in die Landesregierung der Kenia-Koalition ist nicht so groß, dass wir sagen: Das wird es jetzt bringen.

Aber nun einmal ehrlich unter uns: Wir befinden uns in einer politischen Debatte, natürlich auch innerhalb der NATO und auf der US-amerikanischen Seite. So wie der Ministerpräsident dieses Landes seine Stimme erhebt, wenn es um die Braunkohleverteilung geht, so wie er auch - das fand ich durchaus mutig - bei der Petersburger Rohstoff-Konferenz aufgetreten ist und zum Beispiel auch Position zu den Beziehungen der Länder in Ostdeutschland bezogen hat - ich sage ausdrücklich „Ostdeutschland“; denn das macht er mit Kretschmer und Ramelow, da sind sich alle einig -, so würde ich es ganz gern haben, dass wenigstens eine Position auch zu solchen Eskalationen, die es im internationalen Bereich gibt, aus ostdeutscher Sicht eingeführt werden muss. Auch dafür kann man einmal die Stimme erheben. Es wäre schon nicht schlecht, wenn wir uns als Landtag darauf verständigen würden.

Das würde es vielleicht noch nicht bringen, aber das würde vielleicht dazu führen, dass man in Zukunft auch innerhalb dieses NATO-Bündnisses ein bisschen kritischer mit diesen Feindbildern umgeht. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Gallert für die Einbringung des Antrags.

(Beifall bei der LINKEN)

Für die Landesregierung spricht der Minister Herr Stahlknecht. In der Debatte sind drei Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann das relativ kurz machen. Es ist in der Tat eine der größten Übungen der NATO seit dem Ende des Kalten Krieges. Wir haben in Sachsen-Anhalt aber weder Stationierungen ausländischer Truppen noch die Aufstellung diverser Raketenabwehrsysteme geplant.

Wir sind allein ein Transitland und damit wichtiger Partner der Bundeswehr und ihrer Verbündeten bei der logistischen Bewältigung der Truppentransporte und wir als Bundesland werden auch weiterhin Partner der Bundeswehr bleiben.

Wir haben eine Veränderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa auch mit einer möglichen Bedrohung der Sicherheit, insbesondere der NATO-Staaten in Europa, die das nämlich gerade aus der Erfahrung mit der Krim heraus fürchten. Das erfordert ein Bündnis, das auch die Fähigkeit hat, starke militärische Kräfte schnell in die Region verlegen zu können. Genau das wird hiermit dokumentiert.

Wir haben diese Konfrontationen und auch die Besetzung der Krim durch Russland, die völkerrechtswidrig war. „Defender 2020“ ist ein Zeichen der Stärke der NATO-Partner, damit solche Übergriffe, wie sie auf die Krim stattgefunden haben, in anderen Ländern eben nicht stattfinden

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

und auch erkennbar ist, dass wir dort klar Flagge zeigen. Es nehmen 18 Staaten teil. Das ist am Ende sicherlich auch ein Zeichen der Dominanz und der Abschreckung, keine Angriffe durchzuführen.

Ich denke, mehr gibt es dazu aus unserer Sicht im Augenblick nicht zu sagen.

Und wenn am Ende der Truppenbewegungen Schäden an Straßen eintreten, dann gibt es dafür auch Anspruchsgrundlagen gegenüber den bewegten Truppen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Minister Stahlknecht für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Erben. Herr Erben, Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Antrag der Fraktion DIE LINKE zu dem Großmanöver „Defender 2020“. An der seit Mitte Februar 2020 laufenden größten Verlegeübung in Europa seit 25 Jahren werden insgesamt 27 000 NATO-Soldaten teilnehmen. Bereits erwähnt wurde, dass 20 000 US-Militärangehörige mit Material und Fahrzeugen in Westeuropa ankommen und sich dann in Richtung Osten, nach Polen und ins Baltikum, in Bewegung setzen.

Deutschland ist naturgemäß, nämlich aufgrund seiner geografischen Lage, bei dieser Übung eine logistische Drehscheibe. Ich will an dieser Stelle kurz einen Bogen zu dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt schlagen: Ich hoffe, man hat im Blick, dass auch ein Rückmarsch stattfindet, und achtet darauf, dass wir die Afrikanische Schweinepest nicht auf diese Weise, über die Rastplätze, nach Deutschland bekommen.

Das Großmanöver - das ist meine feste Überzeugung - stellt sicherlich keinen Beitrag dazu dar, die bereits angespannten Beziehungen zwischen Russland und der NATO zu verbessern. Das ist keine neue Erkenntnis. Darauf will ich zurückkommen. Als es um die Stationierung von NATO-Truppen im Baltikum und in Polen ging, hat das auch schon der damalige Bundesaußenminister Steinmeier so klargemacht; denn er hat damals gesagt:

„Was wir jetzt nicht tun sollten, ist, durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen.“

Nach dem letztjährigen Aus des Vertrages über die Abrüstung nuklearer Mittelstreckenwaffen, des sogenannten INF-Vertrages, das insbesondere durch die Kündigung des Vertrages durch die US-Regierung zustande kam, wäre es jetzt wichtiger denn je, dass die NATO mit den US-Streitkräften auf der einen und Russland auf der anderen Seite Vertrauen schaffen, statt mit Großmanövern zu agieren. Europa braucht dringend eine Rückkehr zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. In diesem Kontext sehe ich auch den klaren Aufruf des

Deutschen Gewerkschaftsbundes durch dessen Bundesvorstand, der gestern veröffentlicht worden ist.

Dennoch werbe ich für die Ablehnung des Antrages; denn nach unserer Auffassung ist der Antrag zutiefst einseitig.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Die LINKE macht es sich zu einfach, wenn sie argumentiert, dass Russland alles richtig und die NATO alles falsch machen würde.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Nüchtern beschrieben ist diese Übung eben dennoch nur ein Test der Belastbarkeit der Logistik; denn Ziel ist es, eine schnelle Verlegbarkeit großer Truppenteile über den Atlantik und durch Europa zu üben, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Verfahren auch im Krisenfall funktionieren. Wenn die LINKE in ihrem Antrag so tut, als würde es sich um die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Russland unter Beteiligung der Bundeswehr handeln, dann geht sie mit dieser Beschreibung deutlich zu weit.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, bitte kommen Sie zum Schluss.

Rüdiger Erben (SPD):

Dass der Landesregierung Mittel, um diese Aktion zu stoppen, nicht zur Verfügung stehen, das ist, glaube ich, in dem Zwiegespräch zwischen dem Antragsteller und Siegfried Borgwardt hier ausreichend herausgearbeitet worden. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, Herr Gallert hat sich zu Wort gemeldet.

Rüdiger Erben (SPD):

Gern.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Wissen Sie, Herr Erben, genau an Ihrer Reaktion wird wieder klar, wie die Mechanismen des Kalten Krieges auch in der Argumentation weiterwirken. Ich kritisiere für meine Fraktion ausdrücklich dieses Manöver, und Sie sagen, das sei einseitig,

weil ich behauptet hätte, Russland würde alles richtig machen. Wissen Sie, noch vor zehn Minuten stand ich dort an dem Pult und habe gesagt, dass die Besetzung der Krim ein Völkerrechtsbruch gewesen ist.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Und das war kein Kompliment!)

Ich habe erzählt, dass die Innenpolitik und das politische System in Russland zunehmend militaristisch ausgerichtet werden.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das war auch kein Kompliment!)

Und ein paar Minuten später stellen Sie sich hin und sagen, ich hätte behauptet, in Russland würde alles richtig gemacht. Nein, Herr Erben, das, was wir kapieren müssen, ist, dass jedes weitere Drehen an der Spirale auf der einen Seite eine Reaktion auf der anderen Seite provoziert. Das ist meine Aussage. Und nicht nach dem Motto: Wenn du uns kritisierst, dann bist du deren Freund. Oder: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Das ist die Logik des Kalten Krieges und dagegen verahre ich mich ausdrücklich, Herr Erben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, Sie haben die Möglichkeit, darauf zu reagieren.

Rüdiger Erben (SPD):

Lieber Wulf Gallert, ich habe mich ausdrücklich nicht auf die Rede von vorhin bezogen - ich habe durchaus zur Kenntnis genommen, dass es darin auch eine differenzierte Darstellung von russischem Handeln in der Vergangenheit gegeben hat -, sondern auf den Duktus des Antrages als solchen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Erben für den Redebeitrag. - Für die AfD hat der Abg. Herr Tobias Rausch das Wort. Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! „US Defender Europe 2020“ - was ist das eigentlich, fragen sich viele. Ist es eine notwendige Übung der NATO - so sagen die einen - oder ist es eine überflüssige Provokation gegen Russland - so sagen die anderen?

„US Defender Europe 2020“ mit 37 000 Teilnehmern, wovon bis zu 20 000 aus den USA nach

Europa verlegt werden, findet in dem Zeitraum von Januar bis Mai 2020 statt und knüpft an vorangegangene Übungen der letzten Jahre an. Verlegeübungen vergleichbarer Dimension liegen jedoch bereits 25 Jahre zurück. Mit „US Defender Europe 2020“ sollen mit mehr als 18 Teilnahmestaaten Verfahren und Abläufe mit Blick auf die Fähigkeit der Verlegung und Sicherstellung demonstriert werden.

Dies stellt einerseits eine Vergewisserung der Beistandspflicht der Bündnispartner dar, und soll andererseits insbesondere für Europa darstellen, dass die NATO wehrhaft ist. Der Bundesrepublik Deutschland als zentraleuropäischer NATO-Staat, durch welchen zahlreiche wichtige Verbindungslinien verlaufen, kommt bei der Bündnisverteidigung die Rolle als strategische Drehscheibe zu. Damit obliegt Deutschland die gewaltige Verantwortung, die Funktions- und Leistungsfähigkeit dieser Drehscheibe in Zentraleuropa darzustellen. Deutschland unterstützt dies natürlich bei der Verlegung der US-Truppen mit umfangreichen Kräften, nicht nur im Rahmen der Bundeswehr, auch mit der Polizei, mit Logistik usw. - das wurde schon erwähnt.

Im Rahmen des Readiness-Action-Plans der NATO, welcher eine Reaktion auf die neue Sicherheitsherausforderung nach 2014 - wir haben es schon gehört: die Annexion der Krim - war, sind schon in den vergangenen Jahren Truppenbewegungen aus Nordamerika nach Europa vorangegangen. Darüber hinaus waren temporäre Präsenzen der Allianzverbände in Polen und in den baltischen Staaten zur Übung der Verteidigungsfähigkeit der NATO vorhanden. Aber dieser Umfang, den wir jetzt zu verzeichnen haben, erreicht eine ganz neue Dimension. - So weit dazu, was „US Defender Europe 2020“ ist. Genaue kann man natürlich in der Broschüre der Bundeswehr nachlesen, was darunter zu verstehen ist.

Doch wie steht man nun dazu? - Ich persönlich bekenne mich ganz klar zur NATO und verstehe die NATO als strategisches Verteidigungsbündnis für Deutschland.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Für Deutschland?)

Ich finde aber auch, dass Militärübungen in einem anderen Rahmen, etwa wie in den 90er-Jahren, hätten stattfinden können: in Nordamerika, im mittel-, nord- oder westeuropäischen Raum und eben nicht an der Grenze zu Russland.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Dass nun diese Übung mit bis zu 37 000 Soldaten und mehr als 1 000 Kettenfahrzeugen vor der Haustür Russlands stattfindet, finden wir nicht

gut, da dies schon klar als Provokation zu verstehen ist.

Wir werden auf der einen Seite von unseren guten Beziehungen zur NATO nicht abgehen, aber auf der anderen Seite wollen wir natürlich um jeden Preis Frieden mit Russland halten. Dass die AfD-Fraktion für Entspannung mit Russland einsteht, das sieht man zum Beispiel an unseren diversen Anträgen zur Beendigung der Russlandsanktionen. Daher würde ich mir persönlich eine Abrüstung auf beiden Seiten wünschen.

Die neuesten Entwicklungen, die wir jedoch der Presse entnehmen konnten, dass eine außerordentliche NATO-Sitzung zu dem Angriff in Idlib stattfindet, und zwar auf Ersuchen der Türkei hin, sollte uns alle hoffen lassen, dass die Verantwortlichen besonnene Entscheidungen treffen

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

und dass wir nicht vielleicht doch in einen Bündnisfall eintreten müssen in dem Konflikt zwischen der Türkei und Syrien. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Rausch für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Striegel. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer über die Sicherheit in Europa diskutieren will, der braucht einen nüchternen und realistischen Blick auf die internationalen Gegebenheiten. Den wünsche ich mir auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der LINKEN. Man muss die NATO nicht lieben. Sie ist als westliches Verteidigungsbündnis Mittel von Realpolitik. Über den Kalten Krieg und solche Dinge will ich gar nicht reden. Aber eines ist völlig klar: Sicherheit und Frieden in Europa waren damals und sind heute natürlich auch ein wichtiger Verdienst der NATO und der Bündnissolidarität.

Mir geht es nicht darum, eine Feindschaft in Richtung Russland zu entwickeln oder irgendwie eine Nibelungentreue nach Amerika zu einer Trump-Administration hinzubekommen. Aber ich glaube, dabei ist es auch wichtig zu sagen: Es ist mehr Verbindendes zwischen uns, als ein Präsident kaputt machen kann. Uns verbinden in der NATO eben auch demokratische Werte und Traditionen.

Ich sage eines: Der Duktus Ihres Antrages - das hat der Kollege Erben schon herausgearbeitet - ist nicht meine Sprache. Sie erwähnen zwar die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, ansonsten aber ist das eine Sprache, die mir fremd ist. Die NATO als Provokateur und Aggressor, das geht aus meiner Sicht an der Realität vorbei. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wladimir Putin hat schon Ende der 1990er-Jahre im Zuge seines brutalen Krieges in Tschetschenien gezeigt, zu welchen Taten er fähig ist.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Spätestens seit dem Krieg in Georgien im Jahr 2018 sieht man eine expansive Außenpolitik, die sich mit großer Macht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt: Abchasien und Südossetien wurden aus Georgien herausgelöst,

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

die Annexion der Krim, der Krieg in der Ostukraine, der grausame Luftkrieg in Syrien, um das dortige Einflussgebiet zu sichern.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Angesichts dessen kann ich schon verstehen, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken des Baltikums den Schutz der NATO gesucht haben. Es gab auch das Versprechen - das wurde ja immer wieder gesagt -, man würde eine NATO-Osterweiterung nicht bis in das Baltikum hinein betreiben, so nicht. Es ist jedenfalls hoch umstritten, ob dazu mit Verbindlichkeit eine Zusage gemacht wurde. Am Ende waren es jedenfalls souveräne Staaten, die sich nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit für den NATO-Beitritt entschieden haben. Und das war und ist ihr gutes Recht.

Wenn es ein solches Bündnis gibt, dann muss ein solches Bündnis auch üben können. Ich glaube, wir alle wünschen uns eine Welt, in der Armeen, stehende Heere nicht mehr notwendig sind. Aber so lange wir sie haben, müssen diese Armeen auch üben können.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Bei „Defender“ ist zum Beispiel auch sichergestellt, dass Russland dort mit Beobachtern tätig ist. Es ist also nicht so, dass das irgendwie nicht kontrollierbar ist für die russische Seite.

Wir als Bündnisgrüne haben eine klare Präferenz für zivile Konfliktlösungen, doch zugleich mussten wir uns mit Blick auf unsere Geschichte von ein paar pazifistischen Vorstellungen verabschieden.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Wir stehen noch immer für Frieden und Abrüstung, für kooperative Sicherheit, für eine Kultur der militärischen Zurückhaltung und eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ein. Aber eine Prise Realismus schadet dabei wirklich nicht.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Meine Damen und Herren von der LINKEN, Ihr unlängst zurückgetretener außenpolitischer Sprecher Stefan Liebich gab zum Abschied zu Protokoll, sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch in den eigenen Reihen gegen doppelte Standards gekämpft zu haben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, bitte kommen Sie zum Schluss.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss, das ist der letzte Satz. - Mit Blick auf Ihren Antrag muss man sagen: leider erfolglos. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Herr Loth hat sich - - Nein, das hat sich erledigt. Herr Striegel, dann danke ich Ihnen für Ihren Redebeitrag. Für die CDU spricht - -

(Volker Olenicak, AfD: Hier gibt es Fragen!)

- Herr Loth wollte dann doch nicht. Das hat sich erledigt. - Herr Krull, jetzt haben Sie das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele von Ihnen werden den lateinischen Ausspruch „Si vis pacem para bellum“ kennen, zu Deutsch: Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor. Natürlich geht es bei „Defender 2020“ nicht um Kriegsvorbereitungen; es geht einfach darum, den Transport von Material und Personal zu üben. Denn bei aller computergestützten Simulation gibt es einfach Verfahren, die man händisch üben muss.

Ja, „Defender 2020“ ist eine Großübung, wie wir sie in Europa schon seit vielen Jahren nicht mehr erlebt haben. Die Zahlen wurden schon mehrfach genannt. Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass dieses Manöver stattfindet. Gerade in jüngster Vergangenheit hat es große Diskussion darüber gegeben, ob die NATO als Verteidigungsbündnis noch eine Zukunft hat.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Ich denke, eine solche Übung ist ein klares Signal dafür, dass die NATO lebt und bereit ist, genau

diesen Auftrag zu erfüllen, nämlich den Bündnispartnern die Sicherheit zu geben, dass im Bündnisfall die anderen NATO-Partner ihren Verpflichtungen nachkommen.

(Volker Olenicak, AfD: Mit Fantasietruppen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist beileibe nicht so, dass dieses Großmanöver in einer geheimen Runde vorbereitet worden ist. Es gab Konferenzen dazu, unter anderem in Minsk und Moskau. Außerdem werden OSZE-Beobachter bei dieser Übung anwesend sein. Auch die Bundeswehr informiert auf den unterschiedlichsten Wegen über das Vorhaben. So werden nicht nur regelmäßig Presseinformationen gegeben, unter anderem von unserem Landeskommmando Sachsen-Anhalt, sondern auch auf der Homepage der Bundeswehr findet sich ein entsprechendes Informationsangebot. Über einen Informationsmangel kann man sich an dieser Stelle also wahrlich nicht beklagen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Geschätzte Antragsteller, Ihre Behauptung, dass sich das Verhalten der NATO gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag richtet, ist juristisch mehrfach widerlegt worden. Diejenigen, die diese These unterstützen, würde man in jedem juristischen Seminar als Minderheitsmeinung bezeichnen. Ich verweise nur auf das Interview von Herrn Gorbatschow im Jahr 2014 in der „Zeit“, wo er selbst gesagt hat: Nein, die NATO-Osterweiterung verstößt nicht gegen diesen Vertrag.

Ich frage mich an dieser Stelle auch, warum die Antragsteller an die Bewertung von militärischen Manövern offensichtlich unterschiedliche Maßstäbe anlegen. Ich kann mich an keinen Antrag Ihrer Fraktion erinnern, als es um das gemeinsame Manöver russischer und weißrussischer Streitkräfte mit der Bezeichnung „Sapad 2017“ im Jahr 2017 ging.

Sie werden sich vielleicht daran erinnern, dass die angegebene Personalstärke mit 12 700 Personen deutlich unter der Stärke von „Defender 2020“ lag. Neutrale Beobachter stellten fest, es waren mehr als 100 000 Militärangehörige und Zivilisten beteiligt. Die Zahl von 12 700 wurde sicherlich auch deswegen gewählt, weil ab einer Zahl von 13 000 OSZE-Beobachter hätten zugelassen werden müssen. Das sollte offensichtlich verhindert werden.

Auch zu „Wostok 2018“ mit 100 000 Angehörigen russischer, chinesischer und mongolischer Streitkräfte habe ich hier, an dieser Stelle, leider nichts von Ihnen gehört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, die Übung wird für Sachsen-Anhalt Folgewirkungen

haben. Dabei erfolgt der Transport von Panzern als Kettenfahrzeugen mit einer Ausnahme ausschließlich auf dem Schienenweg oder auf dem Wasser. Die Kolonnen werden so verteilt, dass sich zusätzliche Belastungen für den Verkehr im Rahmen halten werden.

Ich denke, es ist klar, dass wir den Antrag ablehnen werden.

Zum Ende meiner Rede möchte ich allen Angehörigen der Bundeswehr für ihren Dienst für unser Vaterland danken und ausdrücklich die Angehörigen der NATO-Staaten mit einbeziehen, die durch ihren Dienst einen Beitrag zum Schutz des Bündnisses und damit seiner Mitgliedsländer leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Herr Gallert hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Krull, die Frage stelle ich deswegen, weil Sie sich offensichtlich, auch als aktives Mitglied des Reservistenverbandes, in dem Bereich etwas stärker auskennen. Ansonsten würde ich das nicht machen.

Sie sprachen russische Manöver im Territorium Russlands und Weißrusslands an und verglichen sie mit den NATO-Manövern.

Es gibt eine Drucksache der Bundesregierung als Antwort auf eine Anfrage von Mitgliedern der Fraktion der LINKEN. Darin werden die Zahlen für die Manöver auf der russischen Seite und auf der Seite der NATO aufgelistet, und zwar von 2007 bis Ende 2017. Wissen Sie, wie sich die Zahlen der Manöver der NATO und Russlands in dem Zeitraum zueinander verhalten?

Tobias Krull (CDU):

Bei der Anzahl der Teilnehmer an Manövern überwiegt die NATO deutlich. Das liegt aber auch daran, dass bestimmte Übungen in Russland nicht als Manöver geführt werden, sondern einen anderen Übungscharakter haben und deswegen, wie gesagt, auch bei „Sapad 2017“ die offizielle Zahl nur bei 12 700 lag. So ist die offizielle Statistik.

Wenn Sie sich aber mit den entsprechenden Fachthemen noch einmal auseinandersetzen, dann ist deutlich zu erkennen, dass unterschiedliche Übungen angesetzt worden sind, die zufällig zeitgleich stattgefunden haben, wodurch die Zahl bei 12 700 lag, aber tatsächlich mehr als 100 000 Teilnehmer der Fall waren.

Anders verhält es sich übrigens bei „Wostok 2018“. Dafür wurde die Anzahl mit 100 000 angegeben. Dazu sagen Militärexperten, dass die Anzahl bei ungefähr 30 000 lag.

Also offensichtlich kann man sich auf die Zahlen, die von den russischen Streitkräften geliefert werden, an der Stelle nicht unbedingt verlassen.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich will nur kurz korrigierend eingreifen, Herr Krull: Die Antwort kam von der Bundesregierung, und zwar nach ihren eigenen Kriterien, was ein Manöver ist und was kein Manöver ist. Daraus geht hervor, dass in diesem Zeitraum viermal mehr NATO-Manöver durchgeführt worden sind als auf russischer Seite. Dann müssen wir das auch einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Krull.

Tobias Krull (CDU):

Sie wissen aber auch, dass die entsprechenden Manöver bei uns bzw. bei den NATO-Streitkräften unter anderem dazu dienen, die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu testen, so zum Beispiel in den baltischen Staaten, die über keine eigene Luftwaffe verfügen, weswegen unter anderem die Luftwaffe dazu dient, die baltischen Staaten zu schützen und die entsprechenden Staffeln dorthin verlegt worden sind. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Krull für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Herr Gallert das Wort. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Interessanterweise war diese Debatte schon ein Beispiel dafür, wie die Prägung des Kalten Krieges ganz offensichtlich auch in die nächste Generation vorangekommen ist.

Wir haben es wieder mit dem alten Konflikt zu tun: Wenn du gegen eine entsprechende Militarisierung auf unserer Seite bist, wenn du gegen uns bist, dann bist du für die. Das ist die Logik, die hier vorgetragen worden ist. Dazu sage ich noch einmal: Das ist die Logik des Kalten Krieges, die diese Welt mehrfach fast an den Rand der Vernichtung getrieben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen lassen Sie uns einmal von dieser Logik wegkommen. Das stimmt einfach nicht.

Dann höre ich von Herrn Erben, ich hätte hier von einer Vorbereitung des Angriffskrieges geredet. Gucken Sie bitte in das Protokoll. Gucken Sie bitte in den Antrag. Das Wort „Angriffskrieg“ kommt hier nicht vor.

Herr Striegel meint, ich hätte die NATO als „Aggressor“ bezeichnet. Gucken Sie in den Antrag. Gucken Sie in meine Rede. Dieser Begriff ist nicht gefallen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Nein, Herr Striegel, Sie hören mit, was Sie mit-hören wollen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD)

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Das, was ich hier gemacht habe, ist genau das, Herr Striegel, was ich mit Stefan Liebich in meiner Partei seit vielen Jahren durchzusetzen versuche. Dabei sind wir beide nicht immer erfolgreich. Aber die Logik, die Sie anwenden, ist, wer jedwede Kritik an der militärischen Ausrichtung der NATO und der Bundesrepublik Deutschland übt, der ist ein Putin-Freund. Das ist das, was herüberkommt, und das nervt einfach, weil das die Logik des Kalten Krieges ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns doch einmal intellektuell anspruchsvoller sein. Lassen Sie uns doch einmal daraus aussteigen.

(Daniel Roi, AfD: Das ist Striegels Schwarz-Weiß-Denken! Er ist so einfach gestrickt!)

Wissen wir denn nicht, wie solche Dinge wirken? Glauben Sie denn, es bleibt wirkungslos, wenn am 75. Jahrestag der Befreiung NATO-Truppen in dieser Stärke, mit dieser Militärtechnik an der Westgrenze Russlands erscheinen?

Glauben Sie, das ist kein Argument auf der russischen Seite für Nationalisten und Militaristen, die nächste Schraube anzuziehen, um damit ihre inneren Probleme zu überdecken, wie das übrigens an anderen Stellen auch ist - dann beginnt man eben einen Krieg. Das ist die Situation, vor der wir stehen.

Ich lasse uns einfach nicht mehr unterstellen, dass wir, wenn wir an Militarisierung auf der einen Seite Kritik üben, die Militarisierung auf der anderen Seite akzeptierten.

Nein, Herr Krull, wir haben keinen Antrag gestellt, welcher die Landesregierung dazu aufgefordert hätte, russische Militärmanöver in Russland zu unterbinden. Das haben wir nicht gemacht, weil dann die Frage Ihres Fraktionsvorsitzenden richtig gewesen wäre: Sagen Sie mir bitte einmal, wie die Landesregierung Sachsen-Anhalts russische Militärmanöver auf russischem Territorium unterbinden soll? Das geht nun einmal nicht. Deswegen wenden wir uns natürlich zu der Seite, wo wir entsprechenden Einfluss nehmen können. Das ist die Logik.

Lassen Sie uns endlich aus der Logik des Kalten Krieges aussteigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich Herrn Galert für die Schlussbetrachtung.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5728 ab. Eine Überweisung an einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Also stimmen wir direkt über den Antrag ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und zwei Abgeordnete der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das ist die regierungstragende Koalition. Stimmenthaltungen? - Das ist der Rest der AfD-Fraktion. Damit hat dieser Antrag nicht die Mehrheit erhalten und ist abgelehnt worden.

Wir steigen jetzt in die Mittagspause ein und treffen uns um 14:20 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13:23 Uhr.

Wiederbeginn: 14:20 Uhr.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 19

Beratung

Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5731**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5781**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5781**

Einbringer für den Antrag der Fraktion DIE LINKE ist der Abg. Herr Lange. Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich thematisieren wir mit der heutigen Debatte ein Problem, das leicht verständlich und - das ist noch wichtiger - lösbar ist.

(Dr. Verena Späthe, SPD: Das ist gut!)

Nichts ist einfacher, als Altersstrukturen bestimmter Bevölkerungsteile zu analysieren und

daraus abzuleiten, welche Entwicklungen folgen werden.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Wie bei den Lehrern!)

Allerdings befinden wir uns in Sachsen-Anhalt. Bei uns im Bundesland müssen zwar viele früher aufstehen, aber die behäbigen CDU-geführten Landesregierungen verschleppen Probleme, bis die Katastrophen eintreten.

(Beifall bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Was?)

- Herr Borgwardt ist genau so darauf angesprungen ist, wie ich mir das erhofft hatte. In meinem Skript steht: Das glauben Sie nicht?

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich habe nur gefragt: „Was?“)

- Na, dann schauen wir mal genau hin, Herr Borgwardt. Wir schauen jetzt mal genau hin.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ja, ja!)

Zitat: Die Zeiten, dass wir von einem Überhang an Lehrkräften in allen Schulformen nacheinander zu einem dramatischen Lehrkräftemangel kommen, sind absehbar. Absehbar ist auch die Ausbildungsdauer von Lehrerinnen und Lehrern. Sie beträgt im günstigsten Fall sieben Jahre. - Das Zitat stammt nicht von meinem Kollegen Lippmann aus dem Jahr 2016, sondern von Rosi Hein - damals PDS-Fraktion - aus einem Plenarprotokoll aus dem Jahr 2004.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Es geht aber immer noch um Kieferorthopädie!)

Es folgten unzählige Anträge und Debatten. Heute können Sie zu Recht sagen, dass es mit dem Lehrermangel gar nicht so schlimm kam. Denn die CDU-geführten Regierungen der letzten Jahre verursachten eine Katastrophe, die bei Weitem schlimmer geworden ist, als es in unseren Prognosen je vorausgesagt wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine grauselige Bilanz.

(Angela Gorr, CDU: Na ja!)

Ein weiteres Zitat: Die Landesregierung ist aufgefordert, den geplanten Stellenabbau bei der Polizei zu überdenken. Die von der Landesregierung angedachten Streichung von Stellen bis zum Jahr 2010 und die damit zu erreichende Polizeidichte von 1 : 365 wird die Flächenpräsenz der Polizei und damit die öffentliche Sicherheit des Landes ernsthaft gefährden. Ein bedarfsgerechtes Personalentwicklungskonzept ist notwendig. - Dieses Zitat stammt von Gudrun Tiedge - damals Linkspartei.PDS - aus dem Jahr 2006.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie die Situation heute ist, wissen wir.

Meine Damen und Herren! Heute möchte ich für meine Fraktion auf ein Problem aufmerksam machen, das sich in Teilen schon vollzieht, sich aber noch verschärfen wird, wenn wir nicht handeln. Gemeint ist der Mangel an Zahnärztinnen und Kieferorthopädinnen, insbesondere auf dem Lande.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ach, jetzt kommt es! - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das Problem ist leicht beschrieben. Jetzt bitte ich Sie von der Koalition zuzuhören. Denn Sie haben einen wirklich fundierten Antrag auf die Beine gestellt,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Immer!)

in dem Sie fordern, dass die Landesregierung Ihnen die Zahlen darstellt. - Ich übernehme das jetzt einmal für die Landesregierung.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Da wussten wir aber noch nicht, dass die öffentliche Gesundheit gefährdet ist!)

Also, das Problem ist leicht beschrieben.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Na, na, Herr Borgwardt, Sie müssen zuhören. - Der derzeitige Altersdurchschnitt der Zahnärztinnen und Kieferorthopädinnen beträgt ca. 54 Jahre. Dabei sind 27 Personen dieser Berufsgruppen 70 Jahre und älter. 69 Personen sind im Alter von 65 bis 69 Jahren; das entspricht 4,7 %. 351 Personen sind 60 bis 64 Jahre alt; das entspricht 23,7 %. 417 Personen sind 55 bis 59 Jahre alt; das entspricht 28,2 %. 213 Ärztinnen und Ärzte sind 50 bis 54 Jahre alt; das sind 14,4 %. Ich habe die Werte jetzt einzeln für die Kohorte ab 50 Jahren dargelegt. Denn rechnet man zu den 50 Jahren 17 Jahre dazu, dann ist man bei einem Alter von 67 Jahren, also beim Rentenalter. Die prozentualen Anteile der jüngeren Alterskohorten sind einstellig. Da die Statistik aus dem Jahr 2018 ist, müssen wir davon ausgehen, dass das Durchschnittsalter weiter vorangeschritten ist.

Um es deutlich zu machen: Die nüchterne Analyse der Zahlen zeigt, dass in den nächsten 17 Jahren von 1 481 praktizierenden Zahnärztinnen und Kieferorthopädinnen 1 077 das Rentenalter erreichen werden. Das sind 72,8 %. Mehr als 50 % werden es allein in den nächsten zehn Jahren sein. Bis ein Zahnarzt selbstständig praktizieren darf, dauert es mindestens sieben Jahre. Wer also in diesem Jahr ein Studium beginnt, steht frühestens 2027 zur Verfügung. - Sie bemerken die Ähnlichkeit zu der Debatte um den Lehrermangel.

Meine Damen und Herren! Eigentlich müssten jetzt alle Alarmglocken läuten, aber leider bin ich anderes gewohnt. Denn schließlich hat die Koalition unseren Antrag zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Finanzausschuss abgelehnt. Also möchte ich die Analyse noch ein bisschen erweitern.

Wie bei den Lehrkräften ist der ländliche Raum von dieser Entwicklung besonders betroffen. Bereits jetzt droht in zwei Planungsregionen die Unterversorgung. Wenn man sich die Altersstruktur ansieht, dann stellt man fest, dass der Anteil der älteren Zahnärztinnen deutlich höher ist. Bei den Kieferorthopädinnen ist die Situation, dass von ihnen nur sehr wenige auf dem Land praktizieren. Auch dort wirkt es sich aus, wenn wie im Altmarkkreis Salzwedel eine Kieferorthopädin praktiziert, die der höheren Alterskohorte zuzuordnen ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute die Parlamentsreform beschlossen. Dabei war uns die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse besonders wichtig. Dazu gehört auch die zahnärztliche Versorgung. Es besteht also dringender Handlungsbedarf - und zwar jetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Was schlägt DIE LINKE vor? - Wir brauchen eine Erweiterung der Ausbildungskapazität an der Universität Halle. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Zahl der Zahnmediziner nicht ausreicht, wenn wir nicht selbst ausbilden. Denn es kommen nicht so viele Menschen wie nötig mit der entsprechenden Berufsqualifikation in unser Bundesland. Lassen Sie uns also bitte nicht die gleichen Fehler begehen wie bei den Lehrerinnen und Lehrern sowie bei den Polizistinnen und Polizisten. Bedenken wir auch die Ausbildungsdauer.

Ich weiß, dass eine Erweiterung der Ausbildungskapazität an der Zahnklinik in Halle an große Voraussetzungen gebunden ist. Natürlich brauchen wir mehr Lehrpersonal. Denn aufgrund der Änderung der Approbationsordnung erhöht sich der Betreuungsschlüssel. Das wäre bei einer Kapazitätsausweitung natürlich spürbar.

Des Weiteren muss baulich vorgesorgt werden. Die zahnmedizinische Ausbildung weist einen hohen praktischen Anteil auf. Es braucht also die entsprechenden Behandlungsstühle und -räume. Aber diese Zukunftsinvestition, meine Damen und Herren, lohnt sich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen jede Absolventin und jeden Absolventen im Land behalten. Dazu brauchen wir gemeinsam mit den Kammern Programme, bei denen die

Praxisnachfolge in den Blick genommen wird. Dabei muss ganz besonders die Attraktivität des ländlichen Raums gestärkt werden. Dazu gehören auch weiche Standortfaktoren wie der öffentliche Personennahverkehr, Bildungseinrichtungen und Kultur. Aber es braucht auch die Unterstützung und Vermittlung, wenn Zahnarztpraxen übernommen werden sollen.

Wir schlagen vor, dass geprüft wird, ob vor Ort andere Formen der zentralen und der dezentralen Versorgung infrage kommen. Das können medizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft sein. In Brandenburg gibt es einen Praxisbus. Ich bin mir diesbezüglich natürlich der Probleme bewusst. Wir möchten die Zahnärztinnen und Zahnärzte dort haben, wo sie hingehen, nämlich an dem Behandlungsstuhl, und ihnen nicht unnötig Fahrtzeit zumuten. Aber vielleicht lohnt es sich, darüber nachzudenken, wenn man beispielsweise Pflegeheime in den Blick nimmt und dort auf diese Weise die Grundversorgung vornehmen kann. Lassen Sie uns also bitte konstruktiv darüber nachdenken.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe nicht, dass mir als Einbringer des Antrages das gleiche Schicksal widerfährt wie meinen Kolleginnen Gudrun Tiedge und Rosi Hein. Ich möchte nicht der Rufer im Walde bleiben. Egal wie unsere Fraktionen hießen, wir hatten mit der Analyse und dem Ruf nach Gegensteuern immer recht: bei den Lehrerinnen und Lehrern sowie bei den Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall bei der LINKEN)

So wird es auch bei der zahnärztlichen Versorgung sein. Erneut öffnet DIE LINKE das Scheunentor und hofft, dass Sie dieses Mal nicht die Wand nehmen.

Zu Ihrem Alternativantrag habe ich schon gesagt, dass die Analyse, die Sie fordern, ganz einfach bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung zu finden ist. Dort gibt es die notwendige Statistik.

(Tobias Krull, CDU: Im Bedarfsplan 2019!)

- Im Bedarfsplan 2019, genau. - Den könnte ich Ihnen jetzt zeigen, aber Sie kennen ihn selbst. Insofern brauchen Sie das nicht in Ihren Alternativantrag zu schreiben.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Doch!)

Tun Sie mir einen Gefallen: Fangen Sie nicht wieder an, von einer IMAG zu sprechen und zu erörtern, was man noch alles bedenken muss, sondern handeln Sie endlich. Handeln Sie! Wir brauchen die Zahnärzte jetzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Lange für die Einbringung des Antrages. - Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Sozialministerium hat die zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung wie auch die übrige ärztliche Versorgung schon seit vielen Jahren im Blick. Wir wissen, dass auch in diesem Versorgungsbereich demografische Veränderungen und medizinischer Fortschritt Auswirkungen auf den Bedarf haben. Einerseits ist klar, dass weniger Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden benötigt werden, wenn im Land weniger Kinder geboren werden. Andererseits muss es eine andere und mindestens zeitintensivere Versorgung geben, wenn der Anteil an Patientinnen und Patienten wächst, die zum Beispiel aufgrund von Pflegebedürftigkeit immobil sind oder die als Träger von MRSA-Keimen besondere Behandlungsmethoden benötigen.

In dem Bedarfsplan für die zahnärztliche Versorgung 2019, den Sie, Herr Lange, angesprochen und den wir selbst erstellt haben, wird allerdings noch eine planerische Überversorgung in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Harz, Mansfeld-Südharz, Stendal, Wittenberg sowie in den kreisfreien Städten Dessau-Roßlau und Halle beschrieben. Eine Überversorgung wird immer dann angenommen, wenn der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad um 10 % überschritten wird. Die Landkreise Harz und Mansfeld-Südharz sowie die drei kreisfreien Städte sind zudem planerisch kieferorthopädisch überversorgt.

Eine Unterversorgung wird dann angenommen, wenn der bedarfsgerechte Versorgungsgrad unter 50 % liegt. Eine entsprechende Feststellung hat der hierfür zuständige Landesausschuss für das gesamte Bundesland Sachsen-Anhalt bisher nicht getroffen. Insofern ist - jedenfalls aktuell - noch von einer ausreichenden zahnmedizinischen und kieferorthopädischen Versorgung im Land auszugehen. Ob dies allerdings auch in Zukunft so sein wird, sollte genau analysiert werden.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Darum geht es nicht!)

Die Altersstruktur der Zahnärzteschaft - Sie haben es gesagt - zeigt in der Tat auch, dass es in den nächsten zehn Jahren einige Zahnärztinnen

und Zahnärzte geben wird, die ihr Rentenalter erreichen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Die Hälfte!)

Allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig - das sagen auch deren Interessenvertreter -, dass diese ihre zahnärztliche Tätigkeit aufgeben. Denn die vertragszahnärztliche Zulassung endet nicht mit dem Erreichen einer bestimmten Altersgrenze. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung versucht derzeit, die Versorgungssituation in den nächsten Jahren einzuschätzen.

Auch wenn Sie Arbeitskreise verabscheuen, haben wir Folgendes getan. Wir haben jedenfalls einen mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, dem Freien Verband der Zahnärzte und einem Teil der Zahnmedizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gebildet, der Maßnahmen erörtern, konzipieren und gegebenenfalls umsetzen soll. Insoweit erkennt die Kassenzahnärztliche Vereinigung die ihr gesetzlich zugewiesene Aufgabe; denn sie hat die Aufgabe der Sicherstellung der zahnärztlichen und kieferorthopädischen Versorgung, und sie handelt bereits. Vor diesem Hintergrund gehe ich nach wie vor mit der Auffassung mit, dass es zu früh ist, konkrete Maßnahmen außerhalb der Sicherstellung im Sinne des Sozialgesetzbuches V festzulegen.

Soweit es um die Forderung nach 20 zusätzlichen Studienplätzen im Fach Zahnmedizin geht, weist mein Kollege Prof. Dr. Armin Willingmann darauf hin, dass bei einer Einrichtung von 20 zusätzlichen Studienplätzen zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich über 4 Millionen € für Personal und Sachkosten anfallen würden. Die Mehrkosten aufgrund der Reform der Approbationsordnung der Zahnmedizin und auch der Masterplan 2020, der sich erst einmal nur die Humanmedizin vorgenommen hat, der aber auch Auswirkungen auf die Zahnmedizin haben wird, sind dabei noch nicht berücksichtigt worden. Darüber hinaus wäre die Erhöhung der Ausbildungskapazität auch intensiv zu begleiten.

Für die Kapazität in der Zahnmedizinausbildung in Halle gilt der limitierende Faktor der klinischen Behandlungseinheiten. Aufgrund der zur Verfügung stehenden klinischen Behandlungseinheiten - im Augenblick haben wir 26 - ist die Anzahl der aufzunehmenden Studienanfänger auf jährlich 40 beschränkt. Will man diese Studienanfängerzahl auf 60 erhöhen, wäre die Beschaffung weiterer 14 Behandlungseinheiten erforderlich. Dies zeigt, dass eine intensivere Prüfung der Frage nach weiteren Studienplätzen erforderlich ist.

Mein ganz persönlicher Punkt ist Folgender: Wenn wir uns jetzt nur einzelne Fachbereiche

herausgreifen, um hinsichtlich der Ärzte, die hier im Land zukünftig studieren sollen und notwendig sind - also wenn ich mir zum Beispiel nur die Landärzte und die Humanmediziner vornehme oder Sie sich in dem Fall die Zahnärzte und die Kieferorthopäden vornehmen -, dann müsste man sich einmal mit der Präsidentin der Ärztekammer unterhalten. Im Land sind nämlich noch ganz andere Fachrichtungen jetzt schon eklatant unterrepräsentiert. Dann müsste man ein Gesamtkonzept machen, das den Bedarf an Fachärzten hier im Land ausweist.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ja, das ist ja auch alles in Arbeit. - Deswegen will ich nur sagen, es ist einfach falsch, wenn man sich nur immer einen Teil herausgreift. Es müsste auch in den Gesamtkontext gesetzt werden.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Genau das sehe ich auch so!)

- Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Lange hat sich noch zu Wort gemeldet. - Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Frau Ministerin, neben dem Umstand, dass Sie gerade Ihren Job beschrieben haben, den Sie haben und den Sie bitte mit dem großen Ministerium, das Sie haben, auch erfüllen sollten, möchte ich darauf hinweisen, dass die Zahnarztausbildung ein eigener Studiengang ist, der einer besonderen Normwertbetrachtung unterliegt und der bestimmten Voraussetzungen unterliegt. Diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund halte ich es schon für sehr legitim, dass wir uns auch einmal genau auf dieses Problem konzentrieren, weil ich glaube, dass wir in diesem Parlament noch nicht darüber gesprochen haben, dass uns hier eine große Lücke droht, wenn nicht schnell gehandelt wird.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Aber nach meiner Rede müssen Sie auch eingestehen, dass diese große Lücke nur in Ihrem Vortrag da ist. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigung sieht diese Lücke zurzeit nicht.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Was?)

Natürlich, das habe ich ja soeben dargestellt.

(Zuruf von der LINKEN)

Das ist sozusagen der Bedarfsplan 2019, der die zahnärztliche Versorgung im Land festlegt.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Wären Sie in die Enquete-Kommission gekommen!)

- Ja.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Da hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung vorgetragen!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lange, ich gebe Ihnen die Möglichkeit, noch eine kurze Nachfrage zu stellen.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Frau Grimm-Benne, kennen Sie den Unterschied zwischen einer derzeit nicht vorhandenen Unterversorgung und einer künftig drohenden? - Genau darüber reden wir.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja. Ich rede auch nur darüber, dass das noch nicht vorliegt

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Ja!)

und dass Sie schon jetzt die Forderung erheben, wie viele Plätze geschaffen werden sollen.

(Zurufe von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Ich negiere den Bedarf doch gar nicht.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das gibt es doch gar nicht!)

- Ich negiere den Bedarf gar nicht. Aber die Angabe, wie viele in welchen Regionen vorgesehen werden müssen, gibt es de facto noch nicht, weil es in Erarbeitung ist. Es ist auch in der Enquete-Kommission vorgetragen worden, dass das in Erarbeitung ist.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Ich habe hier vorgestellt, dass dazu ein Arbeitskreis gebildet worden ist, obwohl Sie sagen, den braucht man gar nicht. Auf das Ergebnis dieses Arbeitskreises warten wir noch.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Bommersbach hat sich jetzt noch zu Wort gemeldet. - Herr Bommersbach, Sie haben das Wort.

Frank Bommersbach (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, zunächst einmal vielen Dank für Ihren Vortrag. Sie haben hier, denke ich mal, sehr umfangreich vorgetragen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist dieses Defizit, das jetzt hier in Rede steht, zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht ersichtlich. Habe ich Sie auch richtig verstanden, dass Sie uns das nachbearbeiten können, wenn wir einen Informationsbedarf haben, dass Sie uns zur Beseitigung dieser Lücke im Informationsfluss nachberichten können?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Es ist so, wie ich es gesagt habe. Ich habe einen Bedarfsplan für die zahnärztliche Versorgung aus dem Jahr 2019 vorliegen, in dem sich der Bedarf, der hier dargestellt worden ist, nicht abbildet.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ja, heute, heute!)

- Ja, das habe ich auch eingeräumt. Der zukünftige, möglicherweise aufgrund der demografischen Entwicklung und der Überalterung der Ärzte noch festzustellende Mehrbedarf ist noch nicht quantifiziert und noch nicht qualifiziert und liegt im Ergebnis noch nicht vor.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Die zweite Frage.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Der Sicherstellungsauftrag muss von der Zahnärztlichen Vereinigung erfüllt werden. Ich kann dem Sicherstellungsauftrag nicht vorgreifen. Sie müssen erst einmal eine Chance haben, um das vorzustellen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Bommersbach, noch eine kurze Nachfrage.

Frank Bommersbach (CDU):

Wir wissen im Prinzip, dass das aufgrund des NC und der Anzahl der Plätze, die wir da haben, relativ schwierig ist. Würden Sie denn grundsätzlich einer Erweiterung, so ähnlich wie das in Ungarn die Semmelweis-Universität macht, positiv gegenüberstehen, dass man im privaten Bereich Ausbildungsmöglichkeiten gerade in den Bereichen schaffen kann, die mit NC belastet sind? Würden Sie der Einrichtung eines solchen Ausbildungsganges positiv gegenüberstehen, oder wür-

den Sie dem momentan eher wenig Chancen einräumen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Weil ich die Rednerin für den versorgungsplanerischen Bereich bin, habe ich mir Hilfestellung aus dem Wissenschaftsministerium geholt. Ich finde, die Frage, wie viele Plätze man tatsächlich braucht und ob man sie braucht, ist eine Frage, die im Wissenschaftsausschuss geklärt werden muss.

Ich schaue nur versorgungspolitisch, was ist hier im Land aufgrund der demografischen Entwicklung geboten. Wir dürfen es nicht zulassen - gerade im ländlichen Raum, darin gebe ich Ihnen recht -, dass da versorgungspolitisch eine Lücke bleibt. Aber ich habe noch nichts belegt vorliegen, was aussagt, wie viel tatsächlich gebraucht und in welcher Schnelligkeit das gebraucht wird.

Frank Bommersbach (CDU):

Da muss ich Ihnen allerdings recht geben. Da waren Sie jetzt der verkehrte Adressat.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Frank Bommersbach (CDU):

Insofern bitte ich um Entschuldigung.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich der Frau Ministerin für die Stellungnahme der Landesregierung.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU)

Für die Debatte sind drei Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen worden. Für die CDU spricht der Abg. Herr Krull.

Bevor ich Herrn Krull das Wort erteile, begrüße ich internationale Studierende von der Hochschule Anhalt in Köthen. Seien Sie herzlich in unserem Hohen Hause willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Danke. - Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragsteller greifen in ihrem Antrag ein wichtiges Anliegen auf. Das will ich gar nicht bestreiten. Der genannte Problemkreis ist im Kreis der zuständigen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker bereits bekannt. Es sei daran erinnert, dass aus der CDU-Landtagsfraktion der Anstoß kam, 10 Millionen € bereitzustellen, um mit einer Komplettsanierung eine angemessene und moderne Unterbringung der Zahnklinik in Halle zu ermöglichen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE, lacht)

Diese modernen Arbeitsbedingungen führen dazu, dass den Studierenden in der Zahnmedizin gute Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden können.

Bereits in der Sitzung der Enquete-Kommission Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt am 30. Oktober des letzten Jahres kam Dr. Jochen Schmidt als Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt zu Wort, um deutlich zu machen, welche Probleme es bei der Versorgung der Menschen in unserem Land mit zahnmedizinischen Leistungen geben könnte. Der Schwerpunkt war dabei auch die Altersstruktur der praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden. Die Zahlen wurden bereits genannt.

Bezüglich der Unterversorgung befindet in § 6 Abs. 1 der Bedarfsplanungsrichtlinie Zahnärzte - Kriterien und Verfahren zur Feststellung einer eintretenden oder drohenden zahnärztlichen Unterversorgung - eine entsprechende Definition. Diese Definition trifft inzwischen auf zwei Bereiche in Sachsen-Anhalt zu, aber auf viele eben auch nicht.

Jetzt fordert DIE LINKE, die Anzahl der Studienplätze zu erhöhen, und zwar gleich um 20. Das würde einen Aufwuchs um rund 50 % gegenüber der aktuellen Anzahl an Studienplätzen bedeuten.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Völlig unmöglich!)

Ich habe Zweifel daran, dass die fachlichen Ausbildungskapazitäten vorhanden sind. Über die Finanzierung in Höhe von 4 Millionen € müsste man auch noch einmal sprechen.

Leider ist auch festzustellen, dass nur eine recht geringe Quote derjenigen, die an der Martin-Luther-Universität Zahnmedizin studieren, in Sachsen-Anhalt verbleibt. Ich denke, es gibt eine ganze Anzahl an Möglichkeiten, um hierbei Verbesserungen zu erzielen. Dazu gehören Praktika von Studentinnen und Studenten in den

Praxen im Land, um entsprechende Bindungen zu schaffen und um darüber hinaus über das Thema Praxisnachfolge informieren zu können. Landeskinder, die außerhalb Sachsen-Anhalts studieren, sollten möglichst wieder in das Land zurückkehren.

Durch den Bundesgesetzgeber wurden Grenzen für die medizinischen Versorgungszentren bei den Zahnärzten gesetzt, um reine Investorenmodelle zu verhindern; denn wir brauchen solche Zentren nicht in den Gebieten, die bereits relativ gut versorgt sind, sondern da, wo tatsächlich Mangel herrscht.

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Wir als Koalitionsfraktionen können uns also für Ihr Anliegen grundsätzlich erwärmen und haben deswegen einen Alternativantrag formuliert, der aus unserer Sicht zielführender ist.

(Sven Knöchel, DIE LINKE, lacht)

Passend zu dem Thema hoffe ich, dass wir uns alle hier im Hohen Hause an diesem Problem keinen Zahn ausbeißen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Krull für den Redebeitrag. - Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abg. Herr Daniel Wald. Herr Wald, Sie haben das Wort.

Daniel Wald (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kollegen! Weite Anfahrtstrecken, lange Wartezeiten auf Behandlungstermine: Für viele Zahnarztpatienten in Sachsen-Anhalt gehören diese Probleme inzwischen zum Leidensalltag. Die grassierende Unterversorgung im Gesundheitssystem kommt allmählich im Bereich der Zahnmedizin und der Kieferorthopädie an. Das ist ein Umstand, der rasch korrigiert werden muss.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Von den 2 435 Zahnärzten im Land tritt innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre die Hälfte den Ruhestand an. Für viele Zahnarztpraxen vor allem auf dem Land wird dies das Aus bedeuten. Allein in den vergangenen fünf Jahren haben 10 % der Zahnarztpraxen geschlossen. Die Anzahl der Neugründungen ist dagegen zu gering und kann diese Ausfälle keinesfalls ersetzen.

Eine Anhebung der Zahl der Studienplätze ist nur ein kleiner erster Schritt. Dieser dient aber nicht als alleiniges Lösungsmittel. Allerdings muss in diesem Rahmen kritisch evaluiert werden, inwiefern die Studenten nach ihrem Abschluss auch langfristig in unserem Bundesland bleiben und

praktizieren. Immerhin stammen 80 % der Absolventen aus anderen Bundesländern.

Vom Mangel an Hochschullehrern im gesamten medizinischen Bereich einmal abgesehen, sollte auch in Betracht gezogen werden, dass der Anteil weiblicher Absolventen inzwischen bei 75 % liegt, Tendenz steigend. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache ist es wenig erstaunlich, dass der Trend auch im Bereich der Zahnmedizin und Kieferorthopädie weg vom Risiko der eigenen Praxis hin zum sicheren Anstellungsverhältnis geht. Wir müssen den Absolventen die Angst vor der Bürokratie nehmen, die bürokratischen Hürden abbauen und die Selbstständigkeit wieder zu einem attraktiven Zukunftsmodell umgestalten.

(Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Und wir müssen eine Möglichkeit für die von mir erwähnten 75 % weiblichen Absolventen finden, um ihre berufliche Passion mit dem Wunsch nach einem erfüllten Familienleben zu vereinen.

Kritisch sehen wir den Ansatz der LINKEN-Fraktion, die Kommunen bei der Finanzierung von medizinischen Versorgungszentren in die Pflicht zu nehmen. Erst vor wenigen Monaten geisterte der Begriff vom Kliniksterben in Sachsen-Anhalt durch die Nachrichten.

Diejenigen von Ihnen, die wie ich im Stadtrat oder im Kreistag sitzen, kennen die finanzielle Lage. Sie wissen, es ist kein Geld da.

(Zustimmung bei der AfD)

Viele Kommunen müssen mit konsolidierten Haushalten zurechtkommen, die an enge Vorgaben gebunden sind. Sie jetzt mit weiteren Pflichten und Ausgaben bei der Trägerschaft von Großprojekten zu belasten, wäre ein falsches Signal der Landesregierung. Wir müssen das breite Spektrum für dieses Problem betrachten.

Einige Aspekte sollten daher tiefgründig bearbeitet werden. Aus diesem Grunde sehen wir hierfür den Sozialausschuss als einen guten und geeigneten Ort an, auch weil so die Kammer und die Kassenzahnärztliche Vereinigung umfassend einbezogen werden können. Wir plädieren dafür, diesen Antrag in den zuletzt genannten Ausschuss zu überweisen, damit wir uns damit noch einmal fachpolitisch auseinandersetzen können. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Wald für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abg. Frau Lüddemann. Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte LINKE! Ohne große Vorrede: Es ist natürlich etwas müßig, hier einen Monat vor dem geplanten Beschluss über den Haushalt haushaltsrelevante Anträge zu stellen. Wie bitte soll denn jetzt auf die Schnelle ein Aufwuchs der Studienplatzzahl für Zahnmedizin organisiert und finanziert werden? - Es ist doch Quatsch, hier den Eindruck zu erwecken, das sei möglich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Das gilt vor allem deshalb - jetzt komme ich wieder auf meinen strukturellen Anspruch zu sprechen, der alles betrifft, was mit Gesundheit zu tun hat -, weil wir auch in diesem Bereich zuvorderst einen Überblick über den Versorgungsgrad, die Altersstruktur der Zahnärzte und die Erfordernisse in der Zukunft brauchen. Wir müssen das alles erst gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung erarbeiten. All dem trägt unser Alternativantrag Rechnung. Ich will es mir ersparen, was Frau Ministerin und die Vorredner bereits über die Inhalte der Enquete-Kommission gesagt haben, in der das nachgefragt worden ist.

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Dass auch die zahnärztliche Versorgung im Land prinzipiell vor Herausforderungen steht, ist natürlich klar. Für diese Erkenntnis brauchen wir aber keinen Antrag. Wir wissen alle selbst, dass das problematisch wird. Der Fachkräftemangel, das hohe Durchschnittsalter der dort Tätigen und insbesondere die Abdeckung im ländlichen Raum sind branchenübergreifend problematisch, besonders im Gesundheitsbereich. Das kommt auch bei den Zahnärzten auf uns zu. Das wissen wir alles selbst.

Es kommt noch hinzu, dass eine Niederlassung im ländlichen Raum auch für Zahnärztinnen nicht immer und nicht unbedingt für alle attraktiv ist. Ich denke, in den letzten 30 Jahren haben sich hier Formen abseits von der klassischen Einzelarztpraxis etabliert. Wir werden auch im Bereich der Zahnärztinnen und Zahnärzte noch zu neuen Formen kommen müssen, um die Versorgung überall gleichermaßen abdecken zu können.

Analog zum gesamten ambulanten Bereich brauchen wir Möglichkeiten, jenseits einer Niederlassung aktiv zu werden, also Angestelltenverhältnisse, Filialpraxen oder mobile Praxen. All diese Varianten werden wir - das wissen aber alle, weil ich und auch andere Kolleginnen und Kollegen das in jeder Debatte sagen - diskutieren müssen. Das werden wir in eine vernünftige Pla-

nung bringen müssen. Anschließend werden wir das auch umsetzen. Wir brauchen hier Innovationsgeist.

Das Gespräch, das ich im Januar mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung geführt habe, lässt mich diesbezüglich auch frohen Mutes in die Zukunft blicken. Denn sie haben all das erkannt und arbeiten genau an diesen Konzepten.

Wie Sie lesen können, greifen wir das Thema in unserem Alternativantrag auf, um Ansatzpunkte für die Sicherung der zahnärztlichen Versorgung ausfindig zu machen. Dies tun wir in Rückkopplung mit den primär Verantwortlichen, also der Selbstverwaltung. Es ist nun einmal so; ob es einem gefällt oder nicht. Das kann man nicht alles verordnen, sondern der Sicherstellungsauftrag liegt bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung.

Es versteht sich aber von selbst, dass wir GRÜNE uns als Partner der Zahnärzteschaft verstehen und gern gemeinsame Lösungen entwickeln. Dieser Alternativantrag ist ein kleiner, winziger Baustein in diese Richtung. - Ich bedanke mich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Lüddemann für den Redebeitrag. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Abg. Frau Dr. Späthe. Frau Dr. Späthe, Sie haben das Wort.

Dr. Verena Späthe (SPD):

Danke, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Neben der ärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt, über die wir in diesem Hohen Haus ja nun schon mehrfach diskutiert haben, dürfen wir selbstverständlich auch die zahnärztliche Versorgung nicht aus den Augen verlieren. Insofern vielen Dank für den Antrag. So können wir einmal darstellen, was wir getan haben. Denn, ja, auch unsere Zahnärzte werden älter. Insofern ist Ihre Intention verständlich und nachvollziehbar.

Trotzdem oder gerade deshalb mussten wir einen Alternativantrag erarbeiten. Sie haben die Altersverteilung der Zahnärzte in Ihrem Vortrag dargestellt und den großen Prozentsatz derer, die bereits über 65 Jahre alt sind. Dennoch, entgegen meinen Erwartungen, werden auf den Seiten der Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt aktuell genau zwölf Praxen zur Übernahme angeboten. Es sind vier in unserer Landeshauptstadt Magdeburg und die übrigen acht verteilen sich auf die Landkreise Börde, Harz, Mansfeld-Südharz, Salzlandkreis und Stendal.

Genau deshalb müssen wir genauer fragen, wie die Altersstruktur und der Versorgungsgrad in den einzelnen Regionen tatsächlich aussehen.

Weiterhin sehe ich vorrangig die Zahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Vereinigung in der Pflicht, die bekanntermaßen auf ihre Eigenständigkeit und ihre Rechte größten Wert legen. Diese müssen sich aktiv an der Sicherstellung der Versorgung des Landes beteiligen. Sie müssen vorrangig, wie die Ministerin es bereits beschrieben hat, in den Arbeitsgruppen die zu ergreifenden Maßnahmen festlegen.

Zusätzliche Studienplätze für die Zahnmedizin an der Martin-Luther-Universität sind kein Garant für eine künftig bessere Absicherung der Versorgung. Das ist uns aus der Humanmedizin schmerzlich bekannt.

Sie fordern bereits für das Studienjahr 2021/2022 20 zusätzliche Studienplätze.

(Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

Das ist also nächstes Jahr. 20 Studienplätze verursachen jährlich 4 Millionen € Sach- und Personalkosten und - das wurde bereits erwähnt - sie erfordern die Installation von mindestens 14 zusätzlichen zahnärztlichen Behandlungseinheiten. Genau dafür sind in der kürzlich für 13 Millionen € baulich sanierten Zahnmedizin in Halle im Moment gar keine räumlichen Kapazitäten vorhanden. Das heißt, auch hierzu ist in unseren Augen zwingend eine Prüfung der Machbarkeit notwendig.

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam mit der Landesregierung eine Basis für künftig fundierte Entscheidungen schaffen und stimmen Sie bitte unserem Alternativantrag zu. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Dr. Späthe für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Herr Lange das Wort. Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Man ist manchmal ganz erstaunt, wie sich die Dinge gleichen.

Liebe Frau Ministerin, Sie haben hier gerade sehr schön von Überversorgung gesprochen und haben dargestellt, dass es noch keine Unterversorgung gibt. Auch Frau Dr. Späthe ist darauf eingegangen.

Meine Damen und Herren! Die Ausbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten dauert sieben Jah-

re. Wir reden über die zukünftige Versorgung, nicht über das Ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen, dass in den nächsten zehn Jahren 50 % das Rentenalter erreichen. Gucken Sie sich bitte in diesen Berechnungen an, wie viele Leute nach dem 67. Lebensjahr noch weiterarbeiten. Das nimmt nämlich rapide ab. Wir steuern dann auf ein solches Problem zu. Sie machen die Augen zu und möchten wieder irgendwelche Berechnungen und sonst irgendetwas machen. Ja, die Kassenzahnärztliche Vereinigung muss das sicherstellen. Sie braucht aber die Leute, die ausgebildet sind, um das sicherzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Darum geht es uns in unserem Antrag.

Sie zögern wieder, wie Sie es bei den Lehrerinnen und Lehrer gemacht haben und wie Sie es bei den Polizistinnen und Polizisten gemacht haben. Sie sagen: Ja, darüber müssen wir erst einmal nachdenken, die demografische Entwicklung, dann müssen wir es erst einmal berechnen. - Ja, das kennen wir alles. So geht ein Jahr nach dem nächsten ins Land.

(Frank Bommersbach, CDU: Wir haben eine Mikrofonanlage! Mach mal ein bisschen leiser!)

Wir werden erleben, dass die Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht da sind, wenn sie gebraucht werden. Also kommen Sie an der Stelle aus den Puschchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lange, ein bisschen zurückhaltender in der Tonlage.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren! Jetzt zur AfD. Ihr Alternativantrag ist indiskutabel, weil nichts darin steht.

Das Zweite ist: Uns geht es nicht darum, die Kommunen in die Pflicht zu nehmen. Uns geht es darum, Möglichkeiten aufzuzeigen. Wenn wir sagen, dass es Möglichkeiten gibt, dann gehen wir immer davon aus, dass die Kommunen die entsprechende finanzielle Basis vom Land bekommen. Das ist doch eine notwendige Voraussetzung. Also sagen Sie nicht von vornherein, wir könnten den Kommunen das nicht zumuten. Vielmehr müssen wir darüber nachdenken, wie wir das gemeinsam als Land mit den Kommunen auf den Weg bringen können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zum Alternativantrag der Koalition. Ihr erster Punkt hat sich erledigt, wenn Sie in die Bedarfsplanung hineinschauen. Der zweite Punkt, den Sie formuliert haben, ist butterweich. Das kann man machen, aber dort steht auch nichts drin. Der dritte Punkt ist nett, aber völlig unkonkret. Sie schieben das also einfach ab. Die GRÜNEN sind ohnehin dafür, alles zu schieben. Gestern war das schon der Fall und heute auch wieder.

(Zuruf von Gabriele Brakebusch, CDU)

Die Finanzierung wäre genauso möglich, wenn man sich mit den Notwendigkeiten auseinandersetzen und dann auch endlich handeln würde.

Jetzt sage ich Ihnen noch eines. Das Denken bis zum Ende der Legislaturperiode ist nicht unsere Aufgabe, sondern wir müssen die Zukunft planen. Die Zukunft heißt: Ausbildung gestalten, und zwar ab dem nächsten Jahr!

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Gabriele Brakebusch, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Damit sind wir am Ende der Debatte angekommen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte den Vorschlag vernehmen, den Antrag in den Sozialausschuss zu überweisen. Ist das so richtig? - Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer für eine Überweisung des Antrages der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5731 in den Sozialausschuss ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Es gibt zwei Stimmenthaltungen von fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist eine Überweisung des Antrags abgelehnt worden.

Wir stimmen nun über den Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5731 ab. Wer für diesen Antrag stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und in Teilen die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit hat auch dieser Antrag nicht die Mehrheit des Hauses erhalten.

Wir stimmen nun über den Alternativantrag der Fraktion der AfD in der Drs. 7/5781 ab. Wer für diesen Alternativantrag stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Das sind zwei fraktionslose Abgeordnete. Damit hat auch dieser Antrag nicht die Mehrheit des Hauses erhalten.

Jetzt stimmen wir über den Alternativantrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN in der Drs. 7/5782 ab. Wer für diesen Alternativantrag stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Gegenstimmen sehe ich keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die AfD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und zwei fraktionslose Abgeordnete. Damit hat dieser Alternativantrag die Mehrheit des Hauses erhalten.

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 20

Beratung

Schulnoten sind Nachweis für Leistungen im Schulsystem - Defizite transparent machen und planmäßig abbauen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5742**

Einbringer ist der Abg. Herr Lippmann. Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt schließt fast nahtlos an die Debatte von vorhin an.

Vor drei Wochen gab es in unseren Schulen die Halbjahreszeugnisse. Leider haben diese inzwischen etliche Lücken und diese Lücken werden immer größer. Wir müssen im Moment davon ausgehen, dass es für mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler nicht in allen Fächern die erhofften Halbjahresnoten auf den Zeugnissen gab, sondern mindestens einmal die Bemerkung „nicht erteilt“.

Nun kann es immer einmal vorkommen, dass ein bestimmter Fachlehrer für ein halbes oder auch ein ganzes Schuljahr nicht zu bekommen ist. In Musik beispielsweise haben wir schon seit Jahrzehnten einen Mangel. Man findet dann im Kollegium auch meist niemanden, der diesen Unterricht fachfremd übernehmen könnte. Das sind aber unter normalen Umständen die absoluten Ausnahmen. Wenn die Unterrichtsversorgung insgesamt ausreichend ist, betrifft das nur einzelne Mangelfächer und auch nur ganz wenige Schulen.

Heute allerdings hat sich das komplett geändert. Der Lehrermangel hat solche Ausmaße angenommen, dass er inzwischen gravierende Auswirkungen auf die Erteilung von Zeugnisnoten hat.

Nach unserem Eindruck sind aktuell Hunderte Schulen und Tausende Schülerinnen und Schüler von dem Komplettausfall des Unterrichts betroffen. Dabei geht es auch längst nicht mehr nur um die typischen Mangelfächer, sondern der Totalausfall kann praktisch in jedem Fach auftreten.

Unser Bildungsminister weigert sich bisher hartnäckig, sich mit dieser Entwicklung auch nur zu beschäftigen und zumindest auf Nachfrage die Zahl der Fälle von nicht erteilten Zeugnisnoten zu erfassen und die Dimension offenzulegen. Dennoch ist eine Prognose dazu nicht schwer zu treffen. Ich war wirklich irritiert, wie oft in den letzten Wochen im privaten Umfeld von nicht erteilten Zeugnisnoten berichtet wurde. Und das war nicht nur in Musik, sondern auch in Sport, in Physik, in Englisch oder in anderen Fächern.

Es war natürlich zu erwarten, dass der wachsende Lehrermangel irgendwann solche Konsequenzen haben würde.

Mit dem Sinkflug in der Unterrichtsversorgung gelingt es den Schulbehörden immer weniger, den Mangel zumindest gerecht zu verteilen.

Es gibt inzwischen beängstigende Unterschiede zwischen den Schulformen und erst recht zwischen einzelnen Schulen. Mit der jährlichen Statistik zur Unterrichtsversorgung hatten sich bereits die Hinweise verdichtet, dass es vielen Schulen nicht mehr gelingen wird, in allen Klassen und Fächern den Unterricht so anzubieten, dass sie ihren Schülerinnen und Schülern eine Halbjahresnote erteilen können.

Landesweit lag die Unterrichtsversorgung zum Schuljahresbeginn offiziell bei 96,2 %. Das ist eine Zahl, die uns am Beginn der Legislaturperiode noch in helle Aufregung versetzt hätte, die wir aber heute nur noch resigniert zur Kenntnis nehmen. Und ohne die bedarfsmindernden Maßnahmen der letzten Jahre und die viele Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen liegt die Unterrichtsversorgung real sogar schon bei unter 90 % und im Laufe des Schuljahres sinkt sie erfahrungsgemäß noch weiter.

Betroffen sind alle weiterführenden Schulen mit Ausnahme der Gymnasien - bis jetzt. Bei den Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und auch bei den Förderschulen sind inzwischen die Schulen die Ausnahme, die ihr Unterrichtsangebot noch vollständig absichern können. Von den knapp 250 weiterführenden Schulen liegt die Unterrichtsversorgung bereits in 79 Schulen bei unter 90 % und bei zehn dieser Schulen sogar bei unter 80 %. Aber auch 46 Grundschulen haben eine Unterrichtsversorgung von unter 90 %. Es sind also offiziell 125 Schulen, die weniger als 90 % Unterrichtsversorgung haben. Und auch diese Bilanz ist noch geschönt.

Nun muss man nicht viel über die Bedeutung von Zeugnisnoten sagen; denn viele halten die ohnehin für das Wichtigste in der Schule. Aber selbst wenn man nicht zu denen gehört, die Noten für so wichtig halten, geben diese vielen Lücken auf den Zeugnissen eine dramatische Entwicklung wieder.

Mit den Zeugnisnoten soll ja dokumentiert werden, was die Schülerinnen und Schüler im zurückliegenden Halbjahr gelernt haben. Und wenn dort nichts hingeschrieben werden kann, dann haben sie eben auch nichts gelernt. Tausende Schülerinnen und Schüler haben im letzten Halbjahr mindestens in einem Fach nichts gelernt und in aller Regel können sie das später auch nicht wieder aufholen. Gegen diese Entwicklung müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber dafür muss man erst einmal die Fakten kennen. Vermutlich wird das Ergebnis der Datenerhebung schockierend sein. Und vermutlich ist das auch der Grund dafür, weshalb es der Bildungsminister gar nicht erst wissen will. Statt zu reagieren, steckt er den Kopf in den Sand und verschließt die Augen vor der Realität. Auf eine entsprechende Kleine Anfrage zu den fehlenden Noten auf den letzten Schuljahresendzeugnissen hat er im November die Antwort komplett verweigert. Er habe die Daten nicht und er lasse sie auch nicht erheben, weil das für die Schulen zu aufwendig sei.

Es geht dabei um eine Frage, die in fast allen Schulen in fünf Minuten beantwortet werden kann. Selbst dort, wo es vielleicht etwas länger dauern sollte, schafft es die Schulleitung in der Mittagspause. Die Verweigerung der Beantwortung ist also absolut willkürlich und fast schon beleidigend.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb streiten wir jetzt vor dem Landesverfassungsgericht, ob die Gründe des Ministers ausreichend sind, um uns bzw. mir die Antwort zu verweigern. Denn das, was der Bildungsminister als Begründung für seine Verweigerung angeboten hat, ist absurd und hanebüchen. Es dauert länger, sich so einen Unsinn auszudenken, als die Antwort zu verfassen.

(Guido Henke, DIE LINKE, lacht)

Denn angeblich müssten alle 194 000 Schülerakten angefasst und händisch ausgewertet werden. Der Minister brüstet sich ja gern damit, dass er Ahnung von Schule und Verwaltung hat, aber daran muss man angesichts dieser Begründung wirklich ernsthaft zweifeln.

(Beifall bei der LINKEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: Nicht nur da!)

Wir können als Abgeordnete nicht hinnehmen, dass uns von der Landesregierung selbst einfachste Datenerhebungen verweigert werden und wir uns vor dem Landesverfassungsgericht unser Auskunftsrecht erstreiten müssen. Deshalb ist es notwendig, dass wir unserem Bildungsminister

mit diesem Antrag einen Eintrag in sein Hausaufgabenheft erteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht aber auch darum, dass sich der zuständige Ausschuss für Bildung und Kultur systematisch mit der weiteren Entwicklung bei den Zeugnisnoten beschäftigen muss und mit dem Ministerium geeignete Gegenmaßnahmen diskutiert. Es reicht also nicht aus, die Daten über ständige Kleine Anfragen zu erfassen. Das Ministerium muss verpflichtet werden, die Daten von sich aus regelmäßig und zeitnah zu erheben und dem Ausschuss eine Auswertung dazu vorzulegen.

Wenn der Bildungsminister nicht so uneinsichtig wäre und von sich aus die Fakten auf den Tisch legen würde, bräuchte man weder diesen Antrag noch die Klage vor dem Landesverfassungsgericht. Dazu fordere ich Sie, Herr Minister, hier noch einmal auf. Ersparen Sie sich die Blamage, erst durch das Parlament oder das Verfassungsgericht auf Ihre Auskunftspflicht hingewiesen zu werden, und suchen Sie den Dialog im zuständigen Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Lippmann für die Einbringung des Antrages. - In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Tullner. Herr Tullner, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Herr Präsident, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion DIE LINKE hat mich mit ihrem Landtagsantrag zu nicht vergebenen Zeugnisnoten aufgrund von Unterrichtsausfall schon überrascht; das muss ich zugeben. Überrascht deshalb, weil es hierzu eine Vorgeschichte gibt, auf die ich nachfolgend eingehe.

Im Oktober des vergangenen Jahres stellte der Abg. Lippmann - er ist schon kurz darauf eingegangen - eine Kleine Anfrage zum Thema „Fehlende Zeugnisnoten aufgrund nicht erteilten Unterrichts im Schuljahr 2018/2019“ in der Drs. 7/3091. In der Antwort der Landesregierung wurde darauf hingewiesen, dass eine Antwort zu bestimmten erfragten Daten in der gewünschten Untersetzung, nämlich Schulform, Fächer, Anzahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler, nicht möglich sei, weil statistisch nicht erfasst.

Mit Schreiben an die verehrte Landtagspräsidentin vom 18. November 2019 kritisierte der Abg. Lippmann die Antwort der Landesregierung. Er vertrat die Auffassung, dass erstens die erbeten-

nen Sachverhalte im Zuge einer Schulabfrage ohne großen Aufwand im Rahmen der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit von einem Monat vom Bildungsministerium zu ermitteln wären, zweitens der Aufwand für die Schulen zumutbar sei und drittens die Antwort des Ministeriums für Bildung die Rechte nach Artikel 53 Abs. 2 der Landesverfassung sowie nach § 43 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages verletzen würde.

In meinem Antwortschreiben an die verehrte Frau Landtagspräsidentin habe ich darauf verwiesen, dass auch dann, wenn nur die Schuljahresendnoten betrachtet würden, an 871 öffentlichen und freien Schulen insgesamt 195 925 Schülerakten händisch ausgewertet werden müssten. Die nachträgliche Erhebung in allen Klassen und Lerngruppen aller Schulformen wäre im laufenden Schulbetrieb mit einem unverhältnismäßig hohen Personalaufwand verbunden. Mit Bezug auf die angespannte Situation in der Unterrichtsversorgung und die damit verbundene hohe Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und Schulleitungen sowie des Landesschulamtes habe ich deshalb von einer schulscharfen Abfrage abgesehen.

In meiner Entscheidung hatte ich auch den Beschluss des Landtages vom 28. Februar 2019 mit dem Titel „Eingriffe in Unterrichtsversorgung und Ausbildung zurücknehmen“ im Blick. Unter Nr. 1 dieses Beschlusses des Hohen Hauses wird die Landesregierung aufgefordert, den bürokratischen Aufwand für die Lehrkräfte und Schulleitungen zu reduzieren und Maßnahmen zur Entlastung einzuleiten.

Hierzu hatte ich eine Arbeitsgruppe unter Leitung meiner Staatssekretärin und unter Einbeziehung unter anderem der GEW, des Schulleiterverbandes und des Philologenverbandes eingesetzt, die im Ergebnis ihrer Arbeit dem Bildungsausschuss einen Tätigkeitsbericht vorlegen konnte.

Herr Lippmann sah diesen Verwaltungsaufwand nicht und legte Klage beim Landesverfassungsgericht ein.

Meine Damen und Herren! Das ist die Vorgeschichte zu diesem Landtagsantrag. Im nun vorliegenden Landtagsantrag geht es nicht um die Erfassung bereits erteilter bzw. nicht erteilter Noten, sondern um die künftige Erfassung einschließlich Berichterstattung gegenüber dem Bildungsausschuss. Er knüpft damit nahtlos an die Kleine Anfrage an.

Was im Kern wollen Sie, Kollege Lippmann? - Sie wollen eine zusätzliche Datenerfassung durch die Schulen auf parlamentarischem Wege erzwingen, weil Sie glauben, hier eine Lücke im Datensystem identifiziert zu haben. Das ist aber nicht so.

Wir haben im Landesschulamt und im Ministerium für Bildung Statistiken zur Unterrichtsversorgung, die unter anderem auch Auskunft über die Situation jeder einzelnen Schule geben. Damit können wir genau die - Zitat - Schwachstellen identifizieren und, soweit möglich, auch beseitigen.

Was Sie wollen, ist eine zusätzliche Belastung der Schulen, was angesichts der angespannten personellen Situation in den Schulen nicht vermittelbar wäre.

Der Aufwand in den Schulen, zweimal im Jahr diese händische Erfassung vornehmen zu müssen, und gleichzeitig eine Neuprogrammierung des bestehenden Unterrichtsversorgungssystems in Auftrag zu geben, die zusätzliche, bisher nicht eingeplante Kosten verursacht, ist mit den von mir eingeleiteten Maßnahmen zur Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften nicht vereinbar.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Aus den genannten Gründen stelle ich mich vor meine Schulen, die mehr Respekt vor ihrer täglichen Arbeitsbelastung verdient haben. Ich brauche diese Beschäftigten für den Unterricht, nicht aber für das Bewältigen von neuem Verwaltungsaufwand.

Aus den genannten Gründen bin ich den drei Fraktionen sehr dankbar, dass dieser Antrag abgelehnt wird. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Minister Tullner für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die SPD spricht die Abg. Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Ich verzichte.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die AfD spricht jetzt der Abg. Herr Dr. Tillschneider. Herr Dr. Tillschneider, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Als ich in der Kurzfassung der Tagesordnung für das heutige Plenum den Titel des vorliegenden Antrages gelesen habe, ohne zu sehen, von welcher Fraktion er stammt, dachte ich, die CDU wolle mal wieder einen auf konservativ machen. „Schulnoten sind Nachweis für Leistung im Schulsystem“ - welch ein Satz!

(Heiterkeit bei der AfD)

Von Leistung ist die Rede, sie wird bejaht, sie muss durch Noten nachgewiesen werden, eigentlich eine ganz billige Selbstverständlichkeit.

(Tobias Rausch, AfD: Für DIE LINKE nicht!)

Aber mit billigen Selbstverständlichkeiten aufzutrompfen, das ist die besondere Begabung der CDU.

Als ich dann gesehen habe, dass der Antrag von den LINKEN kommt, war ich einigermaßen irritiert. DIE LINKE beschwert sich, dass Noten aufgrund des Lehrermangels oft nicht mehr vergeben werden können, und will eine Statistik darüber. So weit, so gut.

Nun hätte ich von den LINKEN eher erwartet, dass sie Schulnoten ganz abschaffen wollen. Die Vorsitzende der GEW, eine gewisse Marlis Tepe, Herr Lippmann, also Ihre - wie sagt man unter Gewerkschaftern - Genossin, oder wie dem auch sei, gewissermaßen Ihre Vorgesetzte, hat 2017 die Abschaffung von Schulnoten gefordert.

In Hessen haben die GRÜNEN und die SPD ebenfalls die Abschaffung von Schulnoten verlangt und die CDU, die in Hessen mit den GRÜNEN regiert, lässt sich dort sogar darauf ein, was wieder einmal alles über die CDU aussagt.

Jedenfalls ist das konsequent linke Pädagogik: Wer die Leistungsgedanken erledigt, der braucht auch keine Leistungsmessung, also keine Schulnoten mehr. Wer absolute Gleichheit will, der darf nicht mehr nach Leistung differenzieren und Schüler bewerten.

Jetzt kommen Sie daher und beschweren sich darüber, dass nicht genug Noten vergeben werden. Das soll einer verstehen. Ich bin verwirrt. Ich finde es auch unaufrichtig. Wie dem auch sei. Ich will gar nicht weiter versuchen, zu verstehen, was Sie antreibt.

Das Anliegen an sich ist nach seinem reinen Sachgehalt berechtigt. Es geht nicht, dass so viel Unterricht ausfällt, dass die Mindestanzahl an Stunden, die für eine Notenvergabe notwendig ist, nicht erreicht wird. Und da wir, anders als Sie, Anträge nicht danach bewerten, wer sie stellt, sondern nach ihrem Sachgehalt, stimmen wir diesem Anliegen zu.

Wir müssen aber wirklich ein Zeichen setzen; denn von der Faulheit und der Schlampigkeit, mit der Kleine Anfragen beantwortet werden, kann auch unsere Fraktion ein Lied singen. Das geht auf keine Kuhhaut mehr. Wir müssen ganz klar sagen: Ein bisschen mehr Konzentration, ein bisschen mehr Mühe; so schwer kann das nicht sein.

Als ich nach den Schulnamen, also nach den Namen aller Schulen im Land gefragt habe, habe

ich etwas zurückbekommen, das hätte man, wenn man es in der Schule erhalten hätte, als ungenügend zurückgeben müssen. Es wurde nur die Hälfte angeführt und teilweise waren die Angaben falsch. Das Ministerium war also nicht in der Lage - ich habe nur nach den Namen aller Schulen im Land gefragt -, diese Frage zu beantworten. Und genauso ist es jetzt. Diese Daten sind einfach zu erheben. Also bitte, tun Sie Ihre Arbeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Dr. Tillschneider für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Aldag. Herr Aldag, Sie haben das Wort.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, für die Koalition zu sprechen, also nicht nur für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das will ich gern tun. Ich werde deswegen nicht länger reden, sondern werde es relativ kurz machen.

Lieber Kollege Lippmann, ich kann Ihren Unmut grundsätzlich gut verstehen. Auch wir in der Koalition hadern das eine oder andere Mal mit dem Bildungsministerium, wenn es um die Herausgabe von Zahlen geht. Diesbezüglich sind wir durchaus bei Ihnen.

Sie sind jetzt sauer, dass Sie auf Ihre Kleine Anfrage nicht die richtigen Antworten bekommen haben. Das muss man nicht akzeptieren. Sie haben den Weg gewählt, Klage beim Landesverfassungsgericht einzureichen. Das ist Ihr gutes Recht; das ist auch völlig okay. Das können Sie so machen.

Was unserer Meinung nach aber gar nicht geht - darüber bin ich sauer und meine beiden Kolleginnen ebenfalls -, ist, dass Sie, noch während diese Klage läuft und es keine Entscheidung dazu gibt, diesen Sachverhalt und Ihren persönlichen Streit

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und bei der CDU)

mit dem Bildungsministerium mit diesem Antrag in das Parlament hineinragen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Aldag, einen Moment, bitte. Frau Hohmann hat sich zu Wort gemeldet. - Frau Hohmann, Sie haben jetzt das Wort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Er beantwortet die Frage doch sicherlich sehr gern. - Ich wollte diese Frage eigentlich dem Bildungsminister stellen, aber er ist so schnell weg gewesen.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Jetzt bin ich dran als Stellvertretung des Bildungsministers.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Deshalb frage ich Sie als Mitglied der Koalition. Sie tragen im Prinzip das mit, was der Herr Bildungsminister gesagt hat. Der Herr Bildungsminister sagte, wir könnten den Schulen nicht zumuten, 125 000 Schülerakten händisch durchzuzählen.

(Minister Marco Tullner: 95!)

Ich frage Sie: Sind Sie derselben Auffassung wie der Bildungsminister? - Das ist die erste Frage.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Ja.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ja. - Zweitens frage ich Sie, wann Sie zum letzten Mal in der Schule gewesen sind und ob Sie eventuell auch Notenbücher kennen, die aussagekräftig sind, sodass man also diese 195 000 Schülerakten bei Weitem nicht auszählen muss. Das ist eine Mär, die hier erzählt wird; vom Verwaltungsaufwand her ist es ebenfalls eine Mär, über die hier gesprochen wird. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Aldag.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank für die Frage. - Es ist gar nicht so lange her, als ich zum letzten Mal in der Schule war. Ich habe dabei sicherlich nicht die Notenbücher durchgelesen. Aber in dieser Frage verlasse ich mich voll und ganz auf die Aussagen des Bildungsministers. - Danke schön.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das ist ein Fehler! Das ist eindeutig ein Fehler!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. - Frau Gorr, wenn ich es richtig gehört habe, hat Herr Aldag für die Koalition gesprochen. Alles klar.

Nun hat Herr Lippmann noch einmal für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Der Minister sagte, er sei überrascht. Ich kann sagen: Auch ich bin überrascht. Ich bin davon überrascht, dass Sie den Unsinn, den Sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage aufgeschrieben haben, hier wiederholen.

(Zustimmung von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Ich will das Hohe Haus damit auch nicht zu sehr langweilen. Man kann schnell mal Unsinn erzählen, aber in diesem Fall ist es wirklich hanebüchen. Ich will zunächst sagen, dass ich davon überrascht bin, dass die Koalition ihm bei diesem Unsinn zur Seite steht;

(Monika Hohmann, DIE LINKE: Sehr gut!)

denn die Klage richtet sich auf eine Fragestellung nach hinten und der Antrag richtet sich durchaus auf eine ähnliche Fragestellung, aber nach vorn. Das heißt also, wenn ich schon unsinnigerweise behaupte, ich könnte die alten Daten nicht mehr erfassen, dann kann ich aber sehr wohl, wenn ich es wissen will, natürlich nach vorn sagen, dass es parallel gemacht wird. Dann kann der Aufwand nicht in Anschlag gebracht werden.

Warum wollen wir das mit den Noten wissen? - Weil wir feststellen müssen, dass wir im Mangel eine Ungleichverteilung haben und eine Hopoder-top-Situation bekommen, weil es eben nicht so ist, dass einfach nur die Zahl, 96,2 % Unterrichtsversorgung, eine Million Stunden Ausfall, einfach mal so dasteht, sondern dass dies in einer erheblichen Anzahl von Fällen dazu führt, dass in einem Fach überhaupt kein Unterricht mehr erteilt wird.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Wir müssen zumindest wissen, wie sich das entwickelt und in welchen Fällen das so ist; denn wir müssen im Haus und im Bildungsausschuss qualifiziert über Mangelverteilung sprechen. Dazu brauchen wir das und wir werden es am Ende auch bekommen.

Es ist schade, dass wir es nicht nach vorn bekommen; denn dann hätte ich mir überlegen können, die Klage zurückzuziehen. Es geht nicht darum, die Klage zu gewinnen, sondern darum, diese Daten zu erheben, und es ist unglaublich einfach, sie zu erheben. Diesen Bären lasse ich mir nicht aufbinden, und ich hoffe, dass das Parlament und die Koalition sich diesen Bären ebenfalls nicht aufbinden lassen,

(Beifall bei der LINKEN)

dass man diese einfachen Daten nicht erheben könnte. Vielmehr will er es nicht wissen. Er will nicht, dass das auf den Tisch kommt.

Dass Schulnoten nicht erteilt werden können, ist und bleibt ein Sondertatbestand für die Schulen, einer, den die Schulen immer im Blick haben. Das weiß jeder Schulleiter, ohne überhaupt irgendwo nachzuschauen, in keiner einzigen Schülerakte, nicht einmal in den Notenbüchern. Ich gehe im Moment noch davon aus, dass die Mehrzahl der Schulen eine Fehlmeldung abgeben kann. Noch gehe ich davon aus, dass sie einfach sagen: Das ist bei uns überhaupt nicht vorgekommen. Sie müssen in überhaupt nichts nachschauen. Es dauert keine fünf Minuten, das auf ein Blatt Papier oder in eine E-Mail zu schreiben.

Die anderen, bei denen es vorgekommen ist, wissen das aus ihren Zensurenkonferenzen. Wenn es so häufig vorgekommen sein sollte, weil es ein 800- oder 1 000-Schüler-Gymnasium oder eine Gesamtschule ist, dann stellt das die Schulsekretärin in zehn Minuten zusammen. Es ist überhaupt nichts anzufassen, nicht eine einzige Schülerakte muss angefasst werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können uns hier nicht so hinters Licht führen lassen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Es ist eine Form von intellektueller Beleidigung - das muss ich schon sagen -, und wir werden diese Fakten bekommen, weil wir sie brauchen. Ich hoffe auf die Unterstützung auch von der Koalition, weil wir ohne diese Fakten die Diskussion, die wir führen müssen, nicht führen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Lippmann für die Schlussbemerkungen.

Wir kommen nun zum Abstimmungsverfahren. Den Wunsch nach einer Überweisung in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Somit stimmen wir nun direkt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5742 ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Koalition.

(Zurufe von der LINKEN und von der AfD: Auszählen!)

- Dann zählen wir aus. Ich frage noch einmal: Wer stimmt für diesen Antrag? - Wer stimmt dagegen?

(Unruhe)

- Ich bitte um Ruhe. Das Abstimmungsverhältnis lautet: 29 zu 29.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Abgelehnt! - Dorothea Frederking, GRÜNE, und Da-

niel Szarata, CDU, betreten den Saal und heben die Hand - Zurufe von der AfD: Ah! 30 sind wir! - Zustimmung bei der AfD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir führen die Abstimmung der Vollständigkeit halber noch einmal durch, sonst bekommen wir ein falsches Ergebnis. Wir wiederholen die Abstimmung, weil einiges schiefgegangen ist.

Noch einmal: Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Unruhe bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Gegenstimmen waren es schon 29!)

Gegenstimmen? - Wenn ich es jetzt addiere, sind es 31 zu 31.

(Unruhe bei der AfD)

- Es ist aber so. - Wir können nicht warten, bis noch zwei Leute kommen. Also hat die Mehrheit nicht gereicht und der Antrag ist abgelehnt worden.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 21

Beratung

Erweiterung des Untersuchungszeitraums des 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Beschluss Landtag - Drs. 7/4840)

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5743**

Änderungsantrag Fraktion der AfD - **Drs. 7/5801**

Einbringer ist der Abg. Herr Steppuhn. Sie haben das Wort.

Andreas Steppuhn (SPD):

Danke. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

- Wenn etwas Ruhe einkehrt, kann ich auch sagen, was ich jetzt einbringen möchte. Ich bringe für die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drs. 7/5743 den gemeinsamen Antrag ein.

Anliegen des Antrags ist es, den Untersuchungszeitraum des 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu verlängern. Bislang war dieser per Einsetzungsbeschluss bis zum 31. Dezember 2018 begrenzt. Mit einem ergänzenden Beschluss soll heute der Untersuchungszeitraum bis zum 15. Februar 2020 ausgedehnt werden.

Meine Damen und Herren! Dies hat in erster Linie den Grund, dass im Rahmen verschiedener Aktenvorlageverlangen und der damit verbundenen Einsichtnahme erkennbar geworden ist, dass es im Rahmen des Untersuchungsauftrages weitere Akten gibt, die es einzusehen gilt. Deren Sichtung kann aus der Sicht der Koalition dazu beitragen, Sachverhalte in Gänze zu bewerten und aufzuklären. Dies gilt insbesondere für den Komplex der Oddset-Sportwetten. Hierüber war schon vieles, vor allem auch in den Medien, zu lesen und zu hören.

Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des 18. Untersuchungsausschusses ist es mir wichtig, einen neutralen Blick auf die Dinge zu bewahren.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Im Übrigen gilt für den gesamten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den das Parlament eingesetzt hat, dass wir der Wahrheitsfindung verpflichtet sind - egal aus welchem Blickwinkel man die zu untersuchenden Sachverhalte betrachtet.

Dankbar bin ich dafür, dass sich die Aufsicht, der Landesrechnungshof und der Aufsichtsrat, große Mühe geben, ebenfalls bestmögliche Transparenz herzustellen. Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir trotz oder gerade wegen des Untersuchungsauftrages, der eine Landesgesellschaft betrifft, eine hohe Verantwortung gegenüber denen haben, die davon ausgehen, dass man sich an die Spielregeln hält und dass alles mit rechten Dingen zugeht. Dies gilt natürlich insbesondere auch für das Glücksspiel.

Verantwortung haben wir aber auch gegenüber denen, die durch Fördermittel im gemeinnützigen Bereich oft von einem Teil der Einsätze profitieren. Meine Damen und Herren! Wir tragen auch gegenüber den Beschäftigten der Lottogesellschaft selbst Verantwortung, die zu Recht die Erwartungshaltung haben, dass man mit ihnen fair und gerecht umgeht.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne darf ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen bitten und bitte bereits jetzt darum, dass wir über diesen Antrag zuerst abstimmen.

Es gibt einen Änderungsantrag, der von der AfD vorgelegt worden ist. Hierzu kündige ich schon einmal an, dass wir selbstverständlich das Minderheitenrecht akzeptieren und dass sich die Koalition bei diesem Änderungsantrag der Stimme enthalten wird. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Steppuhn für die Einbringung. - In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Die Landesregierung hat Verzicht angekündigt. Für die AfD spricht der Abg. Herr Schmidt. Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor rund sechs Monaten hat die AfD-Fraktion den 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Skandale um die Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt einberufen. Seit dieser Einberufung wissen wir, dass fraktionsübergreifend Kritik geäußert worden ist, dass dieser Ausschuss unnötig und überzogen sei.

Mittlerweile wissen wir aber auch, dass die SPD Ermittlungen fordert - durch das Innenministerium, durch die Staatsanwaltschaft -, und wir wissen auch, dass durch die Erweiterung des Untersuchungszeitraumes auch die Koalition insgesamt Interesse an der Aufklärung hat. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der AfD)

Besonders beeindruckend fand ich im Ausschuss aber die Arbeit der Linksfraktion. Sie lebt nach dem Sprichwort „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“. Nicht eine einzige Wortmeldung gab es im Untersuchungsausschuss, jedoch waren Sie gegenüber der Presse stets redselig.

(Heiterkeit bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Wie immer!)

Die entscheidenden Fragen, die es aufzuklären gilt, lauten wie folgt: Was wusste der Aufsichtsrat der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt? Was wusste das Innenministerium? Was wusste das Landesverwaltungsamt?

Wir haben feststellen müssen, dass zumindest das Landesverwaltungsamt und das Innenministerium relativ wenig wussten. Das lag an dem mangelnden Informationsaustausch zwischen der Geschäftsführung der Lotto-Toto GmbH und den entsprechenden Behörden.

Für uns ist es wichtig, mit dem Änderungsantrag weitere Punkte aufzugreifen, auch Skandale, die bisher noch nicht aufgekommen sind, aber im Dunklen brodeln. Ich möchte ein Beispiel dazu nennen. Wir konnten feststellen, dass Frau Sieb sehr freundlich gegenüber ihren Freundinnen ist, aber nicht nur gegenüber ihren Freundinnen, und denen Arbeitsplätze verschafft, sondern für sie ist es auch sehr wichtig, eine gute Nachbarschaftspflege zu führen.

Sie hat im Jahr 2014 die wöchentlich erscheinende Kundenzeitung des Lottohauses gecancelt und durch ein Magazin, das alle zwei Monate erscheint, ersetzt. Das ist nichts Schlimmes; jedoch ging der Auftrag dafür an die Werbeagentur ihres Nachbarn, der damit natürlich Mehrkosten für die Lotto-Toto GmbH verursacht und mittlerweile Aufträge mit einem Volumen von mehr als einer halben Million Euro kassiert hat. Das alles ist möglich bei Lotto mit den richtigen Kontakten.

Für uns ist es wichtig, dass wir die Skandale der Lotto-Toto GmbH dafür nutzen, einen Neuanfang in der Gesellschaft hinzubekommen, natürlich die Marke Lotto zu schützen, die Landesgesellschaft für unsere Bürger und für alle zu erhalten und diese wieder zu einem Unternehmen zu machen, das eben einen Mehrwert für unsere Bürger und vor allem für die sozial agierenden Vereine darstellt.

Das ist unser Ansinnen. Deshalb bitten wir darum, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Schmidt für den Redebeitrag. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Heuer. Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich rede heute nicht nur für die CDU-Fraktion, sondern für die Koalition in Gänze. Bei der Einsetzung des 18. PUA habe ich in meiner Rede gesagt, dass wir uns als Koalition, wie gewohnt und wie in anderen Untersuchungsausschüssen auch, sachlich und fachlich konstruktiv an der Aufarbeitung aller Sachverhalte beteiligen.

Die letzten Sitzungen, die Unterlagen sowie die Zeugenvernehmungen haben gezeigt, dass Oddset nur einen geringen Teil der Spielangebote der Lotto-Toto GmbH darstellt. Wenn also von einem - in Anführungsstrichen - Skandal gesprochen wird, dann betrifft das nach aktuellen Untersuchungsergebnissen nur diesen kleinen Teil und sollte nicht auf die gesamte Marke Lotto bezogen werden.

Bei aller Abwägung sollte nicht vergessen werden, dass Lotto soziale und kommunale Projekte in unserem Land unterstützt. Unser gemeinsames Ziel muss es deshalb sein, die Lotto GmbH bei der Aufarbeitung des Sachverhaltes in Bezug auf den Oddset-Spielbetrieb zu unterstützen und etwaige Mängel in den Kontrollmechanismen und Strukturen zu beheben. Um der Aufklärungsarbeit unter anderem in Bezug auf den Verdacht

der Spielmanipulation bei Oddset vollumfänglich Rechnung zu tragen, beantragen wir als Koalition deshalb die Erweiterung des Untersuchungszeitraums bis zum 15. Februar dieses Jahres.

Lassen Sie mich Ihnen kurz zwei Gründe für diesen Erweiterungsantrag nennen:

Erstens. Die Zeugenvernehmungen haben gezeigt, dass es für eine abschließende Klärung unabdingbar ist, den gesamten Zeitraum zu betrachten. Im Sinne der Transparenz soll dem Landtag ein Bericht vorgelegt werden, der alle relevanten Vorgänge vollständig berücksichtigt. Dazu gehören ebenso entlastende Tatsachen, die gemäß dem derzeitigen Untersuchungszeitraum nach dem 31. Januar 2018 noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Zweitens. Gleichzeitig ist aber auch zu bemerken, dass die Befragung einiger Zeugen Ungereimtheiten aufzeigten, die außerhalb des Untersuchungszeitraums liegen. Viele Zeugen beantworten Fragen, die über diesen Zeitraum hinausgehen, per se nicht. Dabei könnte dies die Marke Lotto durchaus entlasten, da bereits bekannt ist, dass Maßnahmen eingeleitet wurden, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Um diese Ungereimtheiten aufklären zu können, muss der Untersuchungszeitraum erweitert werden. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen. Wie es der Ausschussvorsitzende Herr Steppuhn bereits gesagt hat, achten wir das Minderheitenrecht der Opposition und werden uns bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion der Stimme enthalten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Heuer für den Redebeitrag. Herr Schmidt hat sich gemeldet. - Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrter Herr Heuer, Sie haben gerade gesagt, dass es nur einen Skandal im Bereich Sportwetten gibt. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Fördermittel für den Magdeburger Golfclub in Höhe von und 39 000 € für ein Jugendzentrum gewährt wurden, das bis heute nicht gebaut worden ist. Es gibt deutlich mehr Skandale und wir befinden uns im Untersuchungsausschuss bisher beim Thema Geldwäsche. Sobald die anderen Bereiche angesprochen werden, wird es noch deutlich mehr Skandale geben. Ich hoffe, dass Sie das auch zur Kenntnis nehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Herr Schmidt, wir als Koalition haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass es Ungereimtheiten gibt. Aber bisher haben wir nur den Bereich Oddset besprochen. Das, was bei den anderen Sachverhalten dann zutage gefördert wird, werden wir sehen, und dann wird sich die Koalition dazu auch äußern. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Heuer für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abg. Herr Henke. Herr Henke, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der AfD: Der Schweiger!)

Guido Henke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann meinem Vorredner zustimmen - spätestens seit der 6. Beratung des 18. Untersuchungsausschusses vor genau einer Woche ist die Notwendigkeit der Erweiterung des Untersuchungszeitraumes ganz deutlich geworden.

Um eine Bewertung der Auswirkungen von möglichen Verstößen gegen das Geldwäschegesetz, gegen mögliche Spielsucht, eventuell auf bundesweite Gewinnergebnisse sowie auf die Funktionsweise interner und externer Kontrollmechanismen vornehmen zu können, stimmt die Fraktion DIE LINKE diesem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion so viel: Sie schreiben in Ihrer Begründung selbst, dass die bisherigen Untersuchungsergebnisse bestimmte Erkenntnisse gezeigt haben, dass sie konkretisiert werden sollen und dass bestimmte Dinge bekannt geworden sind. Das heißt also im Umkehrschluss, der bisherige Untersuchungsauftrag hat bereits zu diesen Erkenntnissen geführt.

Wenn ich mir ansehe, was Sie unter Punkt 2 Buchstabe b und Punkt 3 Buchstaben a, b und c Ihres Änderungsantrags anführen, dann stelle ich fest, dass das von dem bisherigen Untersuchungsauftrag eigentlich schon gedeckt ist. Aber wenn Sie meinen, das wird Ihnen bei Ihren Befragungen helfen, dann steht die Fraktion DIE LINKE dem nicht entgegen und wird sich, wie die Koalitionsfraktionen auch, hierzu der Stimme enthalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Dann danke ich Herrn Henke für den Redebeitrag.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Vom Antragsteller wurde der Wunsch geäußert, als Erstes über den Antrag in der Drs. 7/5743 abzustimmen. Das ist der Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmen wir also als Erstes über diesen Antrag ab. - Das ist das komplette Haus, also die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Sehe ich auch keine. Damit ist dieser Antrag angenommen worden.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag in der Drs. 7/5801 ab; das ist der Änderungsantrag der AfD. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Gegenstimmen sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE sowie ein fraktionsloser Abgeordneter. Damit hat dieser Antrag die Mehrheit ebenfalls erhalten und der Tagesordnungspunkt 21 ist erledigt.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Wolfsangriffe auf eine Schafherde in Krüssau

Kleine Anfrage und Antwort Landesregierung - **Drs. 7/5630**

Verkauf von Landwirtschaftsflächen aus dem landwirtschaftlichen Grundvermögen des Landes Sachsen-Anhalt

Kleine Anfrage und Antwort Landesregierung - **Drs. 7/5669**

Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Tagesordnungspunkt werden erstmals seit der ersten Wahlperiode Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung im Plenum behandelt. Daher gestatten Sie mir hierzu einige Ausführungen.

§ 44 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung sieht vor, dass die Kleine Anfrage auf die Tagesordnung zu setzen ist, wenn die Antwort der Landesregierung nicht fristgemäß vorgelegen hat. Von dieser Möglichkeit hat der Abg. Herr Loth Gebrauch gemacht.

Nach der Geschäftsordnung erhält zunächst die Landesregierung zur Begründung ihres Absehens von einer Beantwortung das Wort. In den vor-

liegenden Fällen liegen die Antworten der Landesregierung allerdings zwischenzeitlich vor. Ich erteile jedoch gleichwohl der Landesregierung das Wort. Alsdann erhält das Wort der Fragesteller.

Zur Drs. 7/5630 erhält für die Landesregierung Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Die Antwort liegt vor.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Zur Drs. 7/5669 erhält Minister Herr Richter das Wort. - Auch nicht.

Der Fragesteller Abg. Herr Loth. Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Vielen Dank für die Gelegenheit, heute kurz dazu zu sprechen, dass es immer wieder vorkommt, dass Kleine Anfragen nicht fristgerecht, manchmal auch nicht in der Form, in der wir uns das vorstellen, beantwortet werden, aber hauptsächlich nicht fristgerecht vorliegen.

Oft ist es so, dass wir dann kurz im Ministerium oder im Ausschuss nachfragen, wo die Beantwortung bleibt, wo sie hängt. Es wird dann gesagt, die Anfrage sei beantwortet worden und habe das Haus verlassen. Es muss also irgendwo ein struktureller Fehler vorliegen, der dazu führt, dass die Beantwortungen von Anfragen, gerade von meinem Kollegen Roi und mir, das Haus zwar verlassen, aber dann auf anderen Wegen zu spät zu uns kommen. Vier Tage oder sieben Tage sind keine Seltenheit. Oft warte ich vor dem Postfach, bis die Antwort eingegangen ist,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie warten davor?)

- Moment! - stelle dann aber fest, Herr Striegel, dass ich keinen Vorabdruck in der genannten Frist bekommen habe und mir somit die Zeit fehlt, die

Anfrage zu bearbeiten, bis sie im System veröffentlicht ist. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass ich mit dieser Information in der Zeit nichts anfangen und dass es dann plötzlich allen zur Verfügung steht. Das möchte ich an dieser Stelle stark kritisieren.

Ich möchte auch stellenweise auf den Inhalt der Kleinen Anfragen eingehen. Bei diversen anderen Anfragen wird darauf verwiesen, dass die Kommunen nicht mitgemacht haben, dass es dort ein Problem gab usw. Ich meine, wir sind hier im Landtag, wir machen die Landesgesetze und sicherlich haben die Kommunen ihre Eigenständigkeit, aber sie haben auch eine gewisse Berichtspflicht. Auf unseren Ausweisen steht, dass dem Fragesteller bei seinen Anliegen im möglichen Umfang geholfen werden soll.

Ich erwarte einfach, dass auch die Verwaltung erkennt, dass es hier ein kleines Problem gibt, in den Kommunen einmal nachhakt und man nicht solche Antworten bekommt, wie der Kollege Roi letztens, der gefragt hat, wie es mit den Ausgleichspflanzungen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld aussieht. Die Kommunen waren nicht in der Lage, aus dem Rathaus zu schauen und zu sehen, dass keine Bäume dort stehen, wo sie stehen sollten. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Eine Debatte ist zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 22 erledigt.

Schlussbemerkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 44. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 45. Sitzungsperiode für den 26. und 27. März 2020 ein. Ich wünsche allen ein gutes Wochenende.

Schluss der Sitzung 15:48 Uhr.